



Material

Migration und
kommunale
Entwicklungs-
zusammenarbeit

Gutachten zum aktuellen
Stand und den Potenzialen
des Zusammenwirkens

Impressum:

Herausgeber:
InWEnt gGmbH – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.
Friedrich-Ebert-Allee 40, D-53113 Bonn
Fon ++49/228/4460-1600, Fax++49/228/4460-1601,
info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de
V.i.s.d.P.: Ulrich Nitschke

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 31
Projektleitung: Dr. Stefan Wilhelmy

Die vorliegende Publikation basiert auf einem Gutachten des Instituts für soziale Innovation, Solingen, beauftragt durch den Herausgeber.

Gutachter: Hans Wietert Wehkamp, unter Mitarbeit von:
Dr. des. Schahrzad Farrokhzad, Christoph Steinebach

Titel des Gutachtens:

"Aktueller Stand und Potenziale des Zusammenwirkens von Diasporen und Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten Kommunen"

Stand: 31.12.2007. Inkl. der Ergänzungen: 30.04.2008.

Redaktion: Ulrich Held, Dr. Stefan Wilhelmy

Fotos: Pixelio (S.60)

Druck: medienHaus PLUMP GmbH
100% Recyclingpapier

Bonn, 04.2008

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers.

Das Pilotprojekt "Interkulturelle Kompetenzbildung in deutschen Kommunen - Zusammenarbeit mit Diasporen" wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen des Projekts "Entwicklungspolitische Bildung und kommunale Partnerschaften" gefördert.

Die Reihe "Material" wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz und das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

Material

*Migration und kommunale
Entwicklungszusammenarbeit*

Gutachten zum aktuellen Stand und
den Potenzialen des Zusammenwirkens

April 2008

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1 Einleitung.....	7
2 Zusammenhänge zwischen Entwicklung, Migration und Integration	9
2.1 Migration – international und in Deutschland	9
2.2 Probleme und Potenziale der Migration für die Entwicklungszusammenarbeit.....	11
2.3 Die Potenziale der Migration für Entwicklung stärken	12
2.4 Gesellschaftliche Partizipationschancen von Migranten als Einflussgröße auf deren Engagement für die Entwicklungs- zusammenarbeit.....	15
3 Migrationsgruppen und ihre Organisationen in der Bundesrepublik	19
3.1 Strukturelle Situation und Einstellungen von Migranten – Ergebnisse einer Milieustudie	19
3.2 Zusammensetzung und Aktivitäten von Migranten- selbstorganisationen und erkennbare Potenziale für die Entwicklungszusammenarbeit.....	21
3.3 Vorhandene entwicklungspolitische Aktivitäten von Migrantenselbstorganisationen.....	24
4 Ansatzpunkte zur Verknüpfung von kommunaler Entwicklungs- zusammenarbeit und Diasporen: Stand und Potenziale.....	27
4.1 Die Bedeutung der Debatten über Migration und Entwicklung für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit.....	27
4.2 Empirische Untersuchung in 14 ausgewählten Kommunen.	28
4.2.1 Bundes- und landespolitische Signale stärken die kommunalen Akteure	30
4.2.2 Kommunale Legitimation schaffen und strukturelle Trennungen überwinden	31
4.2.3 Gegenseitige Anerkennung ist Voraussetzung für Kooperation.....	35
4.2.4 Gute Integration als Beitrag für erfolgreichere Entwicklungszusammenarbeit.....	36
4.2.5 Erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag für bessere Integration	37

4.2.6	Chancen zur Verbesserung der Eine Welt Arbeit und des Verständnisses für die Migranten	38
4.2.7	Kommunen geben sich ein internationales und weltoffenes Image.....	39
4.2.8	Zusammenfassung in sieben Thesen.....	39
5	Praxisorientierte Handlungsempfehlungen.....	41
5.1	Praxisbeispiele	41
5.1.1	Stadt Aachen: Regionalkonferenz für afrikanische Selbstorganisationen als Impulsgeber	41
5.1.2	Landeshauptstadt Stuttgart: Forum der Kulturen als Impulsgeber	45
5.2	Erfolgsfaktoren und Handlungsleitlinien	46
5.3	Zielorientiertes Monitoringsystem.....	52
6	Den Paradigmenwechsel konkret anstoßen.....	55
Anhang	57
	Quellen- und Literaturverzeichnis.....	57
	Leitfaden der telefonischen Befragung	60
	Satzung des Forums der Kulturen, Stuttgart.....	61
	SKEW-Artikel „Zusammenarbeit für Integration und Entwicklung“	70
	Abkürzungsverzeichnis.....	74
	Publikationen	75

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

was läge näher, als engagierte Menschen aus Entwicklungsländern, die in deutschen Städten leben, in die Eine-Welt-Arbeit der lokalen Initiativen und Kommunen einzubeziehen: zum Beispiel in eine Städtepartnerschaft mit einer Kommune ihres Heimatlandes oder in einzelne Projekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, die ihre ehemaligen Landsleute, Verwandte und Freunde betreffen? Und anders herum gefragt: Was läge für Initiativen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit näher, als sich ihrerseits in entwicklungsorientierte Vorhaben von hiesigen Migrantenselbstorganisationen einbinden zu lassen, wenn diese die gleichen Ziele im gleichen Land verfolgen?

In der Theorie: Nichts. Denn offensichtlich liegen in solchen Kooperationen von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und organisierter Diaspora große Potenziale für die Qualität der Zusammenarbeit, für die Entwicklung der südlichen Partner und für die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland.

In der Praxis: Welten. Denn leider ist es eine Seltenheit, dass diese Gruppen überhaupt voneinander wissen oder gar miteinander kooperieren. Ein Grund hierfür ist, dass es keine oder kaum administrative und zivilgesellschaftliche Brücken zwischen den Bereichen Integration und Eine-Welt-Arbeit auf lokaler Ebene gibt. Ein weiterer Grund dafür sind die jahrzehntelangen innen- und entwicklungspolitischen Debatten, die Migration – und damit immer auch die Migranten¹ selbst – als ein Problem beschrieben haben: für den sozialen Zusammenhalt und die Staatskassen in Deutschland und für die Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung in den Entwicklungsländern.

Mit unserem Pilotprojekt „Interkulturelle Kompetenzbildung in deutschen Kommunen – Zusammenarbeit mit Diasporen“ wollen wir eine solche Zusammenarbeit – zunächst in einigen Modellkommunen – anstoßen und begleiten. Dabei arbeiten wir im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mit dem Rückenwind einer seit wenigen Jahren in innen- und entwicklungspolitischen Fachkreisen gewendeten Debatte über Migration und Migranten, die nun auch deren spezifische Potenziale, insbesondere im Kontext von Globalisierung und Demographie, wahrnimmt.

Das hier vorliegende Gutachten, ausgearbeitet von dem Solinger Institut für soziale Innovation und unserem Projektteam, zeichnet nun ausführlich die diesem Handlungsansatz zu Grunde liegenden Überlegungen nach. Es sondiert anhand aktueller Sozialstudien auf Bundesebene und direkter Befragungen von lokalen Entscheidungsträgern in 14 ausgewählten deutschen Kommunen die Chancen und Hürden für eine systematische Zusammenarbeit von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und Diaspora. Aus diesen sachlichen Erkenntnissen werden schließlich Handlungsempfehlungen für ein Vorgehen auf lokaler Ebene abgeleitet, die das Gutachten zu einer wertvollen Lektüre für interessierte Kommunalakteure machen. Zugleich ist es für uns eine grundlegende Orientierungshilfe, um den Handlungsansatz langfristig erfolgreich zu realisieren.

¹ Aus stilistischen Gründen sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung von Frau und Mann gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Bei allen männlichen Bezeichnungen sind – soweit sich diese in dem jeweiligen Kontext nicht explizit nur auf männliche Personen beziehen – selbstverständlich auch weibliche Personen gleichermaßen angesprochen.

Über unsere konkreten Projektaktivitäten können Sie sich unter <http://www.service-eine-welt.de/interkultur/interkultur-start.html> immer aktuell informieren.

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'U. Nitschke', with a large, sweeping flourish at the end.

Ulrich Nitschke
Leiter der Servicestelle Kommunen
in der Einen Welt (SKEW)/
Internationale Weiterbildung und
Entwicklung gGmbH (InWEnt)

Bonn, April 2008

1 Einleitung

In der Entwicklungspolitik beschäftigt man sich zunehmend mit dem Thema der internationalen Migration und diskutiert, in wieweit Migrationsbewegungen Einfluss auf die Entwicklung von Schwellen- und Entwicklungsländern haben. Dabei geht es seit wenigen Jahren insbesondere darum, die positiven Einflüsse der Migration zu fördern und Menschen mit Migrationshintergrund in die Entwicklungszusammenarbeit einzubinden.

Auch für die kommunale Ebene kann dieser Ansatz, die lokalen entwicklungspolitischen Aktivitäten mit denen der ortsansässigen Migranten zu verbinden, sowohl für die Eine-Welt-Arbeit wie für die Integration viel versprechend sein. Die vorliegende Studie beschäftigt sich daher eingehender mit den Potenzialen des Zusammenwirkens von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bzw. ihren in der Bundesrepublik ansässigen Organisationen² und entwicklungspolitischen Akteuren der kommunalen Ebene. Die Studie ist im Rahmen des Projektes „Interkulturelle Kompetenzbildung in deutschen Kommunen – Zusammenarbeit mit Diasporen“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH (SKEW) entstanden.³

Um die Kontextbedingungen dieses Ansatzes besser zu verstehen, werden im zweiten Kapitel die aktuelle Sachlage und Diskussion um Migration, Entwicklung und Integration kurz nachvollzogen. Im dritten Kapitel wird ein Überblick über den derzeitigen Wissensstand zur Struktur und zu Aktivitäten von Migrantenselbstorganisationen gegeben, um deren entwicklungspolitisches Potenzial auszuloten. Im vierten Kapitel wird die Bedeutung der angeführten Debatten und Erfahrungen durch die Darstellung der Einschätzungen und Erkenntnisse von kommunalen Akteuren aus 14 Kommunen ergänzt, die im Rahmen einer empirischen Befragung zusammen getragen und zu sieben Kernaussagen zusammengefasst wurden. Sie bilden im fünften Kapitel die Grundlage der an Praxisbeispielen exemplifizierten Handlungsempfehlungen. Diese liefern kommunalen Akteuren wichtige Hinweise und Anregungen für eine gezielte, schrittweise Implementierung des Ansatzes im kommunalen Alltag. Zudem werden wirkungsorientierte Indikatoren zur Evaluation dieses Prozesses benannt. Im sechsten Kapitel erfolgt ein Resümee zu den Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit von Migranten bzw. ihren Organisationen und der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und gibt konkrete Hinweise auf Unterstützungserfordernisse.

² In der Studie werden die Begriffe „Diasporen“ bzw. „Angehörige von Diasporen“ und „Menschen mit Migrationshintergrund“ oder „Zuwanderungsgeschichte“ bzw. „Migrationsgruppen“ synonym verwendet. Dies gilt auch für die Begriffe „Diasporagemeinden“ bzw. „Diasporaorganisationen“ und „Migrantenselbstorganisationen“. Die unterschiedlichen begrifflichen Bezeichnungen für dieselben Phänomene sind ihrer Entstehung in unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachrichtungen und Fachdiskussionen geschuldet.

³ Informationen zum Projekt unter <http://www.service-eine-welt.de/interkultur/interkultur-start.html>, sowie in dem Artikel „Zusammenarbeit für Integration und Entwicklung“ in EUROPA kommunal von Wilhelmy, Stefan/Held, Ulrich (2008), siehe Anhang.

2 Zusammenhänge zwischen Entwicklung, Migration und Integration

In den folgenden Abschnitten werden in aller Kürze die Diskussionen und Erkenntnisse zur aktuellen Migration, zu deren entwicklungsrelevanter Wirkung und der Reaktion der Entwicklungspolitik sowie zu begünstigenden Voraussetzungen für ein Engagement der Migrantinnen und Migranten in der Entwicklungszusammenarbeit wiedergegeben.

2.1 Migration – international und in Deutschland

Die von den Vereinten Nationen eingesetzte Weltkommission für Internationale Migration (*Global Commission on International Migration*) schätzt, dass 2005 ca. 200 Millionen Menschen als Migranten länger als ein Jahr in Ländern lebten, in denen sie nicht geboren sind. Dies sind etwa drei Prozent der Weltbevölkerung. Da diese Schätzung auf offiziellen Zahlenangaben der Nationalstaaten⁴ beruht, die irreguläre Migration nicht erfasst, muss davon ausgegangen werden, dass die tatsächliche Zahl der weltweiten Migranten noch höher liegt.

Die Anzahl der Migranten stieg von 82 Millionen im Jahr 1970 auf 200 Millionen im Jahr 2005. In den letzten Dekaden wurden internationale Migrationsbewegungen besonders durch die Verbesserung des Reiseverkehrs sowie durch die Globalisierung begünstigt, das heißt durch eine digital unterstützte, beschleunigte Verflechtung internationaler politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen und eine verstärkte Öffnung nationaler Grenzen für den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Informationen.

Etwa 60 Prozent der Migranten lebten 2005 in Industrienationen, vor allem in Europa und Nordamerika, die anderen 40 Prozent in Schwellen- und Entwicklungsländern. Obwohl die Migration von Süden/Osten nach Norden/Westen überwiegt, wird es schwieriger, eindeutige Herkunfts-, Transit- und Zielländern zu identifizieren, da mittlerweile fast in jedes bzw. aus jedem Land der Welt Menschen ein- bzw. auswandern (Baringhorst 2007, S. 1). Neben der dauerhaften Migration nimmt die (oftmals arbeitsbezogene) temporäre Migration (transnationale Migration, Pendel- und zirkuläre Migration) stetig zu.

Zu den Schubkräften (Push-Faktoren) globaler Wanderungsbewegungen gehören heute wie in der Vergangenheit unter anderem eine ungünstige Wirtschaftsentwicklung und damit verbundene Armut, hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit, Umweltprobleme wie Bodendegradation und Wasserknappheit sowie politische Instabilität und gewalttätige Konflikte. Zu den Zugkräften (Pull-Faktoren) der Migration gehören unter anderem die günstigere wirtschaftliche, politische und soziale Situation in den Zielländern und dort vorhandene Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten bzw. die Möglichkeit, mehr Einkommen zu erzielen. In Folge dessen sind die wichtigsten Motivationen zur Migration die Bildungs- und Arbeitssuche und die Flucht vor Konflikten und Verfolgung. Wo viele legale Migranten eine dauerhafte Bleibe gefunden haben, kommt auf den ersten Rängen der global dominanten Migrationsformen, je nach Einwanderungspolitik des Ziellandes, der Familiennachzug hinzu. In Deutschland macht er einen Großteil der Neuzuwanderung aus.

⁴ Aufgrund unterschiedlicher Erhebungsverfahren sind diese nicht immer vergleichbar und erfassen nicht in jedem Fall auch die Zu- und Fortzüge.

Weltweit wächst zudem die irreguläre bzw. illegale Migration stark an (Nuscheler 2007, S. 44 ff.), was mit der zunehmenden Abschottung insbesondere reicher Industrieländer gegenüber (zumeist gering qualifizierter) Neuzuwanderung bzw. der Schließung legaler Migrationswege zusammenhängt. Dies hat für die illegalen Migranten die Folge, dass sie für Leib und Leben sehr gefährliche Transitwege auf sich nehmen und sich in die Hände von Schleusern begeben müssen. Dass der irreguläre Migrationsstrom trotz dieser Hürde nicht abreißt, zeigt einerseits die Entschlossenheit der Migranten, ihre Lebenssituation zu verbessern, und weist andererseits auf den rationalen Hintergrund ihres Verhaltens hin: die Möglichkeiten der Schwarzarbeit im Niedrigstlohnbereich auf dem Bau, in der Gastronomie und der Pflege in den Industriestaaten.

Fragt man nach Migration in Deutschland, gibt der Mikrozensus 2005⁵ Auskunft, der erstmals die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund (Zugewanderte und Nachkommen mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft) erhebt: 2005 lebten 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, davon 7,3 Millionen Ausländer/-innen und 8,0 Millionen Deutsche. Der Migrationssaldo (Zuwanderung minus Abwanderung) ist seit Beginn der 1990er Jahre positiv, wenn er auch seit 2000 von etwa plus 200 000 auf unter 50 000 im Jahr 2006 gefallen ist. Mit 14,7 Millionen leben 96 Prozent im früheren Bundesgebiet und in Berlin, was durch die Anwerbung von Arbeitskräften in den 1950-70er Jahren in der BRD und den Familiennachzug begründet ist. Am höchsten ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in Großstädten, vor allem in Stuttgart mit 40,1 Prozent, in Frankfurt am Main mit 39,5 Prozent und in Nürnberg mit 37,3 Prozent.

Die genannte Anwerbung von Arbeitskräften, die ethnisch privilegierte Migration der „deutschstämmigen“ Aussiedler nach dem Mauerfall sowie die in den 1990er Jahren aufgenommenen Flüchtlinge nach den Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien bestimmen maßgeblich die Zusammensetzung des Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund in Deutschland⁶: Die neun wichtigsten Herkunftsländer sind die Türkei (14,2 %), die Russische Föderation (9,4 %), Polen (6,9 %), Italien (4,2 %), Rumänien sowie Serbien und Montenegro (jeweils 3,0 %), Kroatien (2,6 %), Bosnien und Herzegowina (2,3 %) sowie Griechenland (2,2 %). Zusammen machen die Menschen mit Migrationshintergrund aus diesen Ländern 50,8 Prozent aus. Aus Europa (EU und sonstigem Europa) stammen knapp 62 Prozent.

Auf die für die Entwicklungszusammenarbeit relevanten Gebiete entfallen entsprechend kleinere Gruppen: Afrika 2,5 Prozent, Süd- und Mittelamerika 0,8 Prozent, Naher- und Mittlerer Osten 3,4 Prozent, Süd- und Südostasien 2,9 Prozent. Diese Regionalgruppen sind wiederum in viele kleinere nationale und ethnische Diasporen aufgeteilt. Die soziale Zusammensetzung ist ebenfalls heterogen, reicht von Flüchtlingen ohne jeden Bildungsabschluss aus konfliktreichen armen Entwicklungsländern bis hin zu karriereorientierten Studentinnen und Studenten oder hochqualifizierten Arbeitnehmer/-innen aus den wirtschaftlich aufstrebenden Schwellenstaaten. Im Vergleich zu den Großgruppen der Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Europa außerhalb der EU (inkl. Türkei, GUS) fällt aber auf, dass außereuropäische Einwanderer und besonders außereuropäische Neuzuwanderer seit 2000 zumeist höhere Bildungsabschlüsse haben⁷. Es handelt sich bei ihnen mehrheitlich um Menschen aus der Mittel- oder Oberschicht ihrer Herkunftsländer, oft mit guter Schulbildung, die den risikoreichen Weg der Migration gewählt haben. Sie treibt weniger die pure Not, als vielmehr die Perspektivlosigkeit, sich im eigenen Land beruflich und persönlich nicht weiterentwickeln zu können.

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (2005).

⁶ Bei einem Prozentsatz von 30,3 haben die befragten Menschen mit Migrationshintergrund jedoch keine bzw. ungültige Angaben zu ihrer Herkunft gemacht, was dem Ergebnis eine große Unschärfe verleiht.

⁷ Vgl. Diehl, Claudia/Grobecker, Claire (2006).

Ein statistisch naturgegeben kaum zu erhebender Anteil der Migranten aus Entwicklungsregionen ist unter den irregulär bzw. illegal zugewanderten Personen zu finden. Nach Polizeistatistiken zeigt das Hellfeld der an den Grenzen gestellten irregulär Eingewanderten einen Anteil von über 50 Prozent von Menschen aus Entwicklungsregionen, insbesondere aus China, Irak, Vietnam und Indien. Man kann nur vermuten, dass das Dunkelfeld der irregulär in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten ähnlich zusammengesetzt ist.

2.2 Probleme und Potenziale der Migration für die Entwicklungszusammenarbeit

Dass Migration im Politikfeld der Entwicklungszusammenarbeit als etwas angesehen wird, das Entwicklungsländern zuträglich sein könnte, ist einem Perspektivwandel geschuldet, der etwa vor fünf Jahren auf breiter Ebene einsetzte. Zuvor standen vor allem negative Aspekte der Migration im Fokus: die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte als volkswirtschaftlicher und die Fragmentierung familiärer und dörflicher Solidargemeinschaften als sozialer Verlust, ganz zu Schweigen von dem oft lebensgefährlichen Transit irregulärer Migranten, der schon aus humanitären Gründen zu vermeiden ist. Entwicklungszusammenarbeit zielte in diesem Kontext darauf, die Gründe der Migration vor Ort, die Armut, Unsicherheit und Perspektivlosigkeit zu bekämpfen. Migranten konnten dieser Perspektive zu Folge vor allem dann Positives für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer bewirken, wenn sie in ihre Heimat zurückkehrten und die im Ausland erworbene Ausbildung, Berufserfahrung und Kontakte für die Entwicklung fruchtbar machten. Entsprechend war und ist die Rückkehrhilfe im Kontext der Migration ein wichtiges entwicklungspolitisches Aktionsfeld.

Obgleich die negativen Aspekte der Migration nach wie vor gesehen werden und durch internationale Entwicklungsbemühungen zu Recht eingeeht werden sollen, hat ein Bericht der Weltbank im Jahr 2003 die einseitige Sichtweise und Aktionsrichtung aufgebrochen. Er wies auf die globalen Rücküberweisungen der Migranten in ihre Heimatländer hin, die im Jahr 2005 laut Weltbank und OECD in Höhe von 232 Milliarden US-Dollar in Entwicklungsregionen zurückgeflossen sind und somit nach den wirtschaftlichen Direktinvestitionen den größten Geldtransfer in Entwicklungsländer darstellen; mehr als doppelt so hoch wie die offiziellen Gelder für internationalen Entwicklungszusammenarbeit (2005: 106,8 Milliarden US-Dollar ODA). Zwar belaufen sich die Rücküberweisungen durchschnittlich nur auf ca. 100 US-Dollar, summieren sich aber zu einem wichtigen volkswirtschaftlichen Faktor – in manchen Ländern wie Moldau oder Lesotho auf ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes – zumal dann, wenn man davon ausgeht, dass die begünstigten Familien das Geld in den lokalen Wirtschaftskreislauf einbringen (was Arbeitsplätze schafft und die Infrastruktur verbessert) und es dort einen doppelten bis dreifachen Umsatz nach sich zieht. Natürlich bergen auch die Rücküberweisungen mögliche Probleme: sie können Abhängigkeiten schaffen, reiche Familien begünstigen und damit Ungleichheit zementieren oder sie können politisch destruktive Verwendung finden. Vielfach stellen sie aber einen positiven Beitrag zu Armutsbekämpfung dar, weil sie den begünstigten Familien Gesundheits- und Bildungsausgaben sowie geschäftliche Investitionen und damit also Zukunftssicherung erst ermöglichen. Zu den „Top 10“ der Empfängerländer von Rücküberweisungen gehörten 2004 (in dieser Reihenfolge) China, Indien, Mexiko, Philippinen, Südkorea, Pakistan, Polen, Libanon, Marokko und Russland. Zu den „Top 10“ der Quellenländer von Rücküberweisungen zählen (in dieser Reihenfolge) die USA (mit Abstand vorne), gefolgt von Deutschland (2006: Rücküberweisungen in alle Weltregionen in Höhe von zehn Milliarden Euro), Großbritannien, Saudi Arabien, Frankreich, Italien, Schweiz, Belgien, Russland und Japan (Hertlein/Vadean 2006).

Die Diskussion über Rücküberweisungen öffnete den Blick auch auf andere positive Migrationsphänomene: Die zwar zuvor wahrgenommenen, aber nicht als relevante Einflussgröße ernst genommenen Migrantennetzwerke und Organisationen wurden nunmehr als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit mit steigerungsfähigem Potenzial erkannt. Neben Geldern

überschreiten durch engagierte Migrant*innenkreise auch technisches, wirtschaftliches und politisches Know-how, Geschäftskontakte und interkulturelle Kompetenzen die Grenzen zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland, oft mit entwicklungsförderlicher Wirkung. Nicht nur der ideelle völkerverbindende, sondern auch der praktisch ökonomische Nutzen von zwischen den Ländern agierenden mehrsprachigen „Brückenbauern“ wurde deutlicher als zuvor adressiert. Auch dass Migrant*innen und Migranten im Einwanderungsland für Hilfsprojekte Spenden sammeln und über bestimmte Lebensverhältnisse in ihrer Heimat aufklären, ist als zivilgesellschaftliche Mobilisierung für Entwicklung oft positiv zu werten. Die dieser Art entwicklungspolitisch aufgewertete Migration förderte für die Entwicklungszusammenarbeit relevante Erkenntnisse:

1. Migration und Entwicklung schließen sich nicht gegenseitig aus, nicht nur wegen der genannten positiven Wirkungen der Migration auf Entwicklung; auch erfolgreiche Entwicklung selbst ist unvermeidbar mit wachsender Mobilität und Migration verbunden, die erst wieder abnimmt, wenn sich die Einkommen in den Herkunfts- und Zielländern annähern. Entwicklungspolitik muss Migration als ein rationales und entwicklungsorientiertes Verhalten akzeptieren.
2. Migration ist per se weder gut noch schlecht, ihre Wirkung hängt von den Rahmenbedingungen in den Herkunfts- und Zielländern ab. Die Aufgabe der Entwicklungspolitik kann nicht sein, Migration, als das „soziale Gesicht der Globalisierung“, schlicht zu vermeiden, denn dies kann nicht gelingen. Viel eher muss sie Rahmenbedingungen schaffen, um die Wirkung unvermeidlicher Migration möglichst positiv zu gestalten. Das heißt, Entwicklungspolitik muss zweigleisig agieren: die schädliche Migration vermeiden und die Potenziale der Migration wie Rücküberweisungen, Wissenstransfer, Hilfsprojekte und interkulturelle Brücken stärken. Dabei wird auch dem Umstand Rechnung getragen, dass nicht nur Rückkehrer, sondern auch Migranten, für die eine endgültige Rückkehr nicht in Frage kommt, die Entwicklung ihrer Herkunftsländern „aus der Ferne“ günstig beeinflussen können und wollen.

Der Bericht der *Global Commission on International Migration* von 2005 resümiert, dass organisierte Migration in einer dafür aufgeschlossenen Welt positive Wirkungen entfalten könnte – für die Entwicklungs- und Schwellenländer, für die Einwanderungsländer und für die dort ansässigen Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund.

2.3 Die Potenziale der Migration für Entwicklung stärken

Der Anerkennung der Potenziale der Migration in der Entwicklungspolitik folgte alsbald die Frage nach den Möglichkeiten, sie zu fördern und zu nutzen. Dem widmen sich seit Jahren zahlreiche internationale Konferenzen und entwicklungspolitische Akteure auf allen politischen Ebenen. Auch auf der deutschen Bundes-, Landes- und Kommunalebene haben sich vielfältige Veranstaltungen dem Thema gewidmet. So organisierte die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Mai 2004 ein Expertentreffen in Berlin zum Thema *Kooperation mit der Diaspora – ein neuer Weg für die internationale Zusammenarbeit?* Die SKEW richtete 2006 die 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen zum Thema *Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. Herausforderung für Partnerschaft und Integration* aus. Im Oktober 2006 wurde auf dem 1. Bundesfachkongress *Interkultur* (Fachforum zum interkulturellen und interreligiösen Dialog) in Stuttgart im Fachforum *Entwicklungspolitik* das Thema Migranten und Entwicklungspolitik behandelt. Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW (MGFFI) initiierte gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration eine Konferenz mit dem Titel *Migration und Entwicklung: Chancen. Gemeinsam. Nutzen.* am 31. Januar 2007 in Berlin.

Ziel der aus diesen Veranstaltungen resultierenden Initiativen der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sowie bestimmter Bundesländer und Kommunen ist, aktiv die Potenziale der Diaspora zu fördern. Hierfür setzten sie an verschiedenen Entwicklungsressourcen an:

Rücküberweisungen/Investitionen

Nationale und internationale Entwicklungszusammenarbeit können die Bedingungen des Geldtransfers verbessern, indem sie den für die Migranten undurchsichtigen Markt der Bankdienstleistungen transparenter gestalten und damit einen Wettbewerb einleiten, der die zum Teil recht hohen Gebühren für Auslandsüberweisungen senkt und den Service für internationale Transfers kundenfreundlicher gestaltet. Das Internetportal www.sendmoneyhome.org, in dem für verschiedene Überweisungswege die jeweiligen Bankangebote vergleichbar sind, hat bereits den englischen Markt an die Bedürfnisse der Migranten besser angepasst. Dem Beispiel folgend hat die GTZ mit der Frankfurt School of Finance and Management 2007 das Internetportal www.geldtransfer.de eröffnet. Angestrebt wird, dass durch Gebührensenkung mehr von dem überwiesenen Geld im Herkunftsland ankommt und dass die Bankdienstleistungen bald so attraktiv werden, dass viele jetzt noch informelle (durch Kuriere, Freunde etc. organisierte) Transfers in formelle Bankkanäle fließen, was wiederum den Banken- und Finanzsektor des Entwicklungslandes stärken kann.

Darüber hinaus können Beratungsdienstleistungen eingerichtet werden, um die an Direktinvestitionen interessierten Migranten bei der Suche nach soliden und entwicklungsförderlichen Investitionsmöglichkeiten in ihren Herkunftsländern zu unterstützen.

Zudem mangelt es in den Empfängerländern für Direktinvestitionen zum Teil an guter Bonität und Sicherheit der Geldanlagen aufgrund mangelnder Standards (Bankenaufsicht etc.). In diesem Punkt könnte wiederum eine Beratung zum Beispiel durch im Bankwesen ausgebildete Migrantinnen und Migranten in diesen Ländern Abhilfe schaffen.

Know-how

Gut ausgebildete Migranten und ihre Netzwerke können entweder in ihrem Herkunftsland oder auch „aus der Ferne“, vom Einwanderungsland aus, mit Hilfe ihres entsprechenden Fachwissens zur Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialentwicklung beitragen. So tragen Migranten und ihre Organisationen vielerorts bereits nicht nur zur wirtschaftlichen Stabilisierung, sondern auch zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten bei.

In diesem Kontext wird neben der älteren Rückkehrförderung über die Förderung arbeitsbezogener temporärer Aufenthalte gut qualifizierter Migranten in ihren Herkunftsländern nachgedacht: Nach einer deutsch-französischen Initiative zur besseren Kontrolle und Koordination der Migration nach Europa diskutiert man auf Ebene der Europäischen Union über die Förderung „zirkulärer Migration“, was von der EU-Kommission und dem EU-Parlament unterstützt, bislang aber noch nicht umgesetzt wird (in Spanien, Großbritannien und Italien sind bereits Pilotprogramme angelaufen)⁸. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen führt als Pilotprojekt ein Fachkräfteprogramm namens „Mobilizing the African Diaspora for the Development of Africa“ (MIDA NRW) zusammen mit der Internationalen Organization for Migration (IOM), Brüssel, durch. Dieser Know-how-Transfer beschränkt sich zunächst auf Nordrhein-Westfalen und die DR Kongo⁹.

⁸ Vgl. Angenendt 2007.

⁹ Informationen unter www.afrika-nrw.net

Landes-, Orts- und Kulturkenntnisse

Menschen mit Migrationshintergrund haben mitunter Kenntnisse über die Situation in ihren Herkunftsländern (nicht nur über regionale, sozioökonomische oder sektorspezifische Aspekte, auch über Traditionen und Weltbilder), die bei einer Analyse bedarfsgerechter und passgenauer Entwicklungsstrategien behilflich sein können. Demnach haben Investitionsprojekte von Migranten in ihren Herkunftsländern in Bezug auf Effizienz und Nachhaltigkeit einen Vorteil gegenüber anderen Direktinvestitionen.

Diese Kenntnisse sind besonders für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ein attraktives Potenzial insbesondere auch bei Städte- und/oder kommunalen Projektpartnerschaften. Lokale Projektvorhaben können effektiver und effizienter umgesetzt werden, wenn Migranten aus den entsprechenden Herkunftsregionen oder -orten Wissen über die lokalen Gegebenheiten und die Interessen und Bedürfnisse der dort lebenden Stadt- oder Dorfbevölkerung vermitteln können.

Migrantenselbstorganisationen (MSOen)

MSOen sind die Strukturen, in der das Engagement (auf vielfältige Weise, auch entwicklungs- politisch) für das Herkunftsland gebündelt ist und über die Hilfsprojekte, Know-how und Kontaktvermittlungen organisiert werden. Darauf gründet sich der innovative Ansatz, mit entwicklungs- politisch aktiven MSOen Kontakt aufzunehmen, möglicherweise auch praktisch zusammen zu arbeiten und ihre Projekte ggf. (bei Einhaltung entwicklungs- politischer Vorgaben) finanziell zu unterstützen. Dies ist nicht nur sinnvoll, weil Migranten die Situation vor Ort meist gut kennen und bedarfsgerecht arbeiten, sondern auch, weil sie oft gute Kontakte zur einheimischen Bevölkerung haben und so die „ownership“ der Betroffenen stärken können. Bei einer strategischen Einbindung von MSOen könnte entsprechend ein bottom up-Ansatz von Entwicklungszusammen- arbeit gestärkt werden.

Die GTZ hat im vergangenen Jahr ein Pilotförderprogramm für Projekte von Migrantenorganisa- tionen aufgelegt. Dabei sollen gemeinnützige Investitionen in die soziale Infrastruktur der Hei- matländer gefördert werden.¹⁰ Dieses Programm bietet auch direkte Kooperationsmöglichkeiten für das Projekt „Interkulturelle Kompetenzbildung in deutschen Kommunen – Zusammenarbeit mit Diasporen“ der SKEW. Da MSOen zumeist kommunal organisiert sind und durch Fragen der Integration mit der Kommunalverwaltung in Kontakt stehen, hat gerade die kommunale Entwick- lungszusammenarbeit im Rahmen von Eine-Welt Aktivitäten und Partnerschaftsaktionen beson- dere Anknüpfungspunkte für die Kooperation mit MSOen.

Einige Schwellen- und Entwicklungsländer haben ebenfalls das Potenzial der ausgewanderten Migranten erkannt und versuchen, bei den Gutqualifizierten und Einkommensstarken unter ihnen für eine Rückkehr ins oder für ein Engagement im Herkunftsland zu werben. Eventuell bieten sich auch in diesem Kontext Verknüpfungsmöglichkeiten mit dem Engagement hiesiger Migrantengruppen.

In der Diskussion über Potenziale werden aber auch einige Problemfelder angesprochen bzw. kritische Statements formuliert:

- Die Rücküberweisungen der Migrantinnen und Migranten sind Privatsache. Sie können und sollen nicht gelenkt werden und auch keine offizielle Entwicklungsfinanzierung ersetzen.
- Das Vorhaben, Migranten verstärkt in die Entwicklungszusammenarbeit einzubinden, sollte nicht mit einer „stillen Strategie“ verwoben werden, diese Menschen so schnell wie möglich dazu zu veranlassen, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren und sie „los-

¹⁰ Informationen unter <http://www.gtz.de/de/themen/wirtschaft-beschaeftigung/15634.htm>

zuwerden“. Dies wäre ethisch höchst bedenklich und würde die Glaubwürdigkeit der Entwicklungszusammenarbeit gefährden.

- Jeder Eindruck, dass Migranten von den Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit als Ressource „ausgebeutet“ oder „instrumentalisiert“ werden, ist fatal und untergräbt das Vertrauen zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Migranten. Wesentlich ist ein sensibler Umgang (auch sprachlich) mit Migranten und das ehrliche Bemühen darum, sie als Partner/-innen auf gleicher Augenhöhe zu behandeln.
- Die Kooperation mit der Entwicklungszusammenarbeit kann Migranten und MSOen schnell überfordern. Weder haben sie prinzipiell gute Kenntnisse in praktischer Entwicklungszusammenarbeit (das betrifft auch in dieser Bevölkerungsgruppe nur eine Minderheit), noch arbeiten sie in ihren Organisationen vornehmlich professionell, sondern nahezu ausschließlich ehrenamtlich. MSOen in Großstädten mit hohem Migrantenanteil sind diesbezüglich häufig professioneller aufgestellt und/oder haben mehr Mitglieder als solche in Kleinstädten und Dörfern. Zudem haben bei weitem nicht aller MSOen den Zweck der Entwicklungszusammenarbeit in ihre ureigensten Arbeitsziele und Angebote integriert.

Diese Punkte können als Warnung gelten, die entwicklungspolitisch positiven Wirkungen der Diasporen als eigenständigen Beitrag ernst zu nehmen und eine Kooperation mit der Entwicklungszusammenarbeit behutsam und langfristig anzugehen.

2.4 Gesellschaftliche Partizipationschancen von Migranten als Einflussgröße auf deren Engagement für die Entwicklungszusammenarbeit

Lange Zeit wurden Menschen mit Migrationshintergrund vorwiegend als „Problem“ und als Belastung für die bundesdeutschen Sozialsysteme betrachtet. Seit dem Anwerbestopp von 1973 versuchte man eine weitestgehende Begrenzung von Zuwanderung zu erreichen¹¹. Erst als es 1998 politisch zum offiziellen Bekenntnis wurde, dass Deutschland doch ein Einwanderungsland sei, brachen die alten migrations- und integrationspolitischen Paradigmen ein Stück weit auf. Einen wichtigen Impuls zur Erneuerung der Zuwanderungspolitik gab die unter Rita Süßmuth eingerichtete Zuwanderungskommission, die Vorschläge für ein neues Zuwanderungsgesetz erarbeitete. Dort wurde unter anderem dafür plädiert, begrenzte und gesteuerte Neuzuwanderung für qualifizierte Zuwandernde nach einem Punktesystem zuzulassen.¹² Viele der Vorschläge aus dem neuen Zuwanderungsgesetz wurden zwar nicht in das 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz aufgenommen. Dennoch werden in den Diskussionen um Migration und Integration seither die spezifischen Ressourcen und Kompetenzen (Mehrsprachigkeit, interkulturelle Kompetenz, Beziehungen zu Politik, Verwaltung, Wirtschaft oder NROen in ihren Her-

¹¹ Rechtlich gesehen hatten viele Migranten und ihre Familien bis zur Reform des Ausländergesetzes 1991 erhebliche aufenthalts- und arbeitsrechtliche Einschränkungen hinzunehmen. Erst seit 1991 gab es die Möglichkeit, den eigenen Aufenthaltsstatus sukzessive zu verfestigen und im günstigsten Fall entweder eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung oder auch die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten (eine Option, die jedoch erst seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von 2000 für eine größere Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund möglich ist, da die Bedingungen des Erhalts der Staatsbürgerschaft erleichtert wurden). Doch auch über 1991 hinaus waren manche Gruppen, zum Beispiel nachziehende Familienangehörige von Zugewanderten und geduldete Flüchtlinge, strukturell benachteiligt, wenn sie etwa mit zeitweiligen und zum Teil jahrelangen Arbeitsverboten belegt wurden. Auch die anderen Migranten mussten häufig erhebliche Anstrengungen unternehmen, um ihre aufenthalts- und arbeitsrechtliche Situation zu sichern oder zu verbessern und trotz des sog. Vorrangigkeitsprinzips auf dem Arbeitsmarkt (welches am 1.11.2007 abgeschafft wurde) einen guten und dauerhaften Arbeitsplatz sichern, von dessen Lohn man auch leben bzw. eine Familie ernähren konnte. Aus heutiger Sicht kann man die aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Einschränkungen für Migrant/innen und ihre Angehörigen ohne deutschen Pass über die letzten Jahrzehnte mit zu den größten Integrationshemmnissen zählen, die der deutschen Migrations- und Integrationspolitik geschuldet sind. Einen Überblick über die Phasen der Migrationsgeschichte und Migrationspolitik in der Bundesrepublik gibt Carolin Reißlandt (2005).

¹² Vgl. Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung (2001)

kunftsländern etc.) von Migranten stärker betont und Strategien entwickelt, diese zu fördern. Hervorgehoben werden etwa das wirtschaftliche Potenzial dieser Kompetenzen, aber auch die Notwendigkeit, genannte Kompetenzen in den öffentlichen Ämtern, bei der Polizei, in der Sozialarbeit etc. stärker einzusetzen, um weitere Integrationsprobleme zu verhüten.

In der Integrationspolitik spielen in jüngster Zeit außerdem demographische Überlegungen eine Rolle, denn sie unterstreichen die Bedeutung des steigenden Bevölkerungsanteils von Menschen mit Migrationshintergrund für die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme und Wirtschaft. Zudem erscheint insbesondere in den Kontexten der Standortkonkurrenz durch die Globalisierung, der schrumpfenden Städte und einer zunehmend bedrohten sozialen Kohäsion ein weltoffenes und integratives Leitbild der Kommunalentwicklung adäquat, dass um der Zukunftschancen, des sozialen Friedens und der Wettbewerbsfähigkeit Willen kein Talent verloren geben, kein Potenzial ungenutzt lassen will. Die aus all dem resultierende Aufmerksamkeit spiegelt sich in den aktuellen nationalen Integrationsgipfeln unter Beteiligung unter anderem von MSOen und dem im Jahr 2007 vorgestellten nationalen Integrationsplan.¹³ In diesem Integrationsplan wird deutlich, dass Integration nicht mehr nur als Aufgabe der Menschen mit Migrationshintergrund gesehen wird, sondern auch als Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft und ihrer Institutionen.

Das Ergebnis ist heute ein ambivalentes Bild: einerseits werden strukturelle Benachteiligungen abgebaut zum Beispiel durch flächendeckende Angebote von Sprach- und Integrationskursen, Vereinfachung des Aufenthaltrechts und einem eingeschränkten Bleiberecht für Geduldete, andererseits werden Restriktionen gegenüber Migranten aufgebaut bzw. beibehalten, zum Beispiel die neuerliche Erschwerung der Einbürgerung von Migranten ab 23 Jahre im Jahr 2007 und die Erwartung von Deutschkenntnissen von nachziehenden Familienangehörigen bestimmter Migrationsgruppen bereits bei deren Ankunft. Die moderne Potenzialperspektive auf Migranten, die in akademischen, unternehmerischen und politischen Kreisen zunehmend Fuß fasst, steht heute neben der Defizitperspektive, die durch besondere mediale und bisweilen politische Konzentration auf Negativereignisse wie Jugendkriminalität und Bildungsverweigerung besonders publikumsträchtig ist.

Diese Diskussionen und faktischen Partizipationschancen von Migranten beeinflussen maßgeblich die Potenziale der Migranten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Die Fakten zeigen, dass:

- Rücküberweisungen und andere Investitionen am ehesten von Migranten zu erwarten sind, die sich in einer (einigermaßen) günstigen sozioökonomischen Situation befinden, zum Beispiel weil sie eine (längerfristige) Arbeitsstelle haben;
- Know-how Transfer nur von denen realisiert werden kann, die die Chance hatten, sich Bildung und Berufserfahrung anzueignen;
- nur solche MSOen sich (über die Integrationshilfe und kulturelle Selbstvergewisserung hinaus) dem Entwicklungsengagement zuneigen, deren Mitglieder existentielle Aufenthalts- und Integrationsfragen geklärt haben und schlimme Diskriminierung nicht gewärtigen müssen.

¹³ Vgl. Nationaler Integrationsplan (2007).

Mangelnde Integrations- und Partizipationschancen schwächen nicht den Wunsch, wohl aber die Möglichkeiten der Migranten, Zeit, Know-how und Ressourcen in ein Engagement für ihre Heimatländer zu investieren. Gute Integrationschancen dagegen stellen zugleich eine gute Basis für die Entwicklungszusammenarbeit der Migranten dar: Weil Anerkennung Engagement fördert. Und andersherum kann eine Stärkung der Migrantinnen und Migranten bzw. MSOen für die Entwicklungszusammenarbeit auch die Integration vertiefen: Weil Unterstützung wiederum Öffnung und Teilnahme fördert.

Diese Argumentation für ein produktives Zusammenwirken zwischen Integrationsarbeit und Entwicklungszusammenarbeit unter stärkerer Partizipation von Migranten lässt sich auch in den Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Integrationsministeriums NRW wieder finden. Beim Land NRW sind die Themen Integration, Demographie und Entwicklungszusammenarbeit in einem Ministerium zusammengefasst, wodurch Synergieeffekte in der Bearbeitung dieser Themen entstehen und zur Entwicklung politischer Strategien genutzt werden können.¹⁴

Die Rahmenbedingungen um Integration zu erleichtern, können und sollten verbessert werden. Gerade Menschen mit Migrationshintergrund aus den Entwicklungsregionen bringen überdurchschnittliche Qualitäten mit: höhere Bildungsabschlüsse, Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft (siehe Kapitel 2.1), haben aber eine überdurchschnittlich hohe Erwerbslosenquote: laut Mikrozensus 2005 sind Menschen mit Migrationshintergrund aus Afrika zu ca. 26 Prozent, aus dem Nahen und Mittleren Osten zu ca. 33 Prozent, aus Süd- und Südostasien zu ca. 19 Prozent und aus Süd- und Mittelamerika zu 16,5 Prozent erwerbslos (europäischstämmige hingegen liegen bei ca. 18 Prozent). Das bedeutet, dass sie ihre Fähigkeiten nicht in eine entsprechende Erwerbstätigkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt umsetzen können: mangels einer Arbeitserlaubnis und durch die Nichtanerkennung bzw. Wertschätzung vieler ihrer Bildungsabschlüsse. So verhindert zum Beispiel die arbeits- und aufenthaltsrechtliche Situation von geduldeten Flüchtlingen deren gesellschaftliche Partizipationschancen enorm. Diese Situation schwächt den Grad der Integration von Menschen aus Entwicklungsregionen und damit ihre Fähigkeit und materiellen Voraussetzungen, sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren.

Nicht für entwicklungspolitische Projekte offizieller Natur sind wohl die irregulären Migranten aus Entwicklungsregionen zu gewinnen. Wahrscheinlich engagieren sich im Verborgenen die meisten für ihre Familien in der Heimat (durch Rücküberweisungen), werden aber in offiziellen Strukturen wie MSOen aus Selbstschutz nicht tätig werden.

Möglichkeiten, diese Situation zu verbessern liegen vor allem: in der Verbesserung der Zugangschancen von Migranten zu weiterführender Bildung, guten Bildungsabschlüssen und zum Arbeitsmarkt, in der Stärkung ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, im Abbau von Ausgrenzungen und in verstärkter Werbung für ihre gesellschaftliche Anerkennung.¹⁵ Im Ausland erworbene Abschlüsse müssen zudem eine adäquate Anerkennung erfahren, damit Migranten ihrer Qualifikation angemessen arbeiten und sich auch gesellschaftlich engagieren können, denn sonst bleibt wertvolles Humankapital für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft ungenutzt.

Integration sollte auch in den Vereinen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit verwirklicht werden: So fordert etwa das Fachforum Entwicklungspolitik, dass in allen Institutionen der internationalen Zusammenarbeit mindestens ein Anteil von 25 Prozent Personal mit Migrationshintergrund beschäftigt sein sollte.¹⁶ Entsprechende Anreize für Migranten zur Aufnahme einer Berufsperspektive in der Entwicklungszusammenarbeit sollten gesetzt werden. Eine weitere Öffnung erscheint auch bei der kommunalen Eine-Welt-Arbeit nötig.

¹⁴ Vgl. MGFFI (2007a)

¹⁵ Vgl. Nuscheler (2007a)

¹⁶ Vgl. Entimon (2006)

3 Migrationsgruppen und ihre Organisationen in der Bundesrepublik

3.1 Strukturelle Situation und Einstellungen von Migranten – Ergebnisse einer Milieustudie

Neben den unterschiedlichen kulturellen, religiösen und ethnischen Hintergründen spielen auch milieuspezifische Zuordnungen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für die Entwicklungszusammenarbeit zu gewinnen oder deren Aktivitäten in diesem Bereich zu fördern. Aus diesem Grund soll nachfolgend auf eine Milieustudie eingegangen werden, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahre 2007 von SINUS-Sociovision durchgeführt wurde: Die Studie gibt Aufschluss über die Situation und die Einstellung der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Sie zeigt ein facettenreiches Bild der Migranten-Population und widerlegt viele der hierzulande verbreiteten Negativ-Klischees über Einwanderer.

Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland sind keine soziokulturell homogene Gruppe. Vielmehr zeigt sich eine vielfältige und differenzierte Milieulandschaft. Insgesamt acht Migranten-Milieus mit jeweils ganz unterschiedlichen Lebensauffassungen und Lebensweisen konnten identifiziert werden. Die Migranten-Milieus unterscheiden sich weniger nach ethnischer Herkunft und sozialer Lage als nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben. Dabei finden sich gemeinsame lebensweltliche Muster bei Migrantinnen und Migranten aus unterschiedlichen Herkunftskulturen. Mit anderen Worten: Menschen des gleichen Milieus mit unterschiedlichem Migrationshintergrund verbindet mehr miteinander als mit dem Rest ihrer Landsleute aus anderen Milieus. Man kann also nicht von der Herkunftskultur auf das Milieu schließen. Und man kann auch nicht vom Milieu auf die Herkunftskultur schließen. Faktoren wie ethnische Zugehörigkeit, Religion und Zuwanderungsgeschichte beeinflussen die Alltagskultur, sind letzten Endes aber nicht milieuprägend und identitätsstiftend. Der Einfluss religiöser Traditionen wird oft überschätzt.

Migrantenmilieus

Religiös-verwurzeltes Milieu

- archaisch, bäuerlich geprägt, verhaftet in sozialen und religiösen Traditionen der Herkunftsregion
- niedriges Integrationsniveau
- niedrige soziale Lage

Traditionelles Gastarbeitermilieu (aussterbend)

- Streben nach materieller Sicherheit und weniger religiös als in der Öffentlichkeit angenommen
- traditionelles Arbeitsethos (proletarische Werte: Solidarität, Bescheidenheit etc.)
- Respekt gegenüber der Mehrheitskultur, aber zum Teil defizitäre Integration (Privatleben im herkunftskulturellen Umfeld, Sprachprobleme)
- niedrige soziale Lage

Statusorientiertes Milieu

(entspricht in der Mehrheitsgesellschaft der Bürgerlichen Mitte)

- Streben nach angemessenem Status in der Gesellschaft, aufstiegsorientiert
- Beachtung sozialer Normen
- starke Assimilationstendenzen
- der gesellschaftlichen Mittelschicht zugehörig

Sozial und kulturell entwurzeltes (traumatisiertes) Flüchtlings-Milieu

- Hauptinteresse gilt der Sicherung des Überlebens
- starke materialistische Prägung
- Gefühl der Deklassierung und Marginalisierung
- kaum Integrationsperspektive
- niedrige soziale Lage

Intellektuell-kosmopolitisches Milieu

(entspricht in der Mehrheitsgesellschaft dem Milieu der Postmaterialisten)

- Selbstverwirklichung und Suche nach erfüllender Arbeit
- Bildung als Tugend
- weltoffen, liberal, engagiert
- gut integriert und bi- und multikulturell orientiert
- Zuordnung zur Mittel-/Oberschicht

Multikulturelles Performermilieu

(entspricht in der Mehrheitsgesellschaft dem Milieu der modernen Performer)

- jung, flexibel, leistungsorientiert (hoher Akademikeranteil)
- Streben nach intensivem Leben und persönlicher Selbstverwirklichung,
- Sehnsucht nach sozialer Anerkennung
- Bi- und multikulturelles Selbstbewusstsein
- Zuordnung zur Mittel-/Oberschicht

Adaptives Integrationsmilieu

(entspricht in der Mehrheitsgesellschaft dem Milieu der Traditionsverwurzelten)

- Sicherheits- und Harmoniestreben (Familie)
- hohe Anpassungs- bzw. Integrationsbereitschaft
- pragmatische moderne (kleinbürgerliche) Mitte der Migrantengeneration

Hedonistisch-subkulturelles Milieu

(entspricht in der Mehrheitsgesellschaft dem Milieu der Hedonisten)

- unangepasst, Suche nach Spaß und Unterhaltung, szenorientiert
- Probleme bei der Identifikation mit der Mehrheitsgesellschaft wie der Herkunftskultur, Ansätze zur Herausbildung einer neuen Mischkultur
- Wohlstandsträume, aber Frustration wegen Überforderung und Entfremdung

Die sozialhierarchischen Unterschiede innerhalb der Migranten-Population sind geringer als innerhalb der autochthonen deutschen Bevölkerung. Der Schwerpunkt hinsichtlich der sozialen Lage der Migranten liegt im Bereich der unteren Mitte. Dagegen ist das Spektrum der Grundorientierungen bei Migranten breiter, das heißt heterogener als bei Bürgern ohne Zuwanderungsgeschichte. Es reicht vom Verharren in archaischen Traditionen über das Streben nach materieller Sicherheit und Konsumteilhabe, dem Traum vom gesellschaftlichen Aufstieg, über das Streben nach individueller Selbstverwirklichung und Emanzipation bis hin zu Entwurzelung, Unangepasstheit und Perspektivlosigkeit. Die Bereitschaft zu Leistung und Anpassung ist in der Migrantengeneration insgesamt stärker ausgeprägt als in der autochthonen deutschen Bevölkerung.¹⁷

Die meisten Migranten-Milieus sind – jeweils auf ihre Weise – um Integration bemüht und verstehen sich als Angehörige der multikulturellen deutschen Gesellschaft. Bei drei der acht Milieus sind starke Assimilationstendenzen (Statusorientiertes Milieu, Adaptives Integrationsmilieu, Multikulturelles Performermilieu) zu erkennen. Bei drei anderen Milieus finden sich zum

¹⁷ Vgl. BMFSFJ (2007).

Teil Haltungen einer – aktiven oder passiven – Integrationsverweigerung (Religiös-verwurzeltes Milieu, Entwurzeltes Milieu, Hedonistisch-subkulturelles Milieu). Im Vergleich aller Milieus repräsentieren die „traditionellen“ ethnischen und religiösen Milieus zahlenmäßig die Minderheit der Migranten – anders als es erhebliche Teile der Berichterstattung in Politik und Medien vermuten lassen. Die große Mehrheit also will sich in die Aufnahmegesellschaft einfügen – ohne ihre kulturellen Wurzeln zu vergessen. Viele, vor allem jüngere Befragte der zweiten und dritten Generation, haben ein bi-kulturelles Selbstbewusstsein und sehen Migrationshintergrund und Mehrsprachigkeit als Bereicherung – für sich selbst und für die Gesellschaft.

Der Integrationsgrad ist wesentlich bildungs- und herkunftsabhängig: Je höher das Bildungsniveau und je urbaner die Herkunftsregion, desto leichter und besser gelingt eine Integration in die Aufnahmegesellschaft. Häufig beklagt wird – quer durch die Migranten-Milieus – mangelnde Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft und geringes Interesse an den neuen Mitbürger/-innen.

Gerade Mitglieder der bildungsorientierten und weltoffenen Milieus (intellektuell-kosmopolitisch, multikulturelle Performer) können als Akteure für die Entwicklungszusammenarbeit angesprochen werden. Insbesondere bei Naturkatastrophen und ähnlich einschneidenden Ereignissen sind aber auch im Sinne der Nächstenliebe Mitglieder aus dem religiös-verwurzelten Milieu offen für gezielte Unterstützungsaktionen (zum Beispiel für das Erdbeben in Iran im Jahr 2003) und Kampagnen.

Ein wesentlicher Aspekt bei der Kontaktaufnahme mit der Zielgruppe ist die Berücksichtigung und Würdigung der in der Milieustudie zum Ausdruck gebrachten individuellen Grundorientierungen und Werteebenen der Menschen.

Auch wenn sich die SINUS-Studie vornehmlich mit den großen Migrantengruppen (aus Ost- und Südosteuropa) beschäftigt, lassen sich Rückschlüsse für die in der Entwicklungszusammenarbeit relevanten Gruppen aus Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika schließen. Insgesamt ist der Akademikeranteil in diesen Gruppen wesentlich höher als bei den Menschen aus den ehemaligen Anwerbestaaten, weshalb auch zu vermuten ist, dass durch gezielte Ansprache und Einbindung ein prozentual beachtlicher Teil dieser ethnischen Gruppen für entwicklungspolitische Aktivitäten interessiert werden können. Die Erfahrungen zum Beispiel mit afrikanischen Selbstorganisationen in Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Fachstelle „Migration und Entwicklung“ legen diese Schlussfolgerungen nahe.

3.2 Zusammensetzung und Aktivitäten von Migrantenselbstorganisationen und erkennbare Potenziale für die Entwicklungszusammenarbeit

Um die Potenziale von Migranten und ihre Organisationen erkennen zu können, ist es wichtig, einen Überblick über die „Landschaft“ der Migrantenselbstorganisationen (MSOen) in der Bundesrepublik zu haben und etwas über deren Strukturen, Zielsetzungen, Aktivitäten und über die Motive und Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zu wissen. Die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Studie *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004* (2005) enthält neben allgemeinen Daten und Informationen gesonderte Kapitel speziell über MSOen und ihre Aktivitäten. Befragt wurde hierbei eine Stichprobe der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (insgesamt 1529 Menschen) aus allen Regionen Europas, aus Asien, Süd- und Nordamerika, aus Afrika und aus dem Nahen Osten. Für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit sind die Ergebnisse dieser Arbeit deswegen besonders interessant, weil die Mehrheit der MSOen auf lokaler bzw. kommunaler Ebene agiert. Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse dieser Studie im Hinblick auf Potenziale für die Entwicklungszusammenarbeit vorgestellt.

1. **Gemeinschaftsaktivitäten:** Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die befragten Migranten sich zu 61 Prozent außerhalb von Familie und Beruf aktiv in Vereinen, Gruppen, Organisationen oder Einrichtungen betätigen (Nicht-Migranten: 71 Prozent). Nach Bereichen sortiert beteiligten sich Migranten mit 35 Prozent am häufigsten an „Sport und Bewegung“, gefolgt von „Freizeit und Geselligkeit“ (18,5 Prozent), „Schule und Kindergarten“ (14 Prozent), „Kultur und Musik“ (13,5 Prozent), dem sozialen Bereich (10,5 Prozent) und „Kirche und Religion“ (9,5 Prozent). Bis auf den Bereich „Schule und Kindergarten“, wo Migranten aktiver sind als Nicht-Migranten, ähneln sich in den anderen Bereichen die Beteiligungsquoten der beiden Gruppen weitgehend.¹⁸ Interessante inhaltliche Anknüpfungspunkte für die Entwicklungszusammenarbeit können etwa die Bereiche „Schule und Kindergarten“ (zum Beispiel Globales Lernen, Schüleraustausche), „Kultur und Musik“ (Kulturaustausch, Nutzung kulturspezifischen Wissens) und der soziale Bereich (zum Beispiel Unterstützung sozialer Projekte in Schwellen- und Entwicklungsländern) bieten. Aber auch der Bereich „Kirche und Religion“ könnte ein interessantes Anknüpfungsfeld sein, zumal vielen Religionen soziale und wohltätige Aktivitäten immanent sind und entsprechende religiös motivierte soziale Aktivitäten nicht nur bei Nicht-Migranten, sondern auch bei den Migranten zu finden sind.
2. **Freiwilliges Engagement:** 23 Prozent der befragten Migranten sind im Rahmen von Freiwilligenarbeit, das heißt unentgeltlich, aktiv (Nicht-Migranten: 37 Prozent), und dies besonders in den Bereichen „Schule und Kindergarten“ (7 Prozent), „Sport und Bewegung“ (6,5 Prozent) und erst mit Abstand folgen „Kirche und Religion“, der soziale Bereich, der Bereich „Kultur und Musik“ und der Bereich „Freizeit und Geselligkeit“. Aufgrund des Umstandes, dass in der Stichprobe nur Migranten mit guten Deutschkenntnissen und einem überdurchschnittlichen Bildungshintergrund vertreten sind, ist die genannte Freiwilligenquote insgesamt im Vergleich zur Gesamtgruppe der Migranten hoch. Auf die Gesamtgruppe der Migranten bezogen wird von einer Engagementquote von 10 bis 12 Prozent ausgegangen. Wenn man die Engagementquote nach Gruppen sortiert, ergibt sich folgendes Bild: Erstens sind Migranten, die in Deutschland geboren wurden, häufiger freiwillig engagiert als diejenigen, die eingewandert sind. Zweitens zeigt sich, dass länger hier lebende Migranten aktiver in der Freiwilligenarbeit sind als diejenigen, die kürzere Zeit (seit 1990) in Deutschland leben.

Von allen im Modell befindlichen Faktoren ist die Länge des Aufenthalts der Migranten am wichtigsten dafür, ob sich Migranten freiwillig engagieren, während zum Beispiel die Staatsangehörigkeit (deutsch oder nicht-deutsch) einen weniger signifikanten Einfluss hat. Darüber hinaus gilt: je besser die soziale Eingebundenheit und je höher die formale Bildung, desto häufiger sind Migranten freiwillig engagiert.¹⁹

Auch mit Blick auf die Potenziale für die Entwicklungszusammenarbeit zeigt sich hiermit, dass eine „gelungene“ Integration (lange/unbefristete Aufenthaltsdauer, Ausbildung, soziale Eingebundenheit) wesentliche Voraussetzung für ein ehrenamtliches Engagement ist.

3. **Engagementpotenzial:** Weiterhin ist für die Entwicklungszusammenarbeit interessant, dass zwar von den befragten Migranten „nur“ 23 Prozent freiwillig engagiert sind, jedoch weitere 17 Prozent bekundet haben, in Zukunft bestimmt eine freiwillige Tätigkeit aufnehmen zu wollen. Außerdem sind weitere 25 Prozent der Migranten unter Umständen bereit, sich zu engagieren. Und es gibt bereits aktive Migranten, die bereit wären, ihr bereits vor-

¹⁸ Vgl. BMFSFJ (2005), S. 347.

¹⁹ Vgl. BMFSFJ (2005), S. 348 und S. 370 ff.

handenes freiwilliges Engagement zu erweitern. Diese Ergebnisse zeigen, dass noch ein großes Potenzial vorhanden ist, welches auch für Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit gewonnen werden könnte.²⁰

- 4. Zielgruppen:** Statistisch gesehen setzen sich Migranten im Rahmen ihres freiwilligen Engagements am häufigsten für die Zielgruppe „Kinder und Jugendliche“ ein (41 Prozent), gefolgt mit Abstand von der Gruppe „Ältere Menschen“ und „Familien“ (beide sieben Prozent) und „Frauen“ (nur bei Migrantinnen: sechs Prozent), und „Zuwanderer, Ausländer und Flüchtlinge“ (vier Prozent). Da sich die Befragten für jeweils eine Kategorie entscheiden sollten, jedoch manche Kategorien in der Realität zusammenfielen (zum Beispiel „Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“) und eine Kategorie „unbestimmt“ vorhanden war, wurde eine Neuauswertung vorgenommen und danach waren insgesamt nicht vier Prozent, sondern elf Prozent der Aktivitäten auf „Zuwanderer, Ausländer und Flüchtlinge“ gerichtet.²¹ Interessant für die Entwicklungszusammenarbeit können zum Beispiel die Kenntnisse sein, die Migranten aus dem Umgang mit bestimmten Zielgruppen erworben haben (zum Beispiel Frauen, ältere Menschen), sofern etwa in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit in den jeweiligen Herkunftsländern solche speziellen Zielgruppen angesprochen werden sollen.
- 5. Organisationsformen:** Migranten sind häufiger in staatlichen bzw. kommunalen Einrichtungen freiwillig engagiert als Nicht-Migranten (17 Prozent zu 12 Prozent) und dafür seltener in Vereinen (38 Prozent zu 44 Prozent). Die Gründung eines Vereins kann für manche Migranten mehr als für Einheimische eine Barriere darstellen.²² Hier wird tendenziell Hilfe- bzw. Beratungsbedarf (hinsichtlich Vereinsgründung und Vereinsentwicklung) bei den Migranten deutlich. Im Rahmen zum Beispiel von kommunaler Integrationsarbeit wurde dieser Bedarf bereits teilweise erkannt. Entsprechend wäre es auch für die Entwicklungszusammenarbeit wichtig, zunächst den Aufbau solider Vereinsstrukturen durch Beratung zu unterstützen, denn Förderprogramme sind häufig auch für MSOen nur dann zugänglich, wenn sie als eingetragene Vereine organisiert sind.
- 6. Anforderungen und Ressourcen:** Migranten schätzen die Anforderungen, die an sie im Rahmen der Freiwilligentätigkeit gestellt werden, höher ein als Nicht-Migranten, vor allem in den Bereichen Belastbarkeit, Fachwissen und Umgang mit Behörden. Bei manchen engagierten Migranten lösen diese Anforderungen ein Gefühl der Überforderung aus, was nicht selten zur Beendigung des freiwilligen Engagements führt.²³ Zudem ist in MSOen (bei gleichzeitig höheren Anforderungen und höherer Problembelastung) die Ressourcenknappheit im Vergleich zu den Organisationen der Mehrheitsgesellschaft stärker ausgeprägt – und dies bei gleichzeitiger ungünstigerer finanzieller Situation freiwillig engagierter Migranten insgesamt. Daher wird von den MSOen sowohl eine fachliche als auch eine persönlich-emotionale Unterstützung durch hauptamtlich Beschäftigte in Einrichtungen und Organisationen besonders dringlich eingefordert.²⁴ Dies ist auch zu berücksichtigen, wenn man MSOen künftig stärker in die Entwicklungszusammenarbeit einbinden möchte. Hier ist zum einen wichtig, dass Migranten in ihren bestehenden Strukturen finanziell/personell/sachlich nicht überfordert und entsprechende Anreize durch Unterstützung bereitgestellt werden, zum andern, dass ihnen der mögliche Nutzen eines Engagements in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit verdeutlicht wird.

²⁰ Vgl. BMFSFJ (2005), S. 348.

²¹ Vgl. BMFSFJ (2005), S. 390.

²² Vgl. BMFSFJ (2005), S. 349.

²³ Vgl. BMFSFJ (2005), S. 349.

²⁴ Vgl. BMFSFJ (2005), S. 350.

7. Anerkennung: Migranten mahnen häufiger als Nicht-Migranten an, dass ihre freiwilligen Tätigkeiten besser formal (zum Beispiel als Praktikum, um die eigenen Bildungs- und Berufschancen zu verbessern) und öffentlich anerkannt werden sollten (Freiwilligenstudie 2005, S. 350f.). In der Tat finden die Leistungen, die MSOen seit Jahrzehnten für die Integrationsarbeit (ehrenamtlich) erbringen, in der Öffentlichkeit wenig Erwähnung. Mit dem problemzentrierten Blickwinkel wird MSOen nicht selten unterstellt, dass diese zur Entstehung von Parallelgesellschaften beitragen würden.

Solange Migranten nicht oder zu wenig als (konstruktive) Mitgestalter der Gesellschaft wahrgenommen werden, erschwert dies auch die Gewinnung ihrer Potenziale für neue Tätigkeitsfelder wie zum Beispiel die Entwicklungszusammenarbeit. Eine öffentliche Aufwertung zum Beispiel sozial engagierter MSOen auf lokaler Ebene könnte ihrer Gewinnung auch für neue Aktivitäten zuträglich sein.

Einige dieser Erkenntnisse aus der Freiwilligenstudie werden durch die Empfehlungen einer Forschungsarbeit unterstützt, die das Institut für soziale Innovation in Solingen zusammen mit der Universität Paderborn im Auftrag der Stadt Paderborn über die Selbstorganisation und das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten in Paderborn durchgeführt hat²⁵:

- MSOen benötigen mehr Unterstützung, um bürokratische Hürden zu überwinden, Ressourcen zu organisieren, Mitglieder zu aktivieren und sich in der Öffentlichkeit erfolgreich präsentieren zu können. Hierbei wäre Unterstützung (zum Beispiel durch Fortbildungen, Beratung) etwa in den Bereichen Projektentwicklung, Finanzmanagement, Mitgliedermotivation und Öffentlichkeitsarbeit hilfreich.
- Um Austausch und Professionalisierung ihrer Arbeit zu fördern, sollte die Vernetzung lokaler MSOen, zum Beispiel durch eine gemeinsame Datenbank, unterstützt werden.
- Positive Berichterstattung über Aktivitäten von Migranten und MSOen motiviert, weil sie mit höherer Wertschätzung und öffentlicher Aufmerksamkeit einhergeht.
- Gezielte Förderung bestimmter Vereinsaktivitäten (zum Beispiel Entwicklungsengagement) und -strukturen durch finanzielle Anreizsysteme erscheint sinnvoll, wenn sie im öffentlichen Interesse ist.
- Verknüpfung der Potenziale (von Migranten und der Mehrheitsgesellschaft) in einer Region, zum Beispiel in den Bereichen Integration und Entwicklungszusammenarbeit, ist wichtig, um Synergien und Verbesserung zu erzielen.

3.3 Vorhandene entwicklungspolitische Aktivitäten von Migrantenselbstorganisationen

Entwicklungspolitisch aktiv sind, aus Verbundenheit zu ihren Herkunftsländern, vor allem die Migrantengruppen aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Wie deren konkrete Aktivitäten im entwicklungspolitischen Bereich aussehen können, zeigen exemplarisch die Studien der GTZ von 2006/2007 zu den afghanischen, ägyptischen, marokkanischen, serbischen, senegalesischen und vietnamesischen Diasporagemeinden in Deutschland.²⁶ Die Studien liefern Informationen zur Wanderungsgeschichte, Größe und Engagement der Migrantengruppen und belegen empi-

²⁵ Vgl. Stadt Paderborn (Hg.) (2007).

²⁶ Vgl. GTZ (2006).

risch den in Kapitel 2.4 dargestellten Zusammenhang zwischen Integration und Art und Umfang des Engagements für die Herkunftsländer. Darüber hinaus werden zwei weitere wichtige Einflussfaktoren für das jeweilige Entwicklungsengagement deutlich:

- Die Beziehung der Diasporen zu ihrem Herkunftsland, die von ihrem politischen und sozioökonomischen Status vor ihrer Auswanderung abhängt. Zum Beispiel entstammen viele ägyptische Migranten der Bildungselite Ägyptens, halten elitäre Netzwerke in ihre Heimat aufrecht, tätigen gewinnbringende Investitionen in Wirtschaft und Wissenschaft Ägyptens und engagieren sich gemeinnützig durch Infrastrukturprojekte im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Ein anderes Beispiel sind die vietnamesischen Bootsflüchtlinge, die seit 1975 in die BRD als ihrem neuen Zuhause gekommen sind, bis heute fundamentale Kritik an der kommunistischen Politik in Vietnam üben und sich eher im familiären Rahmen als in offiziell gemeinnützigen Projekten engagieren.
- Die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen im Herkunftsland können ein Engagement befördern (eine Notlage, zumal wenn sie intensiv medial aufgegriffen wird wie in Afghanistan, mobilisiert die Diaspora) oder hemmen (Rechtsunsicherheit, Korruption, Inflation behindern zum Beispiel Direktinvestitionen) oder in bestimmte Richtungen lenken (ein zerfallener Staat wird eher Engagement im Bereich der Nothilfe anziehen; Förder- und Kooperationsprogramme des Herkunftslandes können zum Beispiel Investitionen in speziellen Sektoren oder Landstrichen begünstigen).

Je nachdem also, ob die Integration gelingt, wie kompetent und gut organisiert die MSOen sind, der sozioökonomische Status und die Qualifikation ihrer Mitglieder vor und nach der Wanderung aussieht, wie es um das Verhältnis zwischen Migranten und dem politischen System des Herkunftslandes steht und wie die Rahmenbedingungen dort ausfallen, erstreckt sich das entwicklungspolitische Engagement von privater Unterstützung über lokale Kleinprojekte für Verwandte bis hin zu großen gemeinwohlorientierten Infrastrukturprojekten im Bildungs- und Gesundheitsbereich, zu Wirtschaftsinvestitionen und Wissenschaftskooperationen; auch direktes politisches Engagement für Demokratie und Menschenrechte ist möglich.

4 Ansatzpunkte zur Verknüpfung von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und Diasporen: Stand und Potenziale

Im Folgenden werden zunächst die grundsätzlich bestehenden Anknüpfungspunkte aufgezeigt, die es für eine entwicklungspolitisch aktive Diaspora zu den verschiedenen Formen der Eine-Welt-Arbeit in Kommunen gibt. Um mehr über die Realisierungsmöglichkeiten der Verknüpfung von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und Diasporen zu erfahren, folgt daraufhin die qualitative Auswertung von Interviews mit Entscheidungsträgern aus den Bereichen Integration und Eine Welt aus ausgewählten Kommunen.

4.1 Die Bedeutung der Debatten über Migration und Entwicklung für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Die Bedeutung der Entwicklungs- und internationalen Zusammenarbeit nimmt in und für Kommunen zu.²⁷ In Deutschland hängt das besonders damit zusammen, dass die Auswirkungen globaler Prozesse in den Kommunen unmittelbar spürbar werden (Verlagerung von Produktionsstätten, internationale Migration etc.). Der Wunsch und die Verantwortung, auf diese Prozesse Einfluss zu nehmen, integriert im besten Falle wohlverstandenes Eigeninteresse für den kommunalen Standort mit der Solidarität gegenüber ärmeren Menschen aus dem Süden. In diesem Sinne stehen auch die kommunalen Tätigkeitsfelder Integration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit im selben internationalen Kontext und sollten einander gegenseitig stärker einbinden.

Leider ist die hierzulande oft nur innenpolitische Betrachtung der Integration inhaltlich und institutionell (was Verwaltungsstrukturen betrifft ebenso wie die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen) kaum mit den als außenpolitisch wahrgenommenen Tätigkeiten im Entwicklungskontext verbunden, obwohl gerade im lokalen Eine-Welt-Engagement theoretisch gute Anknüpfungspunkte zur Kooperation mit MSOen existieren.

Lokale Eine-Welt-Arbeit reicht von Initiativen für entwicklungspolitische Bildung, fairen Handel und faires Beschaffungswesen über formale oder informelle (auch konkret projektbezogene) Nord-Süd-Partnerschaften der Kommunalverwaltung, zivilgesellschaftlicher Akteure sowie kommunaler Institutionen bis hin zur Beteiligung der Kommunen an Aktivitäten internationaler Entwicklungsorganisationen und internationaler Netzwerke, die globale Nachhaltigkeit und Entwicklung anstreben.

²⁷ Die Kommunalbeschlüsse zum fairen Beschaffungswesen und die Aktivitäten zum fairen Handel weiten sich stetig aus. Hinzu kommen die Selbstverpflichtungen für einen Beitrag zur Erreichung der Millennium Development Goals der Vereinten Nationen (MDG-Erklärung des Deutschen Städtetages) sowie eine stärkere Beteiligung an internationalen Netzwerken, etwa im Bereich Klimawandel. Dies steht unter anderem im Kontext einer entwicklungspolitischen Bedeutungszunahme der Städte: durch die beschleunigte Urbanisierung in Afrika und Asien und die in Entwicklungsländern platzgreifenden Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprozesse einerseits und der wachsenden Einbindung von internationalen Kommunalnetzwerken auf UN- und EU-Ebene und der damit verbundenen Wahrnehmung der Kommunen als „unverzichtbarer Partner“ in den Bereichen der Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit andererseits.

Engagierte MSOen können sich im ganzen Bereich entwicklungspolitischer Bildung und beispielsweise auch in Bezug auf die Förderung des fairen Handels sehr gut durch Erlebnisberichte und durch genaue Kenntnisse von Land und Leuten aus der Südhemisphäre authentisch, überzeugend und kritisch einbringen. Im Bereich der Nord-Süd-Partnerschaften können sie diese durch ihren Einfluss insgesamt beleben und vertiefen, ferner die deutsche Seite dabei beraten, wie sie den Partnern auf Augenhöhe begegnet. Das heißt, sie können die kommunale Entwicklungszusammenarbeit wesentlich stärken.

Und dadurch auch die entwicklungspolitische Wirkung der Partnerschaft: Kenntnisse und Kontakte der MSOen in das Partnerland, vielleicht sogar direkt in die Partnerkommune, können sehr hilfreich sein für die Effizienz und Effektivität der in diesem Rahmen durchgeführten Entwicklungsprojekte.

Im Falle einer konstruktiven Zusammenarbeit der Akteure entsteht auch für das entwicklungspolitische Engagement der MSOen Aufmerksamkeit und möglicherweise eine breitere gesellschaftliche Unterstützung (zum Beispiel in Form von Spenden, weiteren Kooperationsangeboten oder Unterstützung bei der Vereinsorganisation). Im besten Fall wird ihnen vermehrt Anerkennung und Respekt aus der Kommune entgegengebracht. Das heißt, die geglückte Kooperation zwischen Diaspora und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit entpuppt sich als positiver Beitrag zur Integration.

4.2 Empirische Untersuchung in 14 ausgewählten Kommunen

In der Zeit vom 5. bis 20.12.2007 sind 26 Akteure aus 14 von InWEnt gGmbH ausgewählten Kommunen nach ihrer Einschätzungen zur Verknüpfung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit mit den Diasporen befragt worden. Die Akteure stammen aus den Bereichen

- Entwicklungszusammenarbeit, Eine-Welt-Vereine bzw. lokale Agenda 21,
- Integration,
- Städtepartnerschaften,
- politische Partizipation.

Dabei wurde nach Möglichkeit in jeder Stadt jeweils mindestens eine Person aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und aus dem Bereich der Integration befragt, um die Sichtweisen und Vorstellungen der kommunalen Teilsysteme erfassen zu können. In den offenen, leitfadengestützten Interviews bildeten folgende Themen die Schwerpunkte:

- Aktivitäten im eigenen Bereich
- Kooperationen mit dem jeweils anderen Bereich
- Mögliche Gewinne oder Chancen durch Zusammenarbeit
- Gefahren
- Faktoren, die diese Zusammenarbeit unterstützen

Die Länge der Interviews variierte stark, die kürzesten dauerten ca. 20 Minuten, die längsten ca. 80 Minuten. Die durchschnittliche Befragung dauerte 50 Minuten. Befragt wurden die nachfolgenden Personen und Städte:

Kommune	Interviewpartner	
	Eine-Welt/Internationaler Bereich	Integrationsbereich
Aachen	Dr. Mona Pursey Eine Welt Forum Aachen e. V.	Iris Kreutzer Integrationsbeauftragte
Aschaffenburg	Tibor Reidl Sachgebiet Umweltschutz/Energie – Agenda 21	Oliver Theiß Integrationsbeauftragter
Bielefeld	Ulrike Mann Welthaus Bielefeld e. V.	Annegret Grewe Ausländerbeauftragte
Bonn	Dr. Maria Hohn-Berghorn Vorstandsreferat Internationale Angelegenheiten und Repräsentation	
Darmstadt	Jens Bolze Agenda Büro	Dr. Patricia Latorre Interkulturelles Büro
Düren, Kreis		Sybille Haussmann Integrationsbeauftragte für Migrantinnen und Migranten
Hamburg	Heiko Möhle Eine Welt Netzwerk Hamburg	Doris Kersten Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucher- schutz; Management des Integrationsbeirats
Hannover	Silvia Hesse Büro des Oberbürgermeisters Referat für Integration und Agenda 21	
Kiel	Ulrich Ketelhodt Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI)	Birgit Lawrenz Referat Migration Özlem Ünsal Forum für Migrantinnen und Migranten
Leipzig	Dr. Gabriele Goldfuß Referat Europäische und Internationale Zusammenarbeit Martina Glass Vorsitzende Eine Welt e. V. Leipzig	Stojan Gugutschkow Referat Ausländerbeauftragter Referatsleiter
Mühlheim an der Ruhr	Andreas Horn Büro für Städtepartnerschaften/Internationales	
München	Sylvia Glaser Büro für Rückkehrhilfen Petra König EineWeltHaus München e. V., Geschäftsführung	
Neumünster		Holger Pohlmann Fachdienstleiter Sozialbereich Sami Inci , Vorsitzender des Runden Tisches für Integration
Potsdam	Dr. Ursula Löbel komm. Leiterin Sicherheitskonferenz/ Agenda 21	Magdolna Grasnack Ausländerbeauftragte
Stuttgart		Rolf Graser Forum der Kulturen

Bei der Auswahl der befragten Kommunen sollte sich ein breites Spektrum an Handlungsansätzen und kommunalen Aktivitäten abbilden. Folgende Fragestellungen spielten dabei eine Rolle:

- Gibt es in der Kommune ein Integrationskonzept?
- Liegt Engagement im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit vor?
- Werden MSOen unterstützt?

Weiterhin wurde darauf geachtet, dass Städte und Kreise unterschiedlicher Größe und entsprechend ihrer regionalen Verteilung im Bundesgebiet bei der Auswahl berücksichtigt wurden. Ferner, dass sie jeweils unterschiedliche regionale Schwerpunkte in der Migrantenstruktur aufweisen, wie die unten wiedergegebenen Strukturdaten zeigen.

Strukturdaten der befragten Kommunen¹								
Stadt	Bevölkerung (gesamt)		Bevölkerung aus...			MSOen mit Fokus auf...		
	Deutsche	Ausländer	Afrika	Amerika	Asien	Afrika	Amerika	Asien
Aachen	216.806	35.706	3.621	1.035	6.229	0	28	0
Aschaffenburg	~ 60.000	~ 9.000	365	460	1.056	3	1	1
Bielefeld	286.608	39.238			<i>k. A.</i>			
Bonn ²	263.228	51.071	9.726	3.680	16.330	6	1	7
Darmstadt	115.593	23.510	2.342	1.089	3.352	26	3	24
Kreis Düren	245.432	27.476	1.597	335	2.954	11	0	6
Hamburg	1.505.936	248.246			<i>k. A.</i>			
Hannover	446.200	76.112	5.016	3.750	25.798	11	1	8
Kiel	212.306	20.034	1.063	672	3.760	10	1	15
Leipzig	474.597	31.981	1.403	1.499	8.141		<i>k. A.</i>	
Mülheim an der Ruhr	153.188	17.224	1.182	292	1.999	3	0	6
München	1.020.743	304.954	10.427	16.381	35.334	29	15	49
Neumünster	72.466	5.470	222	91	768	1	0	0
Potsdam	140.942	6.774	414	338	1.323	2	2	2
Stuttgart	462.218	129.810	3.421	3.386	12.472	24	34	33

¹ Zu den kursiven Feldern lagen bei Redaktionsschluss noch keine Daten vor.
² Zahlen zur Bonner Bevölkerung aus anderen Kontinenten sind auf dem Stand vom 30.6.2004.

Stand 18.1.2008

Die Interviewaussagen lassen sich inhaltlich in die folgenden sieben Hauptaussagen unterteilen.

4.2.1 Bundes- und landespolitische Signale stärken die kommunalen Akteure

Bundes- oder landespolitische Signale stärken die kommunalen Akteure (Rechtfertigung in Politik und Verwaltung)!

Die verstärkte Beschäftigung mit neuen Aufgaben oder veränderten Handlungsansätzen bedarf der Stärkung und Unterstützung durch bundes- oder landespolitische Signale und Anreize.

Herr Reidl vom Sachgebiet Umweltschutz/Energie – Agenda 21 aus Aschaffenburg erklärt die Bedeutung der Signalwirkung am Beispiel des Agenda 21-Prozesses.

„Die Landesregierung hatte immer den Agenda 21-Prozess unterstützt. Von daher hat auch die Kommunalpolitik gewusst, dass der Agenda 21-Prozess eine Bedeutung hat und das Engagement in diesem Bereich beibehalten werden muss.“

Genau so ein politisches Signal wünscht sich Frau Mann vom Welthaus in Bielefeld, wenn das Land so ein Engagement wünscht:

„Die Landesregierung muss da hinschauen und ein politisches Signal setzen.“

Auf anderer Ebene erläutert Mona Pursey, dass das Engagement des Eine Welt Forums Aachen e. V. in Indonesien erst aufgrund des Aufrufes des ehemaligen Kanzlers Schröder in dieser Größenordnung entstanden ist.

„Die Initiative entstand über Kanzler Schröder, der im Zuge der Tsunami-Flutkatastrophe zu Partnerschaften angeregt hat.“

Jedoch nicht nur die Signalwirkung aus der Bundes- oder Landespolitik spielt eine Rolle. Auch die Unterstützung von namhaften, auf Bundesebene agierenden Partnern, macht die Arbeit für den kommunalen Bereich einfacher.

Herr Reidel erläutert:

„Solche Initiativen müssen durch große Organisationen wie InWEnt, Bertelsmann oder anderen Instituten legitimiert werden, damit die Kommunalpolitik nicht denkt, dass man spinnernd sei.“

4.2.2 Kommunale Legitimation schaffen und strukturelle Trennungen überwinden

Die Kooperation der Bereiche Integration und Entwicklungszusammenarbeit erfordert eine kommunalpolitische Legitimation, eine strukturelle, personelle und finanzielle Verankerung des Handlungsansatzes innerhalb der Verwaltung sowie eine Vernetzung der beteiligten Akteure!

Das Interesse und die Bereitschaft zu einer stärkeren Kooperation und Vernetzung zwischen MSOen und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit waren bei vielen Akteuren deutlich spürbar. Einige konnten sich allerdings (noch) nicht vorstellen, wie der Gedanke konkret umgesetzt werden könnte.

Neben den genannten bundes- und landespolitischen Signalen, wünschten sich die Interviewpartner auch ein *eindeutiges kommunalpolitisches Signal*, das die Verwaltung und die lokalen NROen legitimiert und motiviert, den Ansatz zu verfolgen.

Frau Lawrenz vom Referat Migration in Kiel:

„Es muss geklärt werden, ob eine stärkere Arbeit in diesem Bereich gewünscht ist. Da muss die Stadtspitze ein Signal geben.“

Dieses politische Signal bedeutet auch eine Rechtfertigung vor den Bürgern und Bürgerinnen einer Stadt. So erläutert Frau Hesse vom Agenda 21-Büro in Hannover:

„Vor dem Hintergrund, dass Städte und Gemeinden immer weniger Geld haben, wird genau darauf geachtet, für welche Vorhaben das Geld ausgegeben wird. Entwicklungszusammenarbeit wird eher als eine Aufgabe des Bundes angesehen und so spielt diese Aufgabe eine eher untergeordnete Rolle. Es ist schwierig, den Bürgern einer Stadt zu vermitteln, warum Schulen verrotten, aber Entwicklungszusammenarbeit weiter durchgeführt wird.“

Als Voraussetzung für einen erfolgreichen Start des Ansatzes wurde darauf hingewiesen, dass

trennende Strukturen und Orientierungen in Verwaltung und Zivilgesellschaft überwunden werden müssen, die bislang keine Kooperation zwischen den Bereichen Integration und Internationales/ Entwicklungszusammenarbeit ermöglicht bzw. nahe gelegt haben.

Zum einen erscheint den Befragten eine tragende Struktur in den Kommunalverwaltungen notwendig, das heißt, dass die Zuständigkeitsbeschreibungen und Handlungskonzepte der beiden Bereiche deutlich die Schnittstellen benennen, damit Ansprech- und Förderstrukturen entstehen können. Zum andern wurde auf die parallel strukturierte Zivilgesellschaft hingewiesen, in der die Bereiche ebenfalls – weniger durch Zuständigkeitsgrenzen als durch Arbeitskulturen, Ziele und Interessen – getrennt sind. Auch hier erfordert der neue Ansatz eine Umorientierung und die Erweiterung der Handlungsfelder.

Herr Möhle vom Eine Welt Netzwerk in Hamburg benennt beide Probleme:

„In der Verwaltungsorganisation werden diese Themenbereiche momentan sehr losgelöst voneinander gesehen, da sie nicht vernetzt sind. Ähnliches gilt aber auch in der NGO-Szene. Die Vernetzung müsste sehr viel mehr gefördert werden. Aber auch der Eine-Welt-Bereich muss stärker überlegen, wie man weitergeht.“

Herr Möhle weist in dem Interview auch auf die sehr verschiedenen Personengruppen hin, die in einem Verein organisiert sind und die für so eine Arbeit zusammengebracht werden müssen:

„Wenn die zusammentreffen, dann fällt auf, dass das Interesse am Austausch untereinander oft nicht groß ist. Die zahlreichen Tansaniagruppen in Hamburg sind zum Beispiel mehrheitlich Deutsche. Die kommen von sich aus nicht immer darauf, die Afrikaner, die hier leben, anzusprechen. Afrikaner sind auch nicht immer von der Vorstellung begeistert, etwas gemeinsam zu machen, denn sie fürchten – nicht ganz unbegründet – Vereinnahmungs- oder Bevormundungsversuche. Da gibt es meiner Meinung nach große Berührungspunkte.“

Es gibt aber im Einzelnen auch andere Erfahrungen. Im Eine Welt Netzwerk finden informelle Treffen für die Mitgliedsgruppen statt. Dort begegnet man sich. Häufig ergibt sich eine Zusammenarbeit dann, wenn jemand ein ganz konkretes Anliegen hat.

Grundsätzlich kann man sagen, dass die Eine-Welt-Szene und die Gruppen mit flüchtlings- und migrationspolitischem Schwerpunkt noch sehr für sich stehen.“

Herr Ketelhodt vom Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein antwortet auf die Frage, ob es Kontakte der Eine-Welt-Szene in den Integrationsbereich gibt:

„Es gibt Kontakt, aber nicht so viel Zusammenarbeit; es ist aber keine Trennung. Es ist eine Arbeitsteilung.“

Gerade die fehlende strukturelle Verankerung der Schnittstellen von Integration und Entwicklungszusammenarbeit in den meisten Verwaltungen zieht das Problem nach sich, dass von denjenigen, die sich auf dieser Schnittstelle betätigen, Haushaltstitel und Fördertöpfe nicht richtig adressiert werden können. *Finanzielle Engpässe* sind so vorprogrammiert. So berichten einige Organisationen von gescheiterten Förderanträgen.

Frau Mann vom Welthaus Bielefeld:

„Wir wollten ein Aidsaufklärungsprojekt für ausländische Studenten machen. Eine Beantragung von Zuschussmitteln scheiterte bisher aber immer daran, weil das Projekt in keine Kategorie passte: Es ist keine Bildungsarbeit im Entwicklungszusammenarbeitsbereich, aber auch kein klassisches Auslandsprojekt.“

Herr Möhle vom Eine Welt Netzwerk in Hamburg:

„Es geht mir nicht nur um Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch darum die Integration hier vor Ort zu erleichtern. Und da muss man sehen, wie sich die Förderlandschaft entwickelt. (...) Viele machen die Erfahrung, dass man, wenn man ein Projekt starten möchte, von Behörde zu Behörde hin- und hergeschickt wird: dem einen ist das zu viel Entwicklungszusammenarbeit, dem anderen zu viel Integrationsthematik.“

Ohne finanzielle Ausstattung ist aber der gesamte Ansatz gefährdet. Herr Möhle sieht die fehlenden finanziellen Kapazitäten als ein Hauptproblem für Vereine:

„Vielen Migranten-Vereinen fehlen einfach die finanziellen Mittel, um sich zu konstituieren. Viele sind einfach materiell arm. (...) Man braucht Möglichkeiten der Strukturförderung: Dass man mal die Möglichkeit hat, einen Flyer zu drucken, dass man die Möglichkeit hat, mal einen PC zu kaufen.“

Er wünscht sich daher:

„Es müssen passende Fördertöpfe geschaffen werden. (...) Ich glaube, dass die Innovationsfreude auf Seiten der NGOs groß ist, doch es scheitert oft daran, dass es keine Förderinstrumente gibt. Das Geld ist nicht unwesentlich, hier ist die staatliche Seite gefragt, Gelder zur Verfügung zu stellen.“

Er fasst zusammen:

„Das so eine Arbeit überhaupt gemacht werden kann, hängt häufig von banalen, materiellen Bedingungen ab.“

Genauso sieht es sein Kollege Herr Ketelhodt vom Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein:

„Was es braucht, ist eine Struktur, die diese Arbeit trägt. Und das hat auch mit Geld zu tun. (...) Es muss eine höhere Bereitschaft geben, Themen, die mit Integration zu tun haben, zu fördern.“

Frau Haussmann vom Kreis Düren findet das Engagement von InWEnt gGmbH in diesem Bereich sehr gut, doch vermisst sie eine finanzielle Grundausstattung des Projektes:

„Ja, eine Zusammenarbeit kann ich mir generell vorstellen. Aber ich sehe auch das Problem, dass damit eine völlig neue Baustelle aufgemacht wird. Das bedeutet wieder einen erheblicher Aufwand für Arbeitskreise, Treffen und Telefonate, ohne dass es dabei bislang neue Ressourcen gibt. (...) Wenn man so was auf die Schiene bringt, muss man erst mal Ressourcen in die Hand nehmen.“

Durch die fehlende strukturelle Verankerung in den Verwaltungen fehlen auch feste Ansprechpartner für das Thema. Dadurch müsste der neue Handlungsansatz zunächst einem der beiden Themenbereiche zugeschlagen werden und führt dort zu einem *Engpass personeller Ressourcen*.

Auf die Frage, ob sie sich – als dem Integrationsbereich zugehörige Mitarbeiterin – eine Zusammenarbeit mit dem Entwicklungszusammenarbeitsbereich vorstellen kann, erklärt Frau Latorre (Darmstadt):

„Personell gesehen nicht. Von der Integrationsarbeit sind alle Ressourcen beansprucht. Wenn die politische Ebene eine Zusammenarbeit wünscht und zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen würde, dann ja.“

Die gleichen Probleme beschreibt Frau Haussmann, Integrationsbeauftragte aus dem Landkreis Düren und erklärt damit auch ihren bisherigen Fokus auf Integration:

„Ich habe bisher aufgrund der Rollenklarheit eher die Linie der innenpolitischen Sichtweise (das heißt Integration, d. A.) gesehen und habe die außenpolitische Sichtweise (das heißt Entwicklungszusammenarbeit, d. A.) eher ausgeklammert. Dies aber auch aufgrund von Kapazitätsproblemen.“

Eine Personalstelle, die sich nur um die Anliegen von MSOen kümmert, würde sich auch Frau Kreutzer wünschen:

„Wünschenswert wäre – aber das ist hier personell nicht leistbar –, dass es einen Ansprechpartner gibt, der nur für die Vereine zuständig ist. Dieser sollte für alle Fragen zur Verfügung stehen, der für den Verein zum Beispiel bei Förderanträgen recherchiert“

Durchgängig sehen die Befragten den Ansatz als ein Handlungsfeld, das möglichst professionell und ernsthaft und nicht nebenbei betreut werden sollte.

Frau Kersten (Hamburg) unterstreicht die Erfordernis professioneller Arbeit:

„Integration hat viele Facetten und jeder leistet in seinem Bereich gute Arbeit. Wichtig für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist die Netzwerkarbeit: Es muss eine Institution geben, die die verschiedenen Akteure zusammenbringt. (...) Wichtig für eine Vernetzung ist: Sie muss professionell betrieben werden.“

Vernetzung der Akteure kristallisiert sich als das zentrale Mittel heraus, um zwischen den bislang inhaltlich getrennten Sphären und auch um zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft Brücken zu schlagen.

Doch hier gibt es Berührungsängste. Herr Theiß, Integrationsbeauftragter der Stadt Aschaffenburg:

„Ich glaube, dass es schwierig ist, dort (bei den MSOen, d.A.) einen Ansprechpartner zu finden, mit dem man zusammenarbeiten könnte.“

Frau Kreuzer, Integrationsbeauftragte der Stadt Aachen:

„Es gibt Vereine, die wollen keinen Ansprechpartner nennen. Wenn etwas von der Behörde kommt, dann haben viele Ängste. Ich glaube, dass ich mittlerweile den Abbau von Angst ein Stück weit erreicht habe. Die Angst besteht vor allem darin, dass die Stadt die erhaltenen Informationen gegen sie verwenden könnte. Da zieht man sich lieber zurück, statt Informationen zu geben.“

Gegen die Schwellenängste setzt Frau Kreuzer in Aachen Bildungsangebote und Veranstaltungen für die Vereine ins Werk:

„Indem man das macht, kann man Schwellenängste abbauen.“

Auch Frau Haussmann, die bereits durch einen anderen Prozess den Kontakt mit Eine-Welt-Vereinen im Kreis Düren gesucht hat, glaubt, dass es schwierig wird, Interessen der MSOen mit den Strukturen der Eine-Welt-Läden in Beziehung zu bringen.

„Die Frage ist: Findet man Leute, die da an einem Strang ziehen wollen und können?“

Um eine Zusammenarbeit erfolgreich zu gestalten, schätzt Herr Gugutschkow (Ausländerbeauftragter Leipzig):

„Perspektivisch müsste man versuchen, beide Bereiche zusammenzuholen, um Schnittmengen zu suchen, die jedem zugute kommen.“

Frau Mann vom Welthaus Bielefeld weist zudem auf einen pragmatischen Grund hin, die Bereiche stärker zusammen zu denken:

„Wenn man den Ansatz verfolgt, dass EZ immer Nord und Süd im Auge hat, dann sind es vertane Ressourcen, wenn man die Leute vor Ort nicht anspricht und nutzt.“

Um aus der Perspektive der Entwicklungszusammenarbeit auf MSOen zugehen zu können, bedarf es erster Grundinformationen und Schlüsselpersonen, über die Kontakte hergestellt werden können. Hierfür zeigten sich die Akteure aus der Integrationsarbeit gerne behilflich. Sie kennen potenzielle Ansprechpartner aus den Ländern des Südens, die in der Kommune leben und organisiert sind. Sie können die Wege für Gespräche ebnen, um dann gemeinsam auszuloten, ob es überhaupt Anknüpfungspunkte für gemeinsame Aktivitäten gibt. Dadurch geschieht eine erste Form der Anerkennung und Akzeptanz.

Frau Haussmann (Kreis Düren) fasst einige Voraussetzungen zusammen, die erfüllt sein sollten, um bei dem Projekt der SKEW mitzumachen:

„Wenn man so ein Projekt unterstützt, dann sind folgende Punkte wichtig:

- Der lange Atem, kurzfristige Projekte bringen da gar nichts.
- Intensive Beziehungsarbeit in beide Richtungen
- Gute Kenntnis der örtlichen Strukturen
- Schlüsselpersonen in Politik, Verwaltung, und in der Bürgerschaft, die so was mittragen, und die sich da persönlich für engagieren.

Kommunen die sich beteiligen, sollten nach diesen Faktoren abgeklopft werden. Hilfreich wäre es zum Beispiel, wenn es schon eine Partnerschaft in dieses Land geben würde und es eine Migrantenselbstorganisation aus diesem Land geben würde.“

4.2.3 Gegenseitige Anerkennung ist Voraussetzung für Kooperation

Die positive Perspektive auf die Potenziale der Diasporen ist keine Selbstverständlichkeit, aber Voraussetzung für die partnerschaftliche Zusammenarbeit in den Kommunen!

Kooperation zwischen MSOen und Initiativen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit setzt gegenseitige Anerkennung voraus. Für die Akteure aus der Mehrheitsgesellschaft bedeutet das, dass sie nicht nur die kulturelle Identität der Migranten anerkennen, sondern aus der Potenzialperspektive auch ihre Fähigkeiten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ernst nehmen müssen. Die Zusammenarbeit darf sich nicht darauf beschränken, Zugewanderte in die kommunale Entwicklungszusammenarbeit einseitig einzubinden, sondern muss einen gleichberechtigten Dialog anstoßen. In diesem Kontext stehen viele Aussagen, die Offenheit, Interesse und Respekt der Deutschen gegenüber den Migranten (inklusive der Integrationsarbeit) einfordern.

Hierzu gehört auch die Möglichkeit für Migrantinnen und Migranten, ihre eigene Kultur zu leben. Frau Hesse vom Agenda 21-Büro in Hannover glaubt, dass man sich an dem Ort, wo man das neue Zuhause einrichtet, auch ein Stück wohler fühlt,

„wenn man sich auch mit seiner eigenen Kultur weiter identifizieren und leben kann.“

Dafür ist es aber auch nötig, dass sich das öffentliche Bewusstsein verändert. So wurde sie unlängst von einem Kollegen bedauert:

„Du hast zwei Verliererthemen: Das eine ist Agenda 21. Und das andere ist die Integration.“

Ein Umdenken in den Integrationsämtern fordert Herr Ketelhodt vom Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein in Kiel.

„Wenn man da weiterdenkt, müssten die Integrationsämter stärker einen über die Betreuung hinausgehenden Blick, einen entwicklungspolitischen Blick bekommen. Das ist sicherlich zuerst Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Da ist aber InWEnt ein Stück weit dran, dass das eine Zielrichtung ist. Dass Integration zu etwas gemacht wird, wo alle gewinnen. (...) Es muss eine Wertschätzung von der Gesellschaft für Integrationsarbeit geben.“

Über eine andere Art Würdigung konnte Frau Grewe vom Amt für Integration in Bielefeld berichten. Sie konnte den ehrenamtlichen Mitgliedern durch Drittmittel eine Aufwandsentschädigung zahlen. Das hat zu einer erhöhten Verbindlichkeit geführt.

„Die Entschädigung sollte eine Anerkennung bzw. Honorierung darstellen.“

Frau Dr. Löbel vom Agenda 21-Büro in Potsdam fordert auch ein Umdenken bei den deutschen Mitbürgern:

„Es sollte ein besseres Verständnis für die Ansätze bzw. das Denken der Migranten oder ausländischen Mitbürger vorhanden sein.“

Doch sie weist gleichzeitig daraufhin, dass eine Initiative zur Integration auch von den Migranten kommen müsse. Sie fordert daher eine gegenseitige Einbeziehung:

„Integration passiert ja nicht, indem die Migrantenselbstorganisationen oder Ausländer unter sich bleiben, sondern das Ziel ist auch, die deutsche Bevölkerung mit einzubeziehen.“

4.2.4 Gute Integration als Beitrag für erfolgreichere Entwicklungszusammenarbeit

Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit von Zugewanderten sind Herzenssache. Sie sind umso erfolgreicher, wenn die Menschen in Deutschland gut integriert sind!

Ursache für das entwicklungsorientierte Engagement von Migranten sieht Frau Hesse vom Agenda 21 Büro Hannover in der persönlichen Zuneigung zum Herkunftsland:

„Wir haben die Erfahrung gemacht, dass häufig Menschen, deren Herz noch in der alten Heimat ist, sich für ihr Herkunftsland engagieren. Gleichzeitig sind sie wichtige Promotoren für den lokalen Integrationsprozess. Darüber hinaus ist mein Eindruck, dass Migranten an Selbstwertgefühl gewinnen, wenn Sie sich ebenso für ihr Herkunftsland engagieren können und sich als „Weltbürger“ verstehen.“

Die hohe Bereitschaft und das Engagement von Migranten für ihre Heimat stellt Herr Möhle vom Eine Welt Netzwerk aus Hamburg ebenfalls fest:

„Viele Migranten haben den Kontakt zu der Heimat nicht abgebrochen und sind sehr daran interessiert, etwas für die Herkunftsregion zu machen.“

Frau Latorre vom Interkulturellen Büro der Stadt Darmstadt stellt fest, dass die Personengruppe der Flüchtlinge sich in ihrem Herkunftsland bzw. der Herkunftsregion insbesondere dann engagiert, wenn diese von Umweltkatastrophen oder Bürgerkriegen betroffen ist.

Dieses Interesse für das Herkunftsland widerspricht nicht der Integration. Erfolgreich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit arbeitende Migranten-Initiativen und Vereine von MSOen wird in den Interviews der Wille zur Integration bzw. eine bereits gelingende Integration attestiert.

Frau Kreutzer, Integrationsbeauftragte der Stadt Aachen schildert, dass sie durch eine Veranstaltung mit afrikanischen Selbstorganisationen zu dieser Erkenntnis gelangt ist. Dort wurde festgestellt,

„(...) dass es nicht sein kann, dass man nur Entwicklungspolitik macht, sondern man muss auch vor Ort verankert sein. Und dadurch sind die Integrationsbeauftragten im Boot.“

Frau Kreutzer erreicht ihren politischen Auftrag zur Integration in die Gesellschaft durch die Stärkung der Vereinsstrukturen und des Vereinsmanagements (Selbstorganisation, Partizipation), was wiederum der Entwicklungszusammenarbeit zugute kommt.

Auch Frau Pursey vom Eine Welt Forum Aachen e. V. hat aus ihrer Arbeit eine ähnliche Sichtweise gewonnen:

„Wenn ein Verein selber noch nicht gut aufgestellt ist oder die Einzelpersonen in der Gesellschaft, in der sie leben, dann leisten sie nur bedingt gute Eine-Welt-Arbeit. (...) Man muss erst einmal eine Position haben, um Entwicklungszusammenarbeit leisten zu können.“

Herr Möhle vom Eine Welt Netzwerk aus Hamburg ist sich ebenfalls sicher:

„Projektarbeit kann nur von Leuten gemacht werden, die einen sicheren Status haben und die nicht die ganze Zeit darum kämpfen müssen, überleben zu können.“

Als Beispiel für diese Aussage erzählt er von einer Gruppe, die PCs repariert und in ihr Heimatland verschickt haben.

„Das lief gut an, doch das Projekt hörte dann auf, als zwei ihren Job verloren haben und der eine abgeschoben wurde. Das macht es schwierig, Strukturen und aktuelle Projekte aufzubauen.“

Allgemein zum ehrenamtlichen Engagement der Migranten stellt Frau Hesse vom Agenda 21 Büro in Hannover fest:

„Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund oder Migrantinnen, die wir bisher erreichen konnten oder die sich an uns gewandt haben, sind bereits hier integriert.“

Auch Frau König vom EineWeltHaus in München kommt zu der gleichen Einschätzung:
 „Vereine, die nicht so gut organisiert sind, werden häufig von Menschen geführt, die auch nicht so gut integriert sind. Sie haben nicht so viel Know-how.“

Sie stellt weiter fest, dass man gut „eingesessen“ sein muss, damit man sich engagiert.

Herr Inci vom Runden Tisch für Migrantinnen und Migranten aus Neumünster beschreibt diesen Aspekt so:

„Die, die sich engagieren, sind häufig Leute, die verstanden haben, worauf es ankommt: was man unter Integration versteht, was für die eigenen Landsleute besser ist. Diese haben sich gedanklich schon für Integration entschieden. Die, die die Vorurteile weg geschoben haben und gesagt haben, dass es um berufliche, schulische und gesellschaftliche Interaktion geht. Auch wenn sie nicht der deutschen Sprache mächtig sind.“

Frau Dr. Maria Hohn-Berghorn vom Vorstandsreferat Internationale Angelegenheiten und Repräsentation in Bonn bestätigt ebenfalls diesen Sachverhalt:

„Bisher waren es gebildete Mitbürger (die sich engagiert haben, d. A.). Die kennen beide Systeme und die können auch abwägen, was man den Deutschen und den Menschen im Partnerland erzählt. Solche Menschen sind wichtig. (...) Ich glaube, es wäre nicht ganz so hilfreich, mit halbintegrierten Menschen zusammenzuarbeiten, die nicht beide Systeme (Deutschland und ihr Heimatland, d. A.) kennen und die nicht wissen, was interkulturelles Wissen ist.“

Auf die Frage, ob eine Zusammenarbeit mit Migranten für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit etwas bringen könnte, problematisiert sie die Integration als Voraussetzung und als Folge eines Engagements in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit:

„Ich glaube schon. Allerdings immer unter der Voraussetzung, dass die entsprechenden Personen schon integriert sind und dass sie einen gewissen Bildungsgrad haben. Man muss schon einen Bildungsgrad haben, um von außen auf beide Systeme blicken zu können. Die Menschen dürfen nicht zu sehr in einem System verhaftet sein. Man muss Vergleiche ziehen und Urteile bilden können und in der Lage sein, sich zu überlegen: Wie sage ich es den anderen.“

Meistens unterstützen uns Leute, die schon integriert sind. Ich zweifle, ob wir mit unseren Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit Integrationsprozesse stützen können. Wir können höchstens einem Menschen, der bereit ist, sich zu integrieren, das Gefühl geben, »Du wirst von uns richtig gebraucht, du tust richtig was! Ohne dich wären wir noch nicht so weit«. Das Selbstwertgefühl heben und Anerkennung geben.

Aber das nur in Einzelfällen. Das sind alles Menschen, die sind so gebildet, dass sie sich ohnehin integrieren.“

4.2.5 Erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag für bessere Integration

Entwicklungspolitisches Engagement der MSOen wirkt positiv auf Integration!

Nachdem MSOen über einen langen Zeitraum zum Teil sehr kritisch betrachtet wurden (Rückzug in die eigene Ethnie, Förderung von Parallelgesellschaften etc.), werden inzwischen die Potenziale und ihr positiver Beitrag zur Bildung von „Sozialkapital“ gesehen und gewürdigt. Diese Tendenz spiegelte sich auch in der empirischen Befragung wider.

Eine Vereinsgründung an sich kann bereits als erster sichtbarer Schritt zur Integration gewertet werden. Herr Gugutschkow, Ausländerbeauftragter der Stadt Leipzig, dazu:

„Schon der Aspekt der Vereinsgründung ist ein Zeichen von Integration. Es ist schon ein äußeres Zeichen von Angekommen-sein: Wenn man einen Verein nach deutschem Recht gründet, dann hat man schon einen ersten Schritt gemacht.“

Herrn Gugutschkows Ausführung wird von der Aussage von Herrn Möhle vom Eine Welt Netzwerk Hamburg unterstützt. Er erklärt, warum gerade die Arbeit von MSOen mit Fokus auf die Entwicklungszusammenarbeit einen Beitrag für Integration leistet:

„Durch die Mitarbeit (im Eine Welt Netzwerk, d. A.) integrieren sich die Migrantenselbstorganisationen, auch wenn sie stärker auf Entwicklungszusammenarbeit fokussiert sind. Es ist bereits ein aktiver Integrationsbeitrag, wenn man mit vielen Leuten in Kontakt tritt. Jeder, der was für die Entwicklung im Heimatland tut, leistet auch etwas zur Integration, beispielsweise, indem er hier Unterstützungsnetzwerke aufbaut und sich damit zivilgesellschaftlich engagiert.“

Hierzu auch Herr Gugutschkow:

„Es gibt Vereine „(...) da kann man nicht genau trennen, ob sie nun Entwicklungszusammenarbeit oder Integration machen. Die machen beides.“ Und auch die „Eine Welt Vereine machen viele Veranstaltungen, die sowohl dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit als auch dem der Integration zuzurechnen sind. Die Sachen, die man hier macht, kommen letztlich der Integration zugute.“ Er resümiert: „Es gibt viele Überschneidungen, wo man das nicht so trennen kann.“

Aus ihrer langjährigen Erfahrung in der Arbeit mit MSOen weiß Frau Latorre, dass gute Partizipationsmöglichkeiten vor Ort die einzelnen Vereine stärken, in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv zu sein. Doch stellt sich ihr umgekehrt die Frage:

„Wie führt eine Aktivität in der Entwicklungszusammenarbeit zu gelingender Partizipation?“ Sie vermutet: „Vielleicht geht das durch Anerkennung, das Selbstwertgefühl wird gestärkt.“

Gerade diese Rückwirkung wäre für ein Engagement der Integrationsbeauftragten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit von Bedeutung.

Aus den hier dargestellten Statements von Vertretern aus den befragten Städten wird ersichtlich, dass das Zusammenwirken von Entwicklungszusammenarbeit und Integration durchaus gesehen wird. Während die Stadt Leipzig und das Eine Welt Netzwerk Hamburg bereits positive Effekte in beide Richtungen feststellen konnten, wird dieser positive Zusammenhang von anderen Stadtvertretern – als Beispiel wurde Darmstadt aufgeführt – bislang nur vermutet.

4.2.6 Chancen zur Verbesserung der Eine Welt Arbeit und des Verständnisses für die Migranten

Kooperation mit MSOen verbessert die kommunale Entwicklungszusammenarbeit, vertieft das Verständnis für das Leben in Entwicklungsländern und für die Lage der Migranten in Deutschland!

Das Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit stellt Frau Dr. Hohn-Berghorn dar. In einem Projekt in Usbekistan engagierte sich eine in Bonn wohnende Usbekin sehr intensiv:

„Das Projekt wäre nicht so gut gewesen, hätte man nicht eine Usbekin gehabt, die übersetzt und vermittelt hat, die von der Projektleiterin im Partnerland akzeptiert war. Sie hat auf Dinge hingewiesen, die wir selber nicht sehen konnten, hat bei den Übersetzungen weicher formuliert, als man es selbst übersetzt hätte.“

Ein ähnliches Beispiel kann sie im Rahmen der Unterstützung der Tsunami-Flutkatastrophe berichten:

„Im Rahmen der Tsunami-Katastrophe sind Inder auf unser Vorstandsreferat zugekommen: Ich empfand es als hilfreich, dass sie da waren und Informationen (über die lokalen Strukturen wie zum Beispiel Verwaltung, Hierarchien etc., d.A.) geben konnten. (...) Ein Wert erschließt sich nur in einem bestimmten System (...) da finde ich diese Unterstützung (von Menschen, die das System kennen, d.A.) als besonders hilfreich.“

Martina Glass vom Eine Welt Netz Leipzig sieht in der Einbeziehung von Migranten in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit einen möglichen Gewinn:

„Im Bereich der Bildungsarbeit wäre es gut, wenn Leute von vor Ort erzählen könnten. (...) Diese Menschen können von ihrem Leben berichten und für andere Lebenswelten sensibilisieren.“

Frau Kersten (Hamburg) stellt zudem den Vorteil für den Dialog mit Migrantinnen und Migranten heraus, wenn diese einen Einblick in ihre Lage in Deutschland gewähren:

„Es könnten die Beweggründe der Leute festgestellt werden, warum sie hierhin gekommen sind, aber auch, wie es der Familie in der Heimat geht und andere Informationen. Ich bekomme nur einen kleinen Ausschnitt mit, wie es aktuell im Land aussieht, aber auch, wie sich die Diaspora hier fühlt.“

4.2.7 Kommunen geben sich ein internationales und weltoffenes Image

Kooperationen zwischen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und MSOen tragen zu einem attraktiven Stadtimage der Weltoffenheit und Internationalität bei.

Dass das Engagement nicht nur für die MSOen oder für Projekte im Zielland einen Nutzen darstellen kann, erläutert Referatsleiterin Frau Dr. Goldfuß vom Referat Europäische und Internationale Zusammenarbeit in Leipzig:

„Ich sehe das als Chance für das Image unserer Stadt, wenn ausländische Studierende nach der Rückkehr in ihr Land „in Beziehung bleiben“. Wenn sie Leipzig als einen kreativen guten Standort kennen gelernt haben, werden sie weiter Botschafter für uns sein.“

Dies gilt jedoch nicht nur für die ausländischen Studierenden. Dieses Engagement kann auch wirtschaftlichen Nutzen bringen:

„Ähnlich ist es auch bei Unternehmern: Vielleicht werden die sich nicht direkt in Leipzig ansiedeln, vielleicht aber beim zweiten Mal oder sie werden ihre Erfahrungen an andere Unternehmen weitergeben.“

Für sie haben Migranten eine wichtige Funktion:

„Die Menschen, die sich hier ansiedeln, sind Brückenbauer, die eine internationale Vernetzung mit Leipzig fördern.“

Frau Dr. Hohn-Berghorn (Bonn) begründet das Engagement der Stadt Bonn schon aus der Situation heraus, dass es in Bonn als UN-Stadt sehr viele Organisationen gibt, die sich mit dieser Thematik beschäftigen:

„Das lässt sich natürlich schon damit begründen, dass wir UN-Stadt sind, wir haben auch viele NGO, wir haben Wissenschaftsorganisationen, die sich mit Nachhaltigkeit beschäftigen: Da muss dann auch eine Kommune in diese Richtung aktiv sein. In Bonn hat man dafür sehr aufgeschlossene Bürgerinnen und Bürger.“

Hierbei hat ihr Referat jedoch ein bestimmtes Selbstverständnis:

„Wir sehen uns eher als Geburtshelfer und Begleiter. (...) Wir nutzen die Kontakte, die wir

über andere Aktivitäten erhalten und (...) vernetzen geeignete Partner mit Experten und Politikern aus Projektpartnerstädten.

4.2.8 Zusammenfassung in sieben Thesen

Die Erkenntnisse der empirischen Befragung lassen sich in den nachfolgenden Thesen zusammenfassen:

1. Bundes- oder landespolitische Signale stärken die kommunalen Akteure (Rechtfertigung in Politik und Verwaltung)!
2. Die Kooperation der Bereiche Integration und Entwicklungszusammenarbeit erfordert eine kommunalpolitische Legitimation, eine strukturelle, personelle und finanzielle Verankerung des Handlungsansatzes innerhalb der Verwaltung sowie eine Vernetzung der beteiligten Akteure!
3. Die positive Perspektive auf die Potenziale der Diasporaen ist keine Selbstverständlichkeit, aber Voraussetzung für die partnerschaftliche Zusammenarbeit in den Kommunen!
4. Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit von Zugewanderten sind Herzenssache. Sie sind umso erfolgreicher, wenn die Menschen in Deutschland gut integriert sind!
5. Entwicklungspolitisches Engagement der MSOen wirkt positiv auf Integration!
6. Kooperation mit MSOen verbessert die kommunale Entwicklungszusammenarbeit, vertieft das Verständnis für das Leben in Entwicklungsländern und für die Lage der Migranten in Deutschland!
7. Kooperationen zwischen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und MSOen formen ein attraktives Stadtimage der Weltoffenheit und Internationalität!

Aus diesen Thesen werden anschließend Erfolgsfaktoren und Handlungsempfehlungen abgeleitet.

5 Praxisorientierte Handlungsempfehlungen

Die bisherigen Erkenntnisse verdeutlichen, dass unterschiedliche Faktoren eine systematische, strategische Zusammenarbeit zwischen den Akteuren der Integrations- und der Entwicklungszusammenarbeit fördern. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren werden zunächst in Form einer Checkliste aufgeführt. Anhand von Beispielen aus der Stadt Aachen und der Landeshauptstadt Stuttgart wird anschließend aufgezeigt, welche Aspekte den jeweiligen Erfolgsfaktoren zugeordnet werden können. Daraus lassen sich Handlungsempfehlungen für Akteure auf der kommunalen Ebene ableiten. Abschließend wird ein zielorientiertes Monitoring- und Steuerungssystem vorgestellt, das sich insbesondere zur Einführung neuer Handlungsansätze und Paradigmenwechsel – wie es die stärkere Kooperation zwischen MSOen und der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit darstellt – eignet.

Erfolgsfaktoren zur Förderung der Kooperation von MSOen und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund:

- a. Bundes- oder landespolitische Signale stärken die kommunalen Akteure in ihren Aktivitäten.
- b. Engagierte hauptamtliche Akteure ergreifen die Initiative zur Entwicklung von strategischen Partnerschaften und zum Aufbau von Vernetzungsstrukturen.
- c. Partizipation ist sichergestellt – bürgerschaftliches Engagement wird gestärkt.
- d. Konzeptionelle Grundlagen und Handlungsstrategien liegen vor – politische Legitimation ist gegeben.
- e. Für einen nachhaltigen Beziehungsaufbau ist gesorgt.
- f. Strukturelle und personelle Verankerung des Handlungsansatzes innerhalb der Verwaltung (Aufgabenbeschreibung, Handlungskonzept, Kommunikationsstruktur) ist vorhanden.
- g. Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit von Zugewanderten werden von kompetenten Migranten getragen.
- h. Finanzielle Anreize sowie Ressourcen (Räume, Fachkompetenz) sind vorhanden und werden genutzt.

5.1 Praxisbeispiele

Nachfolgend werden praktische Handlungsansätze aus der Stadt Aachen und der Landeshauptstadt Stuttgart aufgezeigt, weil sich dort die Grundfragen dieser Studie nach einer stärkeren Mitwirkung und Kooperation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im bzw. mit dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren aus unterschiedlichen Impulsen heraus entwickelt haben. Diese bieten eine gute Folie, um unter Berücksichtigung der bisherigen Erkenntnisse konkrete Handlungsempfehlungen für die kommunale Ebene zu entwickeln.

5.1.1 Stadt Aachen: Regionalkonferenz für afrikanische Selbstorganisationen als Impulsgeber

Hintergründe: Die gezielte strategische Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit und der Integrationsförderung erhielt in NRW im Jahre 2005 durch zwei Landesprogramme wesentliche Impulse.

- Im Rahmen eines *Koordinatorenprogramms für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit* wurden zwölf Regionalkoordinatoren und zehn Fachstellen eingerichtet bzw. aus einem ehemaligen Promotorenprogramm umgewidmet, um die Aktivitäten der Eine-Welt-Initiativen gezielt zu stärken und entwicklungspolitische Themen systematisch zu bearbeiten.
- Das Förderkonzept *KOMM-IN NRW – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit – eine Förderung durch das Land NRW*, unterstützt die Kommunen bei ihren Aufgaben im Bereich Integration. Zentrales Anliegen ist es, die Prozesse in den Kommunen zu optimieren, um die bestmöglichen Voraussetzungen für organisierte Angebote, Strukturen und Prozesse für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu schaffen.

Beide Handlungsansätze werden im MGFFI unter der Leitung des bundesweit ersten Integrationsminister Armin Laschet gebündelt. Sie können Signalcharakter für eine gezielte Kooperation der genannten Aktionsbereiche haben.

Die Stadt Aachen hat vor Ort mit Mona Pursey (Regionalkoordinatorin beim Eine Welt Forum Aachen e. V.) und Iris Kreutzer (Integrationsbeauftragte der Stadt) zwei engagierte Protagonistinnen, die die Impulse des Landes aufgegriffen und im engen Kontakt miteinander die Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit und die Förderung der MSOen vorangetrieben haben.

Im Sommer 2006 entstand eine regionale Initiative, um die Vernetzung der afrikanischen Selbstorganisationen in Aachen zu unterstützen. Grundlage stellte das Konzept der Fachstelle *Migration und Entwicklung* aus dem obigen *Koordinatorenprogramm* des Landes NRW dar.

Regionalkonferenzen bzw. regionale Prozessbegleitung afrikanischer Vereine und Eine-Welt-Initiativen in NRW

Viele afrikanische Migrant/innen in Deutschland unterstützen finanziell und durch Projekte die Menschen in ihren Heimatländern. Gleichzeitig gibt es vielfältige Eine-Welt-Initiativen zum Beispiel aus Universitäten, Kirchengemeinden, Städtepartnerschaften etc., die entwicklungspolitische Projekte in Afrika durchführen. Dieses Engagement möchte die Landesregierung NRW stärker unterstützen und fördern. Die Fachstelle für Migration und Entwicklung wurde beauftragt, afrikanische Vereine und Eine-Welt-Initiativen durch Regionalkonferenzen miteinander zu vernetzen, um deren entwicklungspolitisches Engagement zu stärken.

Grundprinzipien

Regionale Partner definieren die jeweiligen Ziele und übernehmen die Organisation der Veranstaltungen. Mögliche Partner sind dabei neben den afrikanischen Diasporagemeinden und Regionalkoordinatoren, andere Fachstellen, Eine-Welt-Initiativen, lokale Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftsunternehmen, gewählte Integrationsbeiräte, Flüchtlingsinitiativen, Volkshochschulen, Wohlfahrtsverbände, kommunale Dienste. Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen werden angesprochen, um eine möglichst große Vielfalt an Ideen, Ressourcen und Milieus einbeziehen zu können. Wege der Ansprache sind:

- Vorbereitungs-/Planungsworkshop mit interessierten lokalen Kooperationspartnern
- Kontaktaufnahme und breite Streuung der Einladung durch die Kooperationspartner
- Inhaltliche Mitgestaltung oder Durchführung einer Regionalveranstaltung durch die Fachstelle

Ziele

- Bewusstseinsbildung und Motivierung lokaler Akteure
- verstärkte Aktivierung der Mitglieder afrikanischer Diasporagemeinden

- Initiierung von regionalen Aktivitäten der Diasporagemeinden und Eine-Welt-Initiativen unter Einbeziehung neuer Bündnispartner
- Stärkung der Strukturen der afrikanischen Diasporagemeinden als Brücke zwischen Herkunftsland und Aufnahmeland
- Aufbau von regionalen Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen von afrikanischen Diasporagemeinden, Eine-Welt-Initiativen und lokalen Wirtschaftsakteuren

Inhalte

- Kennen lernen, Erfahrungsaustausch
- Suche nach gemeinsamen Interessen, Aufbau adäquater Kommunikationsstrukturen, Konzipierung von Projekten
- Stärkung der interkulturellen Kompetenzen afrikanischer Migrant/innen
- Förderung der Auseinandersetzung von afrikanischen Migrantinnen und Migranten mit ihren individuellen Migrationsbiografien und Zukunftsperspektiven

Methoden

Partizipative Methoden wie Open-Space, Zukunftskonferenzen, Projektarbeit, Aktionstage, kulturelle Events, Fachtagungen und Seminare

Unterstützung durch die Fachstelle Migration und Entwicklung

- Aktivierung, Moderation und Begleitung von Impulsveranstaltungen
- Unterstützung des Aufbaus von regionalen Austausch- und Vernetzungsstrukturen
- Begleitung und Unterstützung von Akteuren, die Aktivitäten oder Projekte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit umsetzen wollen
- Durchführung von Qualifizierungsseminaren

(Möglicher Ablauf- und Projektplan für regionale Vernetzungsprozesse, siehe Anhang)

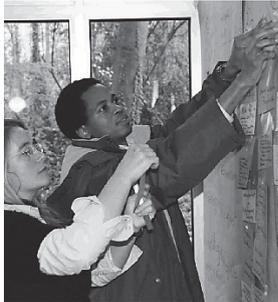
Umsetzung: Im Sommer 2006 wurde ein Initiativkreis gebildet, dem Vertreterinnen und Vertreter des Eine Welt Forums Aachen e. V., der Fachstelle Migration und Entwicklung, afrikanischer Vereine, einem Mitarbeiter der Integrationsbeauftragten und der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen angehörten. Ziel des Initiativkreises war die Durchführung einer ersten Regionalkonferenz für Akteure aus afrikanischen Vereinen, Eine-Welt-Initiativen etc. in Form einer Zukunftskonferenz. Um den „Dialog auf Augenhöhe“ und den partizipativen Charakter zu unterstreichen, wurde das Tandemprinzip eingeführt. Dieses bedeutete, dass die Gruppenarbeit auf der Regionalkonferenz jeweils von einer/m afrikanischen und von einer/m deutschen Moderator/in durchgeführt wurden. In einem Tagesseminar bereiteten sich die Moderatorinnen und Moderatoren gemeinsam auf ihre Aufgabe vor. Die Regionalkonferenz wurde am 18. November 2006 mit knapp 40 Teilnehmenden durchgeführt. Viele Projektideen motivierten zur gemeinsamen Weiterarbeit in unterschiedlichen Arbeitsgruppen.

Verstärkt wurde die Unterstützung afrikanischer Selbstorganisationen durch ihre gezielte Einbindung in Aktivitäten der Integrationsbeauftragten wie zum Beispiel eine Informationsveranstaltung für MSOen (siehe nachstehend abgedruckten Zeitungsartikel), Kulturveranstaltungen und ähnliches.

Vereinsvertreterinnen und -vertreter von entwicklungspolitisch aktiven afrikanischen Vereinen wurden zur Teilnahme an Multiplikatorenfortbildungen auf NRW-Ebene angeregt. Weiterhin gab es gezielte Veranstaltungen zu Themen wie Projektförderung, Mittelbeschaffung

oder Gespräche mit Experten zum Beispiel von Misereor. Außerdem steht das Eine Welt Forum Aachen e. V. im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Einzelberatung von Entwicklungsprojekten zur Verfügung.

Die Aachener Aktivitäten erhalten zusätzliche Unterstützung durch Kontakte und Austauschprogramme der Universität und der IHK Aachen mit afrikanischen Partnerorganisationen.



Komitee für Afrika und Aachen

Ergebnisse der Afrikanischen Regionalkonferenz:

Bildung eines Koordinationskomitees für Afrika und Aachen

Nach dem erfolgreichen Start der ersten Afrikanischen Regionalkonferenz in Aachen im November 2006, die unter der Schirmherrschaft von Minister Armin Laschet stand, konnte jetzt bereits das zweite Nachtreffen durchgeführt werden. Die vom Eine Welt Forum Aachen e. V. organisierte und durch die Fachstelle Migration und Entwicklung des Instituts für soziale Innovation in Solingen sowie der Stabsstelle Integration der Stadt Aachen unterstützten Veranstaltungen fanden regen Anteil und Aufmerksamkeit.

Vernetzung ist das Stichwort

Vertreter afrikanischer Vereine und Organisationen, Eine-Welt-Initiativen, engagierte Einzelpersonen und Mitglieder von Institutionen unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche beteiligen sich an der Konferenz und den Nachtreffen. Ziel ist die regionale Vernetzung der genannten Akteure untereinander und mit Akteuren aus Wirtschaft, Stadt und Hochschulen. Langfristig sollen Projekte und Projektideen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit umgesetzt und weiterentwickelt werden. Mit dieser Form des bürgerschaftlichen Engagements werden integrationspolitische Maßnahmen in Aachen unterstützt. Daneben werden technische und gesellschaftliche Entwicklungen in Bildung, Gesundheit, Wirtschaft und Infrastruktur vor Ort in den afrikanischen Regio-

nen gestärkt. Zur besseren Vernetzung haben die Fachstelle für Migration und Entwicklung und das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen eine Datenbank der afrikanischen Vereine und Afrika-Initiativen in NRW erstellt.

Die Website www.afrika-nrw.net bietet eine Plattform für alle Interessierten aus Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen. Die Seite ist zugleich eine Schnittstelle für die Vernetzung von Wissens-, Wirtschafts- und Informationsaustausch, wo Personen und Projekte, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft sich vorstellen können.

Die bisherigen Ergebnisse zeigen einen positiven Weg auf. So wurden neben der Gründung eines Koordinationskomitees der afrikanischen Vereine und Initiativen in Aachen Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Projektfeldern gebildet. Die Hauptaufgabe des Koordinationskomitees wird die Zusammenarbeit der afrikanischen Vereine und Gruppen untereinander sein. Weitere Ziele sind die verbesserte Koordination gemeinsamer Aufgaben in wirtschafts- und integrationspolitischen Maßnahmen.

Die auf der Konferenz geschaffenen Arbeitsgruppen werden ein Realisierungskonzept zu den jeweiligen Bereichen gemeinsam erarbeiten. Die Thematiken der Arbeitsgruppen reichen von der verstärkten Zusammenarbeit und Selbstorganisation hin zur Netzwerkbildung afrikanischer Vereine. Die Unterstützung afrikanischer Schüler, Studierender und Absolventen von Hochschulen, die Förderung des gegenseitigen Kennenlernens und Verstehens, Expertenprofessionalisierung, die Initiierung nachhaltiger Projekte und weitere Integrationsaktivitäten in Aachen bilden ferner wichtige Ziele.

Von großer Bedeutung ist, dass die afrikanischen Vereine in Aachen eine möglichst geschlossene, gemeinsame Stimme bilden, die Berührungspunkte zu der Gesamtgesellschaft, der Beratungseinrichtungen für Migrantinnen und Migranten als auch zu Institutionen schafft. Die afrikanischen Vereine sind Ansprechpartner und Multiplikatoren, spielen eine wichtige Rolle in der Integrationsarbeit und können mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen einen entscheidenden Beitrag zu einer gelungenen Integration und eine Brückenfunktion in ihre Heimatländer leisten.

Achim Kockerols

5.1.2 Landeshauptstadt Stuttgart: Forum der Kulturen als Impulsgeber

Hintergrund: Das Stuttgarter Forum der Kulturen ist ein Dachverband, in dem ca. 270 Stuttgarter MSOen organisiert sind. Es existiert seit 1998 und wurde durch die Initiative des Ausländerbeirats und Vertretern von MSOen gegründet. Wesentliche Aufgaben liegen in den Bereichen der Beratung und der Vernetzung der Vereine.

Aufgrund seiner Historie hat das Forum der Kulturen eine sehr breite Angebotsstruktur: Neben der Qualifizierung der Vereinsvorstände wird eine intensive Lobbyarbeit für die Vereine betrieben. Entwicklungszusammenarbeit wurde seit Gründung des Dachverbands verfolgt, konnte jedoch aufgrund der personellen und finanziellen Ressourcen nicht ausreichend bearbeitet werden.

Erst durch die Bereitstellung von Fördergeldern durch den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) konnte eine 60-Prozent-Stelle geschaffen werden, mit der die entwicklungspolitische Arbeit professionalisiert werden konnte.

Zum ersten Bundeskongress Interkultur, bei dem ein Schwerpunkt das Thema Entwicklungspolitik und die Rolle von Migrantinnen und Migranten war, wurden Vertreterinnen und Vertreter von MSOen und entwicklungspolitischen Akteuren (NGO) zum Austausch eingeladen. Hier zeigte sich ganz konkret, dass beide Seiten voneinander profitieren können und eine weitere Zusammenarbeit wünschenswert ist: Ein Vereinsvertreter erzählte beispielsweise bei dem Treffen, dass er ein Projekt suchte, für das er bei seinen Veranstaltungen Spenden sammeln konnte; doch es wurde trotz intensiver Suche kein Projekt gefunden. Auf der anderen Seite des Tisches saß eine Organisation, die ein entsprechendes Projekt umsetzen wollte.

Umsetzung: Die Aktivitäten des Forums der Kulturen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Recherche und Bestandsaufnahme über entwicklungspolitische Aktivitäten der Migrantenvereine
- Qualifizierung von Migranten zu Multiplikatoren im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit
- Förderung der Kooperationen zwischen MSOen und EZ-Organisationen (zum Beispiel mit anderen lokalen NROen oder der GTZ)
- Stärkung des entwicklungspolitischen Bezuges von Kulturveranstaltungen und Festivals des Forums der Kulturen (zum Beispiel beim Sommerfestival der Kulturen 2007, wo einzelne Vertreter ihre Projekte auf der Bühne vorstellten)
- Förderung der Öffentlichkeitsarbeit zu entwicklungspolitischen Aktivitäten und Fragestellungen (durch die Zeitschrift *Begegnung der Kulturen – Interkultur in Stuttgart* des Forums der Kulturen)
- Aufbau des Arbeitskreises *MigrantInnen und Entwicklungspolitik* (seit 2007)

Die Bereitstellung von Fördergeldern führte dazu, dass sich schon nach neun Monaten Projektlaufzeit auf der emotionalen, strukturellen und inhaltlichen Ebene interessante Ergebnisse verzeichnen ließen. Sicherlich ist dies nur möglich gewesen, weil durch das *Forum der Kulturen* eine vertrauensvolle Vernetzungskultur und eine generelle Förderung der MSOen vorhanden war. Aus Sicht der verantwortlichen Akteure wurden die nachfolgenden Ergebnisse benannt:

1. Die Migrantenvereine sahen erstmals ihr schon seit Jahren praktiziertes entwicklungspolitisches Engagement bestätigt und gewürdigt.
 2. Die Aktivitäten der MSOen wurden auch in Verbindung mit EZ-Organisationen gebracht, bei denen sich diesbezüglich ein Umdenken und ein stärkeres Berücksichtigen der Migrantenaktivitäten bemerkbar machte.
-

3. Dies wirkte sich auf die Außendarstellung der Vereine aus, die diesbezüglich selbstbewusster und – durch Anleitung und Qualifizierung – auch professioneller und effektiver an die Öffentlichkeit treten konnten.
4. Es wurde eine Verbindung zwischen entwicklungspolitischer Bildungsarbeit und EZ-Organisationen auf der einen Seite und den MSOen auf der anderen Seite geschaffen.
5. Bei der Zusammenarbeit haben sich Defizite (zum Beispiel bezüglich Antragswesen und Vereinsmanagement) gezeigt, die eine umfassende Bildungsarbeit notwendig macht(e).
6. Aufgrund einer Defizitanalyse konnte mit einem ersten Baustein und Aktivitäten in Richtung einer effektiveren entwicklungspolitischen Bildungsarbeit auf diesem Sektor begonnen werden.

5.2 Erfolgsfaktoren und Handlungsleitlinien

Nachfolgend werden aus den Praxisbeispielen Aspekte herausgefiltert, die den einzelnen Erfolgsfaktoren zugeordnet werden können.

a. Bundes- oder landespolitische Signale sind vorhanden und stärken die kommunalen Akteure in ihren Aktivitäten.

Beide Praxisbeispiele verdeutlichen, dass entsprechende Signale und (finanzielle) Anreize dazu führen, dass sich engagierte Akteure finden, die bereits vorhandene Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit von MSOen aufgreifen, und durch Vernetzung und Qualifizierung dem Thema ein anderes Gewicht geben.

Praxisbeispiel Aachen:

- Das *Koordinatorenprogramm NRW*
- Die Förderlinie *KOMM-IN NRW – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit*
- Die *Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit* des Landes Nordrhein-Westfalen
- Die NRW-Partnerschaft mit Ghana
- Die Internetpräsenz: www.afrika-nrw.net
- Die *Aachener Erklärung zu Migration und Integration in Europa*

Praxisbeispiel Stuttgart:

- Der Europarat in Straßburg hat im Mai 2004 das Stuttgarter Konzept *Bündnis für Integration* in wesentlichen Teilen zur offiziellen Politik des Europarates gemacht. So dient es als Modell für die Entwicklung von Integrationskonzepten anderer Kommunen. Und die UNESCO hat die gemeinsame Arbeit durch eine ehrenvolle Erwähnung (2. Preis) im Rahmen des *Cities for Peace-Preises* 2002/2003 gewürdigt. Stuttgart ist damit die erste Stadt, die diesen UNESCO-Preis erhält.²⁸
- Die Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Stuttgart und der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) mit den Zielen:
 - Vernetzung entwicklungspolitischer Akteure
 - Zusammenarbeit bei konkreten Projekten in den Bereichen Mobilität, Migration, Stadtmanagement, Stadtplanung/Stadtentwicklung, Gesundheitssystementwicklung, Jugend, Abfall, Partnerschaften mit der Wirtschaft (PPP)
 - Personalressourcen- und Wissensmanagement sowie Öffentlichkeitsarbeit, um die entwicklungspolitischen Akteure zu vernetzen

²⁸ Landeshauptstadt Stuttgart, Stabsabteilung für Integrationspolitik (Hg.) (2006).

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Überblick verschaffen über aktuelle bundes- und landespolitische Signale und Förder-töpfe.
- Vorhandene lokale Anknüpfungspunkte (Strategiekonzepte, Eine-Welt-Wochen etc.) ausfindig machen: Durchführung einer Konferenz zur Fragestellung, welche kommunalen Institutionen, Einrichtungen oder Fachkräfte der Verwaltung welche Informationen haben. Sowie: Durchführung eines Workshop mit entsprechenden Fachreferenten.
- Interessierte (machtvolle) Protagonisten ausfindig machen, die überregionale Signale aufgreifen und Initiativen anstoßen können.

b. Engagierte hauptamtliche Akteure ergreifen die Initiative zur Entwicklung von strategischen Partnerschaften und zum Aufbau von Vernetzungsstrukturen.

Die lokale Realisierung eines neuen Handlungsansatzes hängt entscheidend davon ab, ob es vertrauenswürdige Personen gibt, die als *Grenzgänger/-innen* zwischen den MSOen, den Eine-Welt-Akteuren und den kommunalen Stellen vermitteln können und eine langfristige, strategische Ausrichtung der Kooperation mit einem entsprechendem Engagement verfolgen. Hilfreich ist in diesem Zusammenhang, wenn diese Protagonisten es verstehen, machtvolle Partner aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft oder Forschung einzubinden.

Praxisbeispiel Aachen:

- Gewinnung der Bürgermeisterin Hilde Scheidt und des Kulturverantwortlichen für die Schaffung eines Afrikaforums
- Umsetzung des Konzeptes der *Fachstelle für Migration und Einwicklung*: Regionalkonferenzen bzw. regionale Prozessbegleitung afrikanischer Vereine und Eine-Welt-Initiativen als Initiative des *Eine Welt Forums Aachen e. V.* unter Beteiligung eines Mitarbeiters der Integrationsbeauftragten der Stadt Aachen

Praxisbeispiel Stuttgart:

- Umsetzung des Konzeptes *Migration und Entwicklungspolitik – Professionelle Moderation, Zusammenführung und Vernetzung zweier Diskurse* durch das Forum der Kulturen
- Aufbau eines Fachbeirats mit eigener Fachkenntnis und Erfahrung, der die Arbeit der Vereine reflektiert, unterstützt und Kontakte vermittelt
- Aufbau einer Kooperation zwischen MSOen und EZ-Organisationen mit einem hauptamtlichen Berater

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Hauptamtliche Akteure holen sich einen Auftrag (Vorstände, Mitgliederversammlung, Vorgesetzte, Politik), um die überregionalen Impulse aufzugreifen, Mittel zu beantragen und einen partizipativen lokalen Kommunikations- und Entscheidungsprozess zu initiieren: Bildung eines Initiativkreises (Achtung: unterschiedliche Rollen und Handlungslogiken von haupt- und ehrenamtlichen Akteuren beachten). Sowie: Entwicklung einer Prozessstruktur und eines Ablaufplanes.
- Einbindung strategischer Partner in den weiteren Entwicklungsprozess: Universitäten (Partnerschaften mit Instituten und Universitäten in Ländern des Südens, Studierende aus entsprechenden Herkunftsländern, Alumni, Verbindungen), MSOen und ihre Ansprechpartner (nach genauer Sichtung, welche MSOen mit welcher Interesselage sich für eine Zusammenarbeit mit der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit eignen) sowie Kirchen, freie Träger, lokale Stiftungen, EZ-Organisationen, kirchliche Hilfswerke etc.

- Den Aufbau von interkulturellen Kontakt- und Vernetzungsstrukturen innerhalb der entwicklungspolitisch interessierten Szene durch gezielte Impulse und Anreizsysteme fördern.

c. Partizipation ist sichergestellt – bürgerschaftliches Engagement wird gestärkt.

Die Frage der Partizipation berührt in einer Kommune grundsätzliche Fragen der Haltung und des Umgangs mit MSOen: Wird deren Engagement eher als „Rückzug in ethnische Enklaven“ und Bildung von „Parallelgesellschaften“ betrachtet oder wird eher das soziale Engagement, der Beitrag zur Entwicklung von Sozialkapital oder die kulturelle Bereicherung gesehen, die es zu fördern und zu unterstützen gilt? Wie die vorliegende Studie zeigt, führt eine wertschätzende, fördernde Haltung zu einer verstärkten Offenheit und Engagementbereitschaft, die sich auch in verstärkter Kooperation und Weiterqualifizierung der Projekte der Entwicklungszusammenarbeit ausdrücken.

Praxisbeispiel Aachen:

- Afrikanische Vereine wurden gezielt angesprochen und als Partner in die Umsetzung eingebunden.
- Potenziale und Kompetenzen der Menschen mit Migrationshintergrund wurden gewürdigt und anerkannt.
- Das Tandemprinzip dokumentierte die Interaktion auf gleicher Augenhöhe.²⁹
- Die Partizipation wurde konzeptionell verankert.
- Das Engagement sowohl im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit als auch für die Integration der MSOen wurde aufgegriffen und unterstützt.

Praxisbeispiel Stuttgart:

- Den Vereinen wurde Offenheit und Respekt entgegengebracht. Sie wurden in ihren Anliegen unterstützt. Die Gespräche fanden auf gleicher Augenhöhe statt.
- Die langjährigen Erfahrungen als Dachverband von MSOen boten eine gute Basis zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.
- Die MSOen sahen durch die Hinwendung zur Entwicklungszusammenarbeit ihr schon seit Jahren praktiziertes entwicklungspolitisches Engagement bestätigt und gewürdigt.

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Interessenlagen, Bedürfnisse und Vereinssituation der MSOen durch persönliche Kontaktaufnahme erkunden, Vertrauensebene aufbauen, konkrete Absprachen treffen.
- „Rituale“ (Konferenzen, Feste etc.) und breit gefächerte Beteiligungsmöglichkeiten einbauen und dabei auf die Vermeidung von „Bevormundungen“ („Ich weiß, wie es geht“ – „Ich mach das schon für Euch!“) achten. Jede Selbstorganisation muss ihr eigenes Tempo gehen und an den Themen arbeiten können, die ihr wichtig sind.
- Einladung von Repräsentanten von MSOen und Einzelpersonen zu kommunalen „Events“ (Neujahrsempfang, Anerkennungsrituale für Ehrenamtliche) etc.
- „Bühnen“ oder „Orte“ der Begegnung mit der Möglichkeit schaffen, das eigene Profil zu zeigen (Begrüßung, Diskussionsleitung oder Fachreferate können auch von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte geleistet werden. Es gibt inzwischen in allen Themenfeldern entsprechende Fachkräfte).

²⁹ Arbeitsgruppenmoderationen wurden jeweils von einer Person mit und einer Person ohne Migrationshintergrund durchgeführt.

d. Konzeptionelle Grundlagen und Handlungsstrategien liegen vor – politische Legitimation ist gegeben.

In vielen Kommunen sind in den letzten Jahren migrationspolitische Handlungs- oder Integrationskonzepte entstanden und von den jeweiligen Räten verabschiedet worden. Sie bieten eine gute Basis für eine inhaltlich-strukturelle Grundausrichtung der weiteren Arbeit. Damit gibt es auch für den Paradigmenwechsel des Einbezugs von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in die Entwicklungszusammenarbeit eine gute Basis, auch wenn dies häufig in den erstellten Konzepten (noch) nicht zu finden ist. Durch die formulierten Leitziele wird in der Regel eine Grundhaltung dokumentiert, die eine gute Voraussetzung für den beschriebenen Paradigmenwechsel im Zusammenhang mit der Entwicklungszusammenarbeit bietet.

Eindeutige (politische) Aufträge oder Vorstandsentscheidungen erleichtern die Arbeit der verantwortlichen Akteure und bekunden die Wertschätzung des freiwilligen Engagements der MSOen.

Praxisbeispiel Aachen:

- Ein Integrationskonzept lag vor – allerdings keine explizite Erwähnung der Entwicklungszusammenarbeit.
- Das *Eine Welt Forum Aachen e.V.* hat zur Prozessunterstützung eine Vorstandsentscheidung herbeigeführt.
- Kooperation und Vernetzung gehörte zum Arbeitsprinzip der Regionalkoordinatorin.
- Das strategische Ziel der Integrationsbeauftragten war die Einbindung der afrikanischen Vereine in das Netzwerk *Integration*.

Praxisbeispiel Stuttgart:

- Das *Stuttgarter Bündnis für Integration* wurde erweitert zur *Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt*, nicht zuletzt um auch die Ursachen der Migration, also die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern, verstärkt in den Fokus der Stuttgarter Akteure zu rücken.
- Es wurde eine Verbindung zwischen entwicklungspolitischer Bildungsarbeit von Eine Welt Organisationen auf der einen Seite und MSOen auf der anderen Seite hergestellt.
- Die Politik unterstützte die Gründung eines Dachverbandes der Migrantenselbstorganisationen.

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Die Einbindung der Entwicklungszusammenarbeit in das kommunale Integrationskonzept vorantreiben.
- Die Beratung und Qualifizierung von MSOen als Teil einer kommunalen Handlungsstrategie verabschieden.
- Anreize (ideell, materiell, personell) für MSO setzen, die sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit betätigen.
- Kooperationsverträge zwischen MSOen, Eine-Welt-Organisationen und der Kommune abschließen.

e. Für einen nachhaltigen Beziehungsaufbau ist gesorgt

Unter d) wurde bereits auf die Bedeutung der konzeptionellen Verankerung hingewiesen. Auf der praktischen Ebene ist es darüber hinaus notwendig, dass Kapazitäten für Qualifizierung und Beratung der ehrenamtlichen Akteure aus den Migrantensorganisationen zur Verfügung stehen und eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist die Unterstützung eines qualifizierten Projektmanagements, gezielter Öffentlichkeitsarbeit oder eines zielorientierten Monitoringsystems von besonderer Bedeutung. Darüber hinaus bedarf eine langfristige Kooperation eines

strukturellen Rahmens und der Beschreibung von gemeinsamen Interessen, damit im subjektiven Erleben der kooperierenden Akteure eine „win-win Situation“ ermöglicht wird.

Praxisbeispiel Aachen:

- Die Qualifizierungsworkshops stärkten die Kompetenzen und die Autonomie der Migrantenselbstorganisationen.
- Die Vernetzungsinitiativen mit unterschiedlichen Diensten und Experten führten zu einem breiten Spektrum an potenziellen Ansprechpartnern.
- Es war ein strategisches Ziel der Integrationsbeauftragten, die afrikanischen Vereine in das Netzwerk *Integration* einzubinden.
- Der Migrationsbeirat war eingebunden.

Praxisbeispiel Stuttgart:

- Der Dachverband übernahm die Lobbyarbeit der Migrantenvereine und trug damit zur öffentlichen Wahrnehmung und Kontinuität bei.

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Nachhaltigkeit des Beziehungsaufbaus berücksichtigen; „Einzelevents“ oder „Einzelprojekte“ ohne langfristige persönliche Einbindung erzeugen Frustrationen. Deshalb verlässliche Strukturen schaffen: Anlaufstellen, Begegnungsräume, Qualifizierungsangebote, Beratungs- und Förderkonzepte.
- Kompetente Akteure mit und ohne Migrationshintergrund einbinden, die willens und in der Lage sind, langfristig Verantwortung für den Prozess zu übernehmen.

f. Strukturelle und personelle Verankerung innerhalb der Verwaltung (Aufgabenbeschreibung, Handlungskonzept, Kommunikationsstruktur) ist vorhanden.

Auf die Bedeutung konzeptioneller Grundlagen wurde weiter oben schon eingegangen. Zentrale Zukunftsthemen wie Migration oder Entwicklungszusammenarbeit sind Querschnittsaufgaben, die wirtschaftliche, soziale, politische oder kulturelle Themenstellungen betreffen. Eine klare Zuordnung von Ansprechpartnern – möglichst auf der Leitungsebene – schafft Verbindlichkeit und Sicherheit für die ehrenamtlichen Akteure der Entwicklungszusammenarbeit und der MSOen. Wenn zusätzlich die Selbstorganisationen durch ein gemeinsames Forum oder einen Dachverband vernetzt sind, können Initiativen und Projekte professionell beraten und unterstützt werden.

Praxisbeispiel Aachen:

- Integration ist als Querschnittsaufgabe in der Stadt Aachen verankert.
- Die Kooperation mit dem *Eine Welt Forum Aachen e. V.* ist etabliert, aber nicht formal festgelegt.

Praxisbeispiel Stuttgart:

- Integration und die Partnerschaft Eine Welt sind Chefsache und als Querschnittsaufgabe beim Leiter der Stabsstelle des Oberbürgermeisters verankert – es gibt sehr gute Kontakte zum *Forum der Kulturen*.

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Die Verantwortung für die gezielte Förderung von MSOen und eine lokale Vernetzungsstrategie sind nicht nur konzeptionell auf der strategischen Ebene beschrieben, sondern finden sich in der Aufgabenbeschreibung von hauptamtlichen Akteuren zum Beispiel im Bereich einer Koordinationsfunktion wieder.
- Verlässliche Kommunikationsstrukturen zwischen Akteuren verabreden, die gemeinsame Ziele und Interessen verfolgen (Es muss nicht jeder dabei sein – weniger ist manchmal mehr!).
- Aufbau von (elektronisch gestützten) Kommunikationsverfahren sichern Transparenz und Partizipation (E-Mailverteiler, Newsletter, Datenbank – kann auch an bestehende Netze angedockt werden).
- Interkulturelle Medien, in denen über Aktivitäten, Schulungen, etc. hingewiesen wird etablieren.

g. Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit von Zugewanderten werden von kompetenten Migranten getragen.

Die Erfahrung zeigt, dass die meisten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit aktiven Menschen mit Migrationshintergrund gebildet und relativ gut integriert sind. Dadurch erwerben sie Sicherheit, Anerkennung in der Mehrheitsgesellschaft und einen größeren Handlungsspielraum, der der Entwicklungszusammenarbeit zuträglich ist und durch spezifische Qualifizierungsangebote noch weiter ausgebaut werden kann.

Praxisbeispiele Aachen / Stuttgart:

- Beteiligte Vertreterinnen und Vertreter der MSOen hatten häufig eine akademische Ausbildung oder kamen aus dem studentischen Bereich (insbesondere bei Menschen aus Afrika und Asien).
- Aufgrund einer Defizitanalyse konnte mit ersten Aktivitäten in Richtung einer effektiveren entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in diesem Sektor begonnen werden.
- Die Aktivitäten der MSOen wurden EZ-Organisationen bekannt gemacht, wodurch sich ein Umdenken und ein stärkeres Berücksichtigen der Migrantenaktivitäten bemerkbar machten.
- Dies wirkte sich auf die Außendarstellung der Vereine aus, die diesbezüglich selbstbewusster und – aufgrund von Anleitung und Qualifizierung – auch professioneller und effektiver an die Öffentlichkeit treten konnten.

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Auswahl und Ansprache von haupt- und ehrenamtlichen Experten mit Zuwanderungsgeschichte.
- Beratungs-, Förderungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten anbieten.

h. Finanzielle Anreize sowie Ressourcen (Räume, Fachkompetenz) sind vorhanden und werden genutzt.

Auf die Bedeutung der Signalwirkung durch finanzielle Anreize sowie Ressourcen ist schon an verschiedenen Stellen aufmerksam gemacht worden. Die Vielzahl der unterschiedlichen Quellen wird schon an den wenigen Praxisbeispielen deutlich.

Praxisbeispiel Aachen:

- Unterstützung gibt es über *EPIB* (Mittel zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit), das *KOMM-IN* Programm (siehe oben), die Evangelische Studentengemeinde Aachen, Misereor (durch die Informationsveranstaltung zum Thema Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten in Afrika) und das Kulturstadtrat. Zudem wurden von der Stadt Sitzungsräume im Rathaus zur Verfügung gestellt.

Praxisbeispiel Stuttgart:

- *Forum der Kulturen* als Ansprechpartner und Koordinator für MSOen
- Beratung und Qualifizierung von MSOen
- Mittel des EED

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Beschäftigung mit Fördertöpfen, Projektmittelbeantragung etc. findet im kommunikativen Austausch statt.
- Eine-Welt-Gruppen und MSOen entdecken im Dialog die praktischen, gegenseitigen Unterstützungspotenziale. Bestehende Konkurrenzen werden in Synergieeffekte umgewandelt.
- „Trägerverbände“ beantragen gemeinsam Fördermittel oder führen gemeinsame Benefizveranstaltungen durch.

5.3 Zielorientiertes Monitoringsystem

Eine systematische, zielorientierte Förderung und Kooperation von und mit Migrantenselbstorganisationen in Fragen der Entwicklungszusammenarbeit kann durch entsprechende, leicht handhabbare Instrumente unterstützt werden. Das nachfolgende Raster wurde vom Institut für soziale Innovation, in verschiedenen Kommunen im Bereich der Integrationsarbeit als Monitoringinstrument eingeführt. Es dient den beteiligten Akteuren dazu, sich auf klare Ziele zu verständigen und diese in fest vereinbarten Intervallen (zum Beispiel jährlich) zu überprüfen und weiterzuentwickeln. In der Beratungspraxis des Instituts hat es sich als sinnvoll erwiesen, das Raster jeweils bezogen auf den kommunalen Kontext zu modifizieren und den lokalen Gegebenheiten anzupassen. Der nachfolgende Entwurf soll einen möglichen Einsatz verdeutlichen.

Monitoring zur Förderung der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

Leitzielgestützte Indikatoren zur Vernetzung mit Migrantenselbstorganisationen

Leitziele	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Aktivitäten und Potenziale von Migrantenselbstorganisationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit werden gefördert. 2. Eine-Welt-Initiativen und Migrantenselbstorganisationen arbeiten als gleichberechtigte Partner zusammen und unterstützen sich gegenseitig in der Realisierung ihrer Entwicklungs- oder Kulturprojekte.
Teilziele	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die entwicklungspolitischen Aktivitäten und das Know-how der Akteure der Migrantenselbstorganisationen ist bekannt. 2. Qualifizierungsangebote von Migranten zu Multiplikator/-innen im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit werden entwickelt. 3. Aufbau von Kontaktstrukturen zwischen Vereinen und EZ-Organisationen wird gefördert. 4. Aufbau eines Arbeitskreises <i>Migranten und Entwicklungspolitik</i>.
Maßnahmen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Interessierte Akteure aus Migrantenselbstorganisationen und aus Eine-Welt-Initiativen werden zu gemeinsamen Workshops eingeladen. Kennen lernen und Kontaktaufbau stehen im Vordergrund. 2. Ideen für Qualifizierungsangebote und Vernetzungsinteressen werden gesammelt. 3. Bei Bedarf wird ein gemeinsamer Arbeitskreis eingerichtet. 4. Es wird eine systematische Bestandsaufnahme der entwicklungspolitischen Aktivitäten von Migrantenselbstorganisationen durchgeführt.
Grundzahlen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Anzahl der Migrantenselbstorganisationen mit und ohne entwicklungspolitische Aktivitäten. 2. Anzahl der Eine-Welt-Initiativen, die als Kooperationspartner in Betracht kommen. 3. Anzahl der Akteure aus beiden Bereichen, die an gemeinsamen Aktivitäten teilnehmen möchten. 4. Anzahl und Themen von Qualifizierungsangeboten.
Indikatoren und Kennzahlen der Zielerreichung	<ol style="list-style-type: none"> 1. Gemeinsame Workshops haben stattgefunden. 2. Ideen für Qualifizierungsangebote sind vorhanden. Vernetzungsformen wurden diskutiert. 3. Gemeinsamer Arbeitskreis wurde eingerichtet. 4. Eine Bestandsaufnahme zu den obigen Grundzahlen hat stattgefunden und kann jährlich fortgeschrieben werden.

Grad der Zielerreichung	<p>Die Teilziele Nr. 1, 2, 3, 4 wurden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • nicht erreicht • in Teilen erreicht • erreicht • gut erreicht <p>Kurzbegründung:</p>
Erfassung: Wie werden diese Indikatoren erfasst? Zeitraum? Stichtag der Erhebung?	<ul style="list-style-type: none"> • Selbstevaluation der beteiligten Akteure am Ende von Workshops oder Arbeitskreissitzungen • Befragung von Vertreter/-innen aus beiden Bereichen • nach dem Ende einer festgelegten Projektphase – anschließend jährlich
Konsequenzen:	<p>Maßnahme 1, 2, 3, 4 wird</p> <ul style="list-style-type: none"> • fortgesetzt • verändert • fallen gelassen • weiter entwickelt
Adressat:	<ul style="list-style-type: none"> ✗ Politik (als Bericht)
Für welche Zielgruppe sind die Indikatoren relevant?	<ul style="list-style-type: none"> ✗ Verwaltungsvorstand (als Bericht) ✗ Amtsleitung/Referatsleitung (zur weiteren Steuerung) ✗ Verantwortliche aus der Eine-Welt-Arbeit (zur weiteren Steuerung) ✗ Mitarbeiter/-innen (zur weiteren Umsetzung) ✗ Sonstige (Teilnehmer an den Workshops zur weiteren Planung und Umsetzung)
Weitere Anmerkungen:	

6 Den Paradigmenwechsel konkret anstoßen

Die Erkenntnisse aus der Literatur und der empirischen Untersuchung zeigen Grundtendenzen auf, die sich an den beiden praktischen Beispielen Aachen und Stuttgart gut konkretisieren lassen: Die Potenziale von Migranten zur Unterstützung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit sind vorhanden.

Wenn bisher nur selten eine gezielte, strukturierte Zusammenarbeit zwischen Migrantenselbstorganisationen und Eine-Welt-Initiativen festgestellt werden kann, hat dies mit der Geschichte der jahrzehntelang defizitorientierten, abwehrenden Ausländer- und Integrationsdebatte, mit der Skepsis gegenüber positiven Wirkungen der Migration in der Entwicklungszusammenarbeit und (oftmals) dem Nischencharakter der Entwicklungszusammenarbeit in der Kommunalpolitik zu tun. Die nunmehr ambivalenten Integrations- und Migrationsdebatten und die – auch auf kommunaler Ebene zunehmend spürbaren – Globalisierungsprozesse geben jedoch aktuelle Anlässe, einen notwendigen Paradigmenwechsel zu vollziehen und verbindende, potenzialorientierte Ansätze auf kommunaler Ebene auszuprobieren.

Das vorgelegte Gutachten zeigt eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten, das vorhandene Wissen um Potenziale der Migranten für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit, so wie es auf Kongressen oder in Fachartikeln formuliert wird, in praktisches Handeln umzusetzen. Die aufgeführten Erfolgsfaktoren sind dabei Orientierungspunkte für ein den lokalen Gegebenheiten angepassten Veränderungsprozess.

Um ihn anzustoßen, braucht es Mut, Überzeugungskraft und Geduld für die voraussichtlich vorsichtige und auch nur langfristig sinnvolle Annäherung der verschiedenen Akteure. Dabei ist für alle Beteiligten die Bereitschaft zum Blick über den Tellerrand, zur Offenheit und zur Suche nach gemeinsam als sinnvoll erachteten Lösungen notwendig.

Die Appellebene reicht allerdings nicht aus. In dem aufgezeigten kommunalen Akteurspektrum ist Unterstützung, sind konkrete Impulse und Anreize notwendig, damit Veränderungsprozesse wirklich nachhaltig angelegt werden.

Deshalb soll abschließend aufgezeigt werden, wie der gewünschte Paradigmenwechsel in einzelnen Kommunen konkret angestoßen und gleichzeitig im Sinne der Aktionsforschung wissenschaftlich begleitet werden könnte.

1. Organisatorisch-finanzielle Ebene:

- a. Projektmittel werden den Modellkommunen bereitgestellt, um einen lokalen Prozess anzustoßen (Raummiete, Materialien, Catering, Moderation, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit, organisatorische Abwicklung des Projektes)
- b. Initiativkreis wird identifiziert (zum Beispiel: Integrationsbeauftragte/r, Vertreter/-innen bzw. Repräsentant/-innen der Migrantenselbstorganisationen, des Migrationsrates, des Eine-Welt-Bereiches)

2. Zielebene:

- a. Implementierung einer langfristig angelegten Kommunikations- und Unterstützungsstruktur zwischen Akteuren der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und der Integrationsarbeit
 - b. Förderung bzw. Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit der Migrantenselbstorganisationen und der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit
-

3. Verfahrensschritte:

- a. Initiativkreis berät über den möglichen Teilnehmerkreis des lokalen Prozesses
- b. Kommunikationsworkshops werden durchgeführt
 - Auftaktworkshop (SWOT-Analyse³⁰, Vernetzungsstrategien, Umsetzungsideen)
 - Follow-up Workshop (Erfolgskontrolle, Planung weiterer Handlungsschritte wie zum Beispiel: Kommunikationsstrukturen und -rituale, Absicherung des Prozesses)
- c. Abschlussreflektion des Initiativkreises
 - Verankerung der entwickelten Strukturen
 - gegebenenfalls wird der Initiativkreis zur Steuerungs- oder Lenkungsgruppe

4. Wissenschaftliche Ebene:

- a. Handlungskonzept wird in allen Kommunen nach einem einheitlichen Raster durchgeführt:
 - Die SWOT-Analyse kann wichtige Informationen aus dem lokalen Kontext liefern (Aktivitäten, Kompetenzen, Grundüberzeugungen, Werte oder strategische Ziele)
 - Prozessverläufe lassen Erfolgs- und Misserfolgskriterien erkennen.
 - Kernthesen der vorliegenden Studie werden auf ihre Validität überprüft
- b. Alle Einzelprozesse werden nach einem einheitlichem Raster dokumentiert
- c. Repräsentanten der beteiligten Kommunen liefern in gemeinsamen Reflexions- und Unterstützungsworkshops wichtige Impulse

³⁰ SWOT steht für die Analyse von **S**trengths (Stärken), **W**eaknesses (Schwächen), **O**pportunities (Chancen) und **T**hreats (Gefahren).

Anhang

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Angenendt, Steffen (2007): Zirkuläre Migration. Ein tragfähiges migrationspolitisches Konzept? SWP Aktuell 27. April 2007.
 - Baringhorst, Sigrid (2006): Internationale Migration (Internetversion). In: Informationen zur politischen Bildung Heft 291. Quelle: http://www.bpb.de/publikationen/MASN7L,0,Internationale_Migration.html
 - Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung (2001). Quelle: http://www.bmi.bund.de/cln_028/nn_122688/Internet/Content/Themen/Zuwanderung/Einzelseiten/Bericht_der_Unabhaengigen_Kommission/Bericht_der_Unabhaengigen_Kommission_Id_46969_de.html
 - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2005): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. München
 - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2007): „Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ Quelle: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/migranten-milieustudie-zentrale-ergebnisse,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf>
 - Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen (2006): Kommunen und Initiativen gestalten Globalisierung – Erklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen in Hamburg 2006. Quelle: <http://www.service-eine-welt.de>
 - Die Bundesregierung (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen. Quelle: http://www.bundesregierung.de/nn_82296/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/IB/2006-10-27-ib-nationaler-integrationsplan.html
 - Diehl, Claudia/Grobecker, Claire (2006): Neuzuwanderer in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2000 bis 2003. In: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik 11/2006. S. 1139 - 1150, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt
 - e.velop. das entwicklungsmagazin Nr. 51 04/2007. Quelle: http://www.bundesregierung.de/nn_23372/Content/DE/EMagazines/evelop/051/doorpage-evelop51.html
 - Entimon (2006): 1. Bundesfachkongress Interkultur 4.-6. Oktober 2006 in Stuttgart. Zusammenfassung der Plenarveranstaltungen und der Ergebnisse der einzelnen Fachforen. Quelle: http://www.bundesfachkongress-interkultur.de/Neue_Dateien/Kurzdokumentation.pdf
 - Global Commission on International Migration (2006): Migration in einer interdependenten Welt: Neue Handlungsprinzipien. Bericht der Weltkommission für internationale Migration. Berlin: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (englische Originalausgabe 2005 unter <http://www.gcim.org>)
 - Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (2004): Ergebnisse der der Veranstaltung „Kooperation mit der Diaspora – ein neuer Weg für die Internationale Zusammenarbeit? Quelle: <http://www2.gtz.de/migration-and-development/download/ergebnisse.pdf>
 - Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (Hg.) (2006): Ägyptische, afghanische und serbische Diasporagemeinden in Deutschland und ihre Beiträge zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer. Diskussionspapier. Quelle: <http://www2.gtz.de/wbf/doc/Diaspora-Studie-020806.pdf>
-

- Hertlein, Stefanie/Vadean, Florin (2006): Rücküberweisungen – Brückenschlag zwischen Migration und Entwicklung? (Internetversion) Kurzdossier in: focus Migration Nr. 5, September 2006. Quelle: http://www.focus-migration.de/uploads/tx_wilpubddb/KD05_Rueck.pdf
 - House of Commons. International Development Committee, Migration and Development (2004): How to work for poverty reduction. Sixth Report of Session 2003-04. London: The Stationary Office 2004, S- 81-98
 - InWEnt gGmbH (Hg.) (2005): Partner in alle Richtungen – Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften. Dialog Global Nr. 9. Bonn: SKEW
 - InWEnt gGmbH (Hg.) (2007a): Globalisierung gestalten Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. Dialog Global Nr. 16. Bonn: SKEW
 - InWEnt gGmbH (2007b): Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbinden. Dokumentation des Seminars vom 28.08.2007. Material Nr. 28. Bonn: SKEW
 - Landeshauptstadt Stuttgart, Stabsabteilung für Integrationspolitik (Hg.) (2006): „Ein Bündnis für Integration“ – Grundlagen einer Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart. Quelle: <http://www.stuttgart.de/sde/global/images/mdb/publ/9509/3813.pdf>
 - Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI) (Hg.) (2007a): Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf: MGFFI.
 - Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI) (2007b): Konferenz „Migration und Entwicklung: Chancen. Gemeinsam. Nutzen“ vom 31. Januar 2007 in Berlin. Inhalte und Ergebnisse. Quelle: http://mik-online.org/index.php?option=com_content&task=view&id=15&Itemid=59
 - Nitschke, Ulrich/Marwede, Michael (2004): Chancen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Lernen im Nord-Süd-Dialog. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 15-15/2004) Quelle: http://www.bpb.de/publikationen/CED19W,1,0,Chancen_kommunaler_Entwicklungszusammenarbeit.html
 - Nuscheler, Franz (2007a): Migration, Armut und die Auswirkungen der internationalen Migration auf deutsche Kommunen. In: Dialog Global Nr. 16, S. 44-49
 - OECD (2006): Internationale Migration Outlook. SOPEMI 2006. Paris: OECD
 - Reißlandt, Carolin (2005): Reißlandt, Carolin (2005a): Von der „Gastarbeiter“-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz. Quelle: www.bpb.de/themen/6XDUPY.html
 - Schlemmer-Schulte, Sabine (2006): Internationale Migration und Rücküberweisungen: Ein Beitrag zur Überwindung der Armut in den Herkunftsländern? In: Blaue Reihe Nr. 96 „Globale Migration am Ende des 21. Jahrhunderts: Eine Welt ohne Grenzen?“, S. 33-41. Quelle: http://dgvn.de/fileadmin/user_upload/PUBLIKATIONEN/Blaue_Reihe/DGVN-BR96-K4.pdf
 - Stadt Paderborn (Hg.) (2007): Selbstorganisation und bürgerschaftliches Engagement von Migranten in der Stadt Paderborn. Paderborn. Quelle: <http://www.institut-fsi.de/bilder/KOMMIN10StudieSelbstorganisationen Paderborn.pdf>
 - Statistisches Bundesamt (2005): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Fachserie 1 Reihe 2.2. Quelle: <http://www.destatis.de/shop>
-

- Süßmuth, Rita (2007a): Ist kommunale Entwicklungszusammenarbeit ein Instrument für Interkulturalität und Integration? In: Dialog Global Nr. 16, S. 73-80
- Thränhardt, Dietrich (2007): Transfers durch Migranten: effektiver als Entwicklungshilfe. Quelle: http://www.migration-boell.de/web/integration/47_1037.asp vom 14.11.07
- Wiemann, Jürgen (2007): Am Scheideweg. Entwicklungszusammenarbeit der deutschen Bundesländer muss sich auf die Inlandsarbeit konzentrieren – neue Chancen mit den Diasporen. In: eins – Entwicklungspolitik Information Nord Süd Nr. 19/20 2007. Quelle: <http://www.entwicklungspolitik.org/home/19-20-007-02/>
- Wilhelmy, Stefan/Held, Ulrich (2008): Zusammenarbeit für Entwicklung und Integration. In: EUROPA kommunal, Nr. 2/2008, S. 12-15.

Informationen zu dem Projekt „Interkulturelle Kompetenzbildung für Kommunen – Zusammenarbeit mit Diaporen“ der SKEW finden sich auf der Internetseite: <http://www.service-eine-welt.de/interkultur/interkultur-start.html>.

Leitfaden der telefonischen Befragung

1. Was machen Sie in Ihrem Bereich für Personen aus Afrika, Asien und Lateinamerika oder für Länder in Afrika, Asien, Lateinamerika?
2. Gibt es Kontakte in den anderen Bereich (Integrationsbereich bzw. EZ-Bereich)?
3. Arbeiten Sie bereits in einigen Bereichen zusammen?
Wenn ja: Wie sieht das aus?
Was machen Sie?
4. Wenn nein: Können Sie sich vorstellen, mit den anderen Bereich zusammenzuarbeiten?
5. Glauben Sie, dass eine Zusammenarbeit dieser beiden Bereiche Gewinne bringen könnte? Wie würden die Ihrer Meinung nach aussehen? Oder welche Chancen könnte es haben?
6. Welche Gefahren sehen Sie?
7. Welche Faktoren könnten dazu beitragen, dass die Zusammenarbeit erfolgreich wäre?

Satzung des Forums der Kulturen, Stuttgart³¹

§ 1 Name, Sitz

1. Der Verein führt den Namen „Forum der Kulturen Stuttgart e.V.“.
2. Der Sitz des Vereins ist Stuttgart.

§ 2 Zweck, Ziel und Aufgaben des Vereins

Das „Forum der Kulturen“ ist der Dachverband der interkulturell tätigen Vereine und Einrichtungen Stuttgarts, insbesondere der Kulturvereine nicht-deutscher Herkunft. Zweck und Ziel des Vereins sind es:

- das friedliche Zusammenleben der verschiedenen in Stuttgart vertretenen Kulturen, Völker und Ethnien zu fördern.
- den Kulturgruppen und Künstlern nicht-deutscher Herkunft Möglichkeiten für eine eigenständige Entwicklung zu geben, die hinführt zu einem gegenseitigen Lernen und Verstehen. Dies beinhaltet auch ein offenes Aufeinanderzugehen der verschiedenen Kulturen untereinander.
- bei den deutschen Mitbürgern eine Offenheit gegenüber den ihnen „fremden“ Kulturen und damit die Voraussetzung für ein vorurteilsfreies und gleichberechtigtes Miteinander in der „Vielvölkerstadt“ Stuttgart zu schaffen.

Zur Erreichung dieser Ziele sollen insbesondere

- die Kulturvereine und vereinsähnlichen Zusammenschlüsse nicht-deutscher Herkunft nach allen Kräften unterstützt und gefördert werden. Dazu gehört Beratung und Hilfe bei der Suche nach Räumen, bei der Beantragung von Zuschüssen und Unterstützung bei den Verhandlungen mit den für die Kulturvereine zuständigen Ämtern und Behörden.
- sämtliche in Stuttgart stattfindenden interkulturellen Kultur-Aktivitäten koordiniert und durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden; hierzu gehört auch die Herausgabe eines interkulturellen Veranstaltungskalenders für Stuttgart.
- neue interkulturelle Initiativen und Aktivitäten entwickelt, gefördert und vorangetrieben werden, hierzu gehört unter anderem auch die verstärkte Entwicklung einer umfassenden interkulturellen Jugendarbeit.

§ 3 Gemeinnützigkeit

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung des Vereins für ihre Mitgliedschaft keinerlei Entschädigung.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
5. Die Inhaber von Vereinsämtern sind ehrenamtlich tätig. Soweit die anfallenden Arbeiten das zumutbare Maß ehrenamtlicher Tätigkeiten übersteigen, können Personen angestellt werden (§ 10). Es dürfen dafür keine unverhältnismäßig hohen Vergütungen gewährt werden.

³¹ Quelle: <http://www.forum-der-kulturen.de/satzung.html>

§ 4 Mitgliedschaft

1. Mitglied können alle gemeinnützigen Vereine und andere steuerbegünstigte Körperschaften werden, die im Kulturbereich im Sinne des § 2 tätig sind. Außerdem kann eine natürliche Person Fördermitglied werden, wenn sie seit mindestens zwei Jahren nachweislich im Sinne des § 2 tätig ist. Fördermitglieder erhalten vom „Forum der Kulturen“ keine Leistungen und sind auf Mitgliederversammlungen nicht stimmberechtigt. Mehr als 50 Prozent der Mitglieder des „Forums der Kulturen“ müssen gemeinnützige Vereine oder andere steuerbegünstigte Körperschaften sein. Vereine mit parteipolitischen oder religiösen Zielsetzungen sowie kommerzielle Veranstalter können nicht Mitglied des „Forums der Kulturen“ werden.
2. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich an den Vorstand zu richten. Der Vorstand entscheidet über die Aufnahme. Bei einer Ablehnung der Mitgliedschaft durch den Vorstand kann auf Antrag des Abgelehnten die Mitgliederversammlung darüber abschließend entscheiden.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft erlischt
 - durch den Tod bei natürlichen Personen
 - durch Auflösung der juristischen Person
 - durch freiwilligen Austritt
 - durch Ausschluss
2. Der freiwillige Austritt wird durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand mitgeteilt. Er ist nur zum Jahresende mit einer Frist von mindestens drei Monaten möglich.
3. Der Vorstand kann aus wichtigem Grund den Ausschluss eines Mitglieds beschließen, insbesondere wenn dieses Mitglied gegen Grundsätze des § 2 verstoßen hat. Das ausgeschlossene Mitglied kann auf der nächsten Mitgliederversammlung Beschwerde gegen diesen Ausschluss einlegen. Die Mitgliederversammlung entscheidet hierüber abschließend.

§ 6 Beiträge

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe des Jahresbeitrags und dessen Fälligkeit werden von der Mitgliederversammlung bestimmt.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung (§ 9) und der Vorstand (§ 10).

§ 8 Mitgliederversammlung

1. Sämtliche Mitglieder sind zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung berechtigt. Fördermitglieder sind nicht stimmberechtigt. Von jedem Mitgliedsverein bzw. -einrichtung können maximal drei Vertreter an der Mitgliederversammlung teilnehmen, wobei jeder Verein bzw. jede Einrichtung eine Stimme hat. Vorstandsmitglieder sind stimmberechtigt.
 2. Die Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt und wird durch den Vorstand unter Bekanntgabe einer Tagesordnung mindestens vier Wochen vor dem Tag der Versammlung schriftlich einberufen.
 3. Die Mitgliederversammlung ist zuständig für
 - die Wahl der Mitglieder des Vorstands und der zwei Kassenprüfer
 - die Entgegennahme der Jahresberichte und -abschlüsse des Vorstands und die Entlastung des Vorstands und der Kassenprüfer
 - die Abberufung der Mitglieder des Vorstands und der Kassenprüfer
 - die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge und Umlagen
 - Satzungsänderungen
 - Behandlung von Beschwerden wegen Ausschluss eines Mitglieds oder wegen Ablehnung einer beantragten Mitgliedschaft
 - die Auflösung des Vereins.
-

4. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden des Vorstands, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden, geleitet. Ist auch dieser verhindert, wählt die Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte den Versammlungsleiter. Die Mitgliederversammlung kann eine Ergänzung der vom Vorstand festgesetzten Tagesordnung beschließen.
5. Soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, entscheidet bei der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben außer Betracht.
6. Über den wesentlichen Hergang der Mitgliederversammlung und die gefassten Beschlüsse fertigt ein von der Mitgliederversammlung eingesetzter Protokollführer ein Protokoll an, das vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.

§ 9 Vorstand

1. Der erweiterte Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, dem Kassierer, dem Schriftführer und mindestens einem, maximal fünf Beisitzern. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Mitglied des Vorstandes kann jedes Mitglied werden. Soweit es sich bei einem Mitglied um einen Verein oder eine Institutionen handelt, ist wählbar lediglich eine natürliche Person, die von diesem Verein bzw. dieser Institution schriftlich legitimiert wurde.
2. Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender. Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender sind je einzelvertretungsberechtigt. Im Innenverhältnis wird bestimmt, dass im Verhinderungsfall der stellvertretende Vorsitzende den Vorsitzenden vertritt.
3. Die Mitgliederversammlung wählt die Vorstandsmitglieder auf die Dauer von zwei Jahren.
4. Der Vorstand kann einen Finanzkontrollausschuss einrichten und diesem sein Weisungs- und Kontrollrecht über den Geschäftsführer ganz oder teilweise übertragen. Die Mitglieder des Finanzkontrollausschusses müssen nicht Mitglieder des Vereins sein. Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung des Vorstandes.

§ 10 Geschäftsführung

Die Verwaltung des Vereins, die Vorbereitung und Durchführung der Vereinsprojekte einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Verantwortung für die Finanzen in den Grenzen des Haushaltsplanes werden vom Verein unmittelbar einem Geschäftsführer übertragen, welcher nicht Mitglied des Vereins sein muss. Dem Geschäftsführer kann bei Bedarf die Unterstützung einer Geschäftsstelle mit weiteren ihm unterstellten Mitarbeitern zugeordnet werden. Einzelheiten regelt eine vom Vorstand für den Geschäftsführer zu verfassende Geschäftsordnung.

§ 11 Kuratorium

Der Vorstand beruft ein Kuratorium aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, der Politik und der Verwaltung. Das Kuratorium wählt aus seinen Reihen einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Aufgabe des Kuratoriums ist die Förderung des Vereinszwecks und die Beratung des Vorstandes.

§ 12 Geschäftsjahr, Finanzierung

1. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr, soweit die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt.
 2. Der Verein finanziert seine Aufgaben durch Beiträge, Zuschüsse, Spenden und sonstige Mittel.
 3. Der Vorstand beruft ein Kuratorium aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, der Politik und der Verwaltung. Das Kuratorium wählt aus seinen Reihen einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Aufgabe des Kuratoriums ist die Förderung des Vereinszwecks und die Beratung des Vorstandes.
-

§ 13 Satzungsänderungen

1. Beschlüsse über Satzungsänderungen erfordern eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder.
2. Sollten das Vereinsregister, das Finanzamt oder andere Behörden Einwände im Zusammenhang mit der Gründung, Fortsetzung etc. des Vereins und dessen Satzung haben, können die entsprechenden redaktionellen Änderungen durch den Vorstandsvorsitzenden alleine ohne vorherige Zustimmung der Mitgliederversammlung und / oder des restlichen Vorstands vorgenommen werden.

§ 14 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer besonderen und zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Der Auflösungsbeschluss bedarf einer Mehrheit wie bei Satzungsänderungen.
2. Bei Auflösung des Vereins ist der zum Zeitpunkt des Auflösungsbeschlusses amtierende Vorstandsvorsitzende Liquidator, es sei denn, die Mitgliederversammlung bestellt im Auflösungsbeschluss einen anderen Liquidator.
3. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes ist das Vermögen zu steuerbegünstigten Zwecken zu verwenden. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamts ausgeführt werden.

Die vorstehende Satzung wurde in der Gründungsversammlung vom 16.5.1998 errichtet und auf der Mitgliederversammlung vom 1.12.2004 geändert.

Nachfolgende Unterlagen geben einen praktischen Einblick in die Arbeit:

Konzept Aachen³²

1. Kontaktaufnahme zu einzelnen regionalen Initiatoren
2. Vorbereitung Planungsworkshops mit 5 bis 8 regionalen Vertretern
 - a. Kontaktaufnahme über die regionalen Initiatoren zu unterschiedlichen gesellschaftliche Gruppen (s. Grundprinzipien)
 - b. Ein lokaler Akteur übernimmt die Gastgeberrolle
3. Durchführung des Planungsworkshops mit folgenden Themen:
 - a. Ziele der Regionalkonferenz
 - b. Zielgruppen
 - c. Inhalte und Methoden (Ablaufprogramm)
 - d. Organisation (Räumlichkeiten, Verpflegung, Referenten, Öffentlichkeitsarbeit)
 - e. Schirmherren oder Mitveranstalter
 - f. Dokumentationskonzept
 - g. Mittelaquise
 - h. Aufgabenverteilung und weitere Vorbereitungsschritteeventuell:
 - i. Moderatorenschulung
 - j. Erarbeitung von Materialien, Diskussionsbeiträgen etc. als Beitrag für eine Landesweite Konferenz
4. Durchführung der Regionalkonferenz
5. Reflexion der Regionalkonferenz

Verabredung weiterer Schritte mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Planungsworkshops und gegebenenfalls:

- Einrichtung einer regionalen Koordinierungsgruppe
- Begleitung von Arbeitsgruppentreffen zur Umsetzung der Projektideen aus der Regionalkonferenz
- Gegebenfalls weitere Regionalkonferenz
- Schulung und Coaching der verantwortlichen Akteure bei der Implementierung und Fortführung des regionalen Kooperationsprozesses

³² Quelle: Institut für soziale Innovation, Solingen

Einladungsschreiben

Sehr geehrte ...,

viele afrikanische Migrantinnen und Migranten unterstützen Menschen in ihrer Heimat durch entwicklungspolitische Projekte und andere Kontakte. Auch Aachener Eine-Welt-Initiativen setzen sich für Menschen in Afrika ein. Diese Zusammenarbeit zwischen Menschen hier und dort möchten wir mit lokaler Vernetzung organisatorisch unterstützen.

Als Auftakt wollen wir dazu eine Zukunftskonferenz zum gegenseitigen Kennenlernen, Informationsaustausch und Ideenentwicklung durchführen. Zu der Konferenz sind Vertreterinnen und Vertreter afrikanischer Vereine, Eine-Welt-Initiativen, engagierte Einzelpersonen, die Projekte in Afrika durchführen wollen oder bereits durchführen sowie Mitglieder von Institutionen unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche eingeladen. Weitere Informationen können Sie der Anlage entnehmen.

Moderiert wird die Konferenz durch die Fachstelle Migration und Entwicklung (Solingen), die Teil des Programms zur Koordination der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit der Landesregierung NRW ist.

Zur Konferenz am

Samstag, 18. November 2006

11:00 Uhr – 18:00 Uhr

in der Evangelischen Studierenden Gemeinde (ESG), Clubraum,

möchten wir Sie herzlich einladen. Für Leib-, Seelen- und Ohren-Schmaus ist auch gesorgt: Zum Abschluss des Tages gibt es eine kleine kulinarische „Stärkung“ mit marokkanischer Musik.

Gerne können Sie die Einladung auch an andere Interessierte weiterleiten.“

Tagesablauf

Tagesablauf der Regionalkonferenz

„Café Afrique“ ab 10:30 Uhr

11:00 Uhr: Begrüßung und Einführung in die Thematik und in die Gruppenarbeit

11:30 Uhr: Vorstellungsrunde (ggf. in den einzelnen Arbeitsgruppen)

12:00 Uhr: Durchführung der Gruppenarbeit und Einstiegsphase

13:00 Uhr: Mittagspause

13:45 Uhr: Fortsetzung der Gruppenarbeit

- Phantasiephase: Sammlung von Projektideen zum Thema: Was stärkt die Arbeit der Vereine und Gruppen in Aachen
- Realisierungsphase: Erarbeitung konkreter Projektideen, die in den nächsten drei bis sechs Monaten umgesetzt werden können
- Vorbereitung für die Präsentation im Plenum

15:30 Uhr: Kaffeepause

15:45 Uhr: Präsentation der verschiedenen Ideen

17:00 Uhr: Absprachen zum weiteren Vorgehen

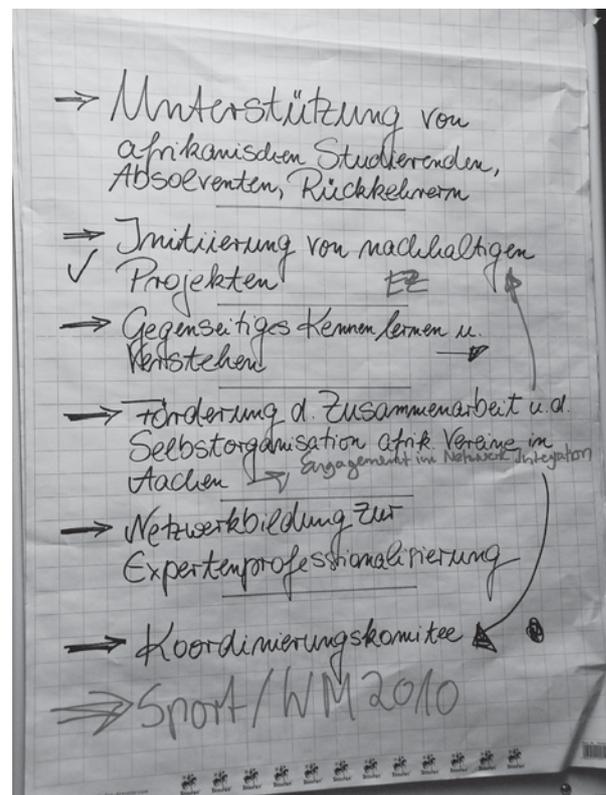
17:30 Uhr: Abschlussrunde

18:00 Uhr: Kleiner kulinarischer Ausklang mit marokkanischer Musik (bis ca. 20:00 Uhr)

Ergebnisse

Nach intensiven Diskussionen wurden folgende Projektideen bei der Konferenz als Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit herausgefiltert:

Im Rahmen des Themas „Initiierung von nachhaltigen Projekten“ fand am 17.10.2007 in den Räumlichkeiten von Misereor eine diesbezügliche Informationsveranstaltung statt. Als positiv wird insbesondere der weitere Kontakt zur Referentin, Frau Dorlöchter-Sulser, gewertet.



In verschiedenen Arbeitsgruppen haben sich interessierte Akteure weiterhin getroffen, um die Projektideen weiter zu konkretisieren. Ausschnitte aus dem nachfolgenden Protokoll (ca. ein Jahr nach der Regionalkonferenz) geben einen guten Einblick in die Themenvielfalt und Motivation der Initiative:

**Ergebnisprotokoll der Aachener Regionalkonferenz
mit afrikanischen Vereinen und Eine-Welt-Initiativen
vom 24. November 2007, 14:00 bis 18:00 Uhr**

veranstaltet vom Eine Welt Forum Aachen e. V. mit freundlicher Unterstützung der Bürgermeisterin Hilde Scheidt, der Fachstelle Migration und Entwicklung sowie der Stabsstelle Integration der Stadt Aachen

Mona Pursey begrüßt die Anwesenden, informiert über die Ziele der Veranstaltung und weist auf ein Jahr Aachener Regionaltreffen mit afrikanischen Vereinen und Eine-Welt-Gruppen hin. Darüber hinaus verteilt sie Informationsmaterial über weitere Regionalkonferenzen mit afrikanischen Vereinen und Eine-Welt-Gruppen und einen Veranstaltungshinweis vom Eine-Welt-Forum Mönchengladbach e. V.³³

Antje Schwarze weist zunächst auf die positiven Entwicklungen in Aachen hin. Sie begrüßt insbesondere die Vernetzung zwischen afrikanischen Akteuren sowie die Kommunikation zu anderen Vereinen und der Kommune (beispielsweise zur Stabsstelle Integration).

Informationen über den Migrationsrat (Frau Muila Swele)

Muila Swele, Politologin, berichtet über die Arbeit des Migrationsrates. Die folgenden Informationen dienen der Information und Kenntnisnahme (<http://www.aachen.de/BIS/FO/migrationsrat.pdf>).

Die sieben Ratsmitglieder sind ebenso stimmberechtigt wie die von der nicht-deutschen Bevölkerung direkt gewählten Mitglieder. Somit hat der Migrationsrat einen ausschussähnlichen Status. Wie bei Entscheidungen anderer Ausschüsse muss der Stadtrat in der Regel endgültig zustimmen.

Nur Beschlüsse, die ausdrücklich keiner weiteren Beratung bedürfen, sind für die Stadtverwaltung sofort bindend. Bei migrationspolitisch relevanten Entscheidungen in den städtischen Ausschüssen ist eine Anhörung des Migrationsrates vorgesehen.

Iris Kreutzer betont die Wichtigkeit, dass afrikanische Vereine, so auch die hier vertretenen Vereine, das Potenzial und die Gelegenheit nutzen, sich über eine Liste im Migrationsrat aufzustellen und einzubringen.

Statistisch zeigte sie, dass Aachener afrikanischer Herkunft die zweitgrößte Migrantengruppe darstellen. Frau Kreutzer benannte als ein wichtiges Ziel der Stabsstelle Integration, afrikanische Vereine stärker mit in die Arbeit des Netzwerkes Integration einzubeziehen.

Beschlossen wurde die Durchführung eines Afrika-Forums im Frühjahr 2008 (1. Aachener Afrika Tag, mit einem frühesten Termin ab April 2008), zu dem alle afrikanischen Vereine eingeladen werden sollen, um sie über die bisherigen Ergebnisse zu informieren und weitere Ideen zu erarbeiten. (Arbeit in Arbeitsgruppen und anschließendes abendliches Kulturprogramm). Langfristiges Ziel dieses Tages ist die Einrichtung eines „Afrika-Kultur-Zentrums“.

³³ Gastvortrag des Erzbischof Dr. Peter Kosi Sapong aus Kumasi (Ghana) „Die Entwicklungen europäischer Einflüsse auf die kulturelle Entwicklung in Ghana“, organisiert von der Hochschule Niederrhein und vom Eine-Welt-Forum Mönchengladbach e. V.

Prioritätensetzung + Ausblick

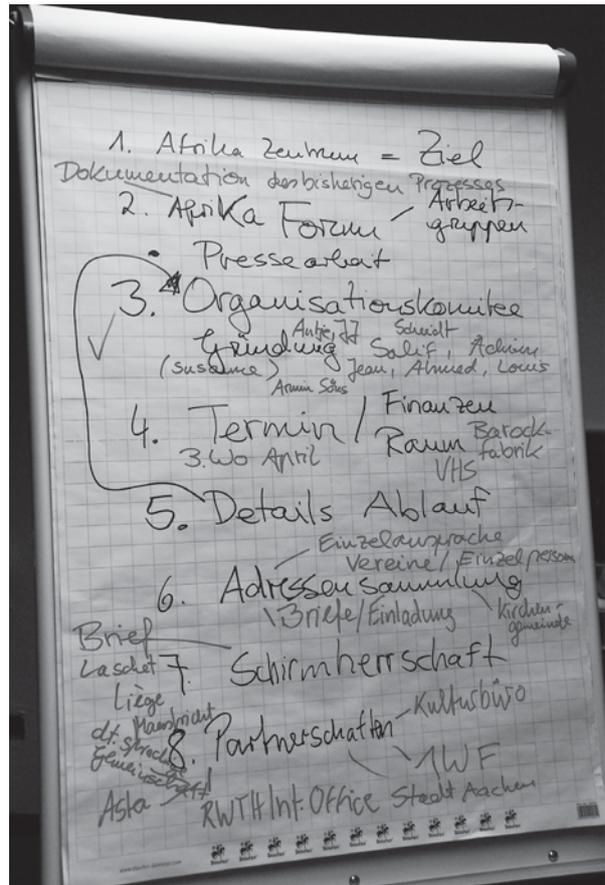
Zur Vorbereitung hat sich ein Organisationskomitee gegründet.

Die weitere Ausgestaltung des Afrika-Forums wird nunmehr vom Organisationsteam übernommen. Armin Söns machte den Vorschlag, eine Dokumentation des bisherigen Prozesses zu machen und hat dafür die Redaktion übernommen. Unterstützt wird er in seiner Arbeit von M. Salif Sow, Achim Kockerols, Jürgen Jansen und Mona Pursey.

Als Schirmherr des Afrika-Forums soll Herr Minister Laschet gewonnen und eingeladen werden (u. a. auch für eine Finanzierung). Ein offizielles Einladungsschreiben soll noch vor Weihnachten formuliert werden. Antje Schwarze hat zugesagt, das Anliegen über die Kontakte der Fachstelle im Ministerium zu unterstützen.

Alle Ergebnisse und Ideen der bisherigen Arbeitsgruppen sollen in das Afrika-Forum eingehen. Das Treffen mit afrikanischen Vereinen und Eine-Welt-Gruppen in seiner bisherigen Form hat somit das letzte Mal am Samstag stattgefunden. Es kann festgehalten werden, dass die Ergebnisse des Treffens vom 24.11.2007 als sehr positiv bewertet werden und dass neue Perspektiven und inhaltliche Ziele formuliert worden sind. Von Mona Pursey wurde das Angebot gemacht, Referenten zu Fachthemen einzuladen. Angedacht wurde ein Fundraising Seminar (wie im Ruhrgebiet), angesichts der Termindichte im Frühjahr aber noch nicht konkretisiert.

Bürgermeisterin Hilde Scheidt konnte gewonnen werden, den weiteren Verlauf des Afrika-Forums zu begleiten. Dieses Engagement wurde von allen Teilnehmer/-innen ausdrücklich begrüßt.



Projekt zur Vernetzung von Diaspora und lokalen Nord-Süd-Aktivitäten:

Zusammenarbeit für Integration und Entwicklung

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hat Anfang 2007 das Projekt „Interkulturelle Kompetenzbildung – Zusammenarbeit mit Diasporen“ ins Leben gerufen. Ziel des vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten Projektes ist, die entwicklungspolitischen Potenziale von Diasporen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit besser nutzen zu können und die Zusammenarbeit zwischen Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsländern und den Akteuren der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu intensivieren.

Die Themen „Migration“ und „Integration“ haben gegenwärtig in der Innen- und Europapolitik ebenso wie in der nationalen und internationalen Entwicklungspolitik Konjunktur: Es geht hier zum Einen um eine in den letzten Dekaden ansteigende Süd-Nord-Migration mit weitreichenden entwicklungspolitischen Folgen und zum Andern, damit zusammenhängend, um Sicherheit, Zusammenhalt und Wohlstand in Europa und im Einwanderungsland Deutschland.

In deutschen Kommunen, die seit mehr als 50 Jahren mit dem Thema Migration konfrontiert sind, gerinnen abstrakte internationale Prozesse und Debatten zu konkreten Herausforderungen, auf die jeweils zeitgemäße Antworten gefunden werden müssen. Um dies zu unterstützen, hat die  Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ein Sonderprojekt entwickelt, in dem die Zusammenarbeit der deutschen Kommunen mit den hier lebenden Migrantengruppen oder Diasporen im Vordergrund steht. Dieser Bereich wird im Beratungsangebot der Servicestelle in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt innerhalb des Zukunftsthemas „Interkulturelle Kompetenzbildung“ bilden.

Orientierung an Potenzialen

Konkret geht es bei diesem Projekt darum, Menschen aus Entwicklungsländern, die hier



leben und sich für ihre Herkunftsländer einsetzen, mit den kommunalen Entwicklungsaktivitäten zu vernetzen. Dieser Handlungsansatz ist neu und in der Praxis deutschlandweit kaum erprobt. Er geht von positiven Potenzialen der Migration für Entwicklung und der Migrantinnen und Migranten für unser Gemeinwesen aus. Das setzt gegenüber früheren Auffassungen einen doppelten politischen Perspektivwechsel voraus.

Erstens wurde Migration unter Entwicklungsexperten lange Zeit negativ gesehen: als Verlust an qualifizierter Arbeitskraft für das Herkunftsland (brain drain), als Zerstörung der Sozialstrukturen in den Heimatstädten und -dörfern, als Gefahr für Leib und Leben illegaler Migranten. Erst seit einer Weltbankstudie aus dem Jahr 2003 über die Rücküberweisungen der Ausgewanderten, der

Ein Beitrag von
Dr. Stefan
Wilhelmy und
Ulrich Held

Die Teilnehmer der Aachener Regionalkonferenz afrikanischer Vereine und Einwelt-Gruppen vom 18. November 2006 erarbeiteten Zukunftsperspektiven zum gegenseitigen Kennenlernen, Informationsaustausch und zur Ideenentwicklung

Zu den Autoren:

Dr. Stefan Wilhelmy ist Projektleiter bei der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/ InWEnt gGmbH.

Ulrich Held ist dort freier Projektmitarbeiter.

so genannten Diaspora, in ihre Heimatländer ist die positive Seite der Migration stärker ins Blickfeld geraten. Denn allein 2006 haben Migrantinnen und Migranten mehr als 300 Milliarden US-Dollar und damit das Doppelte der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit aller Geberstaaten in Entwicklungsregionen gesandt. Sie leisten damit einen enormen Beitrag zur Armutsbekämpfung. In Folge dieser Erkenntnis wurden auch andere mögliche Vorteile insbesondere der Süd-Nord-Migration hervorgehoben: der Transfer des im Ausland erworbenen Know-hows in die Heimatländer (brain gain) sowie der Bau von sozialen und wirtschaftlichen Brücken zwischen Herkunfts- und Zielland durch doppelte Landes-, Sprach- und Kulturkenntnisse, Geschäftsbeziehungen oder anderweitige Kontakte.

Zweitens hat sich die Integrationsdebatte in Deutschland in der Vergangenheit zu sehr auf Defizite und Probleme konzentriert. Dies ändert sich gegenwärtig. Insbesondere in den Kontexten der Standortkonkurrenz durch die Globalisierung, des demografischen Wandels und der schrumpfenden Städte erscheint ein weltoffenes und integratives Leitbild der Kommunalentwicklung adäquat, dass um der Zukunftschancen und Wettbewerbsfähigkeit Willen kein Talent verloren geben, kein Potenzial ungenutzt lassen will. In einigen Städten und mittlerweile auch im Bund werden die spezifischen und förderungswürdigen Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen, zum Beispiel für die Wirtschaft (Stichworte: ethnische Ökonomien, Diversity Management), für die öffentlichen Verwaltungen (um deren Dienstleistungen und Struktur dem gesellschaftlichen Wandel anzupassen) oder für pädagogische Berufe (um spezifische Probleme besser aufgreifen und nach Möglichkeit präventiv bewältigen zu können).

Mit dem noch bis Ende 2009 laufenden Pilotprojekt nutzt die Servicestelle die Schnittstellen zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Migration/Integration auf lokaler Ebene und hebt die Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund für die kommunale Nord-Süd-Arbeit hervor.

Ziele des Projektes

Entwicklungspolitisch engagierte Migrantinnen und Migranten sind häufig in lokalen Migrantenselbstorganisationen zusammengeschlossen. Deren erster Organisationszweck ist nur selten Entwicklungszusammenarbeit, viel eher geht es ihnen um gegenseitige Hilfe im Alltag und bei der Integration und um Brauch-

tumpflege. Gleichwohl ist die Entwicklung der Heimatländer für viele Menschen mit Migrationshintergrund eine Herzensangelegenheit, weshalb sie abseits der entwicklungspolitischen Aktivitäten der Mehrheitsgesellschaft und der staatlichen Einrichtungen und je nach individueller Möglichkeit ihrer Verwandtschaft im Herkunftsland helfen, Kontakte vermitteln, gelegentlich auch lokale oder größere infrastrukturelle Entwicklungsprojekte starten. Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und den Akteuren der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit verfolgt daher mehrere Ziele.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbessern:

Entwicklungspolitisch engagierte Migrantenselbstorganisationen können sich im ganzen Bereich entwicklungspolitischer Bildung und bei der Förderung des fairen Handels sehr gut durch Erlebnisberichte und durch genaue Kenntnisse von Land und Leuten aus der Südhemisphäre authentisch, überzeugend und kritisch einbringen. Im Bereich der Nord-Süd-Partnerschaften können eben diese Kenntnisse und ihre Kontakte in das Partnerland, vielleicht sogar direkt in die Partnerkommune, sehr hilfreich sein. Sie können die Partnerschaft durch ihren Einfluss insgesamt beleben und vertiefen, ferner die deutsche Seite dabei beraten, wie sie den Partnern auf Augenhöhe begegnet. Dies alles stellt eine potenzielle Bereicherung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit dar.

Beitrag zur Entwicklung der Herkunftsländer leisten:

Die Vernetzung und der gegenseitige Austausch sind als wechselseitiger Lernprozess zu verstehen. Wenn dadurch sowohl die kommunale Entwicklungszusammenarbeit als auch die entwicklungsbezogene Arbeit der Migrantinnen und Migranten weiterentwickelt und verbessert werden kann, werden davon auch die Herkunftsländer profitieren, zum Beispiel durch effizienter und effektiver durchgeführte Entwicklungsprojekte.

Integration vertiefen:

Im Falle einer konstruktiven Zusammenarbeit der Akteure entsteht auch für das entwicklungspolitische Engagement der Migrantenselbstorganisationen Aufmerksamkeit und möglicherweise eine breitere gesellschaftliche Unterstützung – zum Beispiel in Form von Spenden, weiteren Kooperationsangeboten oder Unterstützung bei der Vereinsorganisation. Im besten Fall wird ihnen vermehrt

Infos

Weitere Informationen, die Dokumentationen der bisherigen Veranstaltungen sowie Kontaktdaten befinden sich auf der Projektseite der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/ InWEnt gGmbH:
<http://www.service-eine-welt.de/interkultur/interkultur-start.html>

Anerkennung und Respekt aus der Kommune entgegengebracht. Das heißt, die geglückte Kooperation zwischen Diaspora und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit ist zugleich ein positiver Beitrag zur Integration.

Hinsichtlich der angestrebten Zusammenarbeit zwischen Diaspora und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit gilt es, Missverständnissen vorzubeugen: In dem Projekt der Servicestelle geht es erstens nicht darum, engagierte Migrantenselbstorganisationen in andere entwicklungspolitische kommunale Strukturen einseitig einzubinden, sondern darum, für die gleichberechtigte Zusammenarbeit parallel agierender Initiativen im gleichen Tätigkeitsfeld zu werben. Zweitens geht es auch nicht um die (Aus-)Nutzung ihrer Potenziale für die Zwecke anderer Akteure, sondern um Dialog, Vernetzung und Synergien. Und drittens sollen die Aktivitäten der Migrantenselbstorganisationen weder gelenkt noch kontrolliert, sondern durch das Projekt gefördert werden.

Um die genannten Wirkungen eines Annäherungs- und Lernprozesses zu entfalten, wird voraussichtlich eine behutsame, langfristige, moderierende und fördernde Prozessbegleitung notwendig sein.

Erster Anlauf in der Praxis

Den Auftakt des Projekts bildeten ein mit dem Land Schleswig-Holstein durchgeführtes Seminar in Neumünster am 28. August 2007 und ein bundesweiter Workshop am 22. November 2007 in Bonn, zu denen jeweils Kommunalvertreter, Diasporagruppen und Akteure der Entwicklungszusammenarbeit geladen waren. Hierdurch angeregt hat im Forum für Migrantinnen und Migranten in Kiel am 12. Februar 2008 eine offene Diskussion über Kooperationsmöglichkeiten zwischen Diasporaorganisationen und den Trägern kommunaler Entwicklungszusammenarbeit wie Eine-Welt-Initiativen und Partnerschaftsvereinen stattgefunden. Kiel könnte damit eine der ersten Modellkommunen des Pilotprojektes der Servicestelle sein, in der solche Kooperationen gezielt unterstützt und beraten werden.

Es wird angestrebt, im Projektzeitraum in fünf bis zehn Kommunen Kooperationsprozesse solcher Art anzustoßen beziehungsweise die bereits vorhandenen Ansätze gezielt zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Mögliche Partner sind dabei neben den Kommunen die Bundesländer, die entwicklungspolitischen Vorfeldorganisationen der Bundesregierung und vor allem die loka-



Die Teilnehmer der Aachener Regionalkonferenz trafen sich zuletzt am 24. November 2007

len und regionalen entwicklungspolitischen Organisationen der Zivilgesellschaft.

Ein projektbezogenes Gutachten des Instituts für soziale Innovation in Solingen leistet hierbei wissenschaftliche Unterstützung. Es beleuchtet eingehend die Situation typischer Migrantenselbstorganisationen und weist auf Probleme hin, die das Projekt berücksichtigen muss. Drei seien kurz erwähnt:

- Die positive Perspektive auf die Potenziale der Diasporen ist leider noch keine Selbstverständlichkeit, aber Voraussetzung für die Partner in den Modellkommunen. Eine wesentliche Aufgabe des Projektes ist also auch, für diese „Potentialperspektive“ zu werben.
- Die in Verwaltung und Zivilgesellschaft meist vorgenommene Trennung zwischen innenpolitischen Angelegenheiten der Integration/Interkultur und den entwicklungspolitischen Vorhaben der Eine-Welt-Arbeit und der Städtepartnerschaften erschwert es, Ansprechpartner für ein Projekt auf der Schnittstelle der Zuständigkeiten zu finden und hierfür Ressourcen zu mobilisieren. Gelegentliche Berührungspunkte der Tätigkeitsfelder in Eine-Welt-Häusern, in lokalen Agenda 21-Gruppen und anderen Strukturen gilt es zu finden. Darüber hinaus muss das Projekt den engen Zusammenhang zwischen Migration/Integration und Entwicklung erläutern, damit die strukturelle Trennung der Bereiche aufbricht.
- Zwei Gruppen von Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsländern sind durch ihre Lebenssituation kaum in der Lage, entwicklungspolitisch im Rahmen des Pilotprojektes aktiv zu werden. Das sind die Gruppe der „irregulären“ Migrantinnen und Migranten und die der geduldeten Flüchtlinge. Die arbeits- und aufenthaltsrechtliche Situation geduldeter

Flüchtlinge behindert deren gesellschaftliche Partizipationschancen enorm. Leider muss insgesamt festgestellt werden, dass trotz der erwiesenermaßen überdurchschnittlichen Qualifikation der Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsregionen diese mangels Arbeitserlaubnis und wegen der Nichtanerkennung ihrer Bildungsabschlüsse nur selten eine adäquate Erwerbstätigkeit aufnehmen können. Damit ist diese entwicklungspolitisch potenziell engagierte Gruppe in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkt. Integrationsprobleme oder schlechte Rahmenbedingungen für Integration wirken sich deshalb auch negativ auf das Projekt und die kommunale Entwicklungszusammenarbeit insgesamt aus.

Am Beispiel der Städte Aachen und Stuttgart, die Diasporen und kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Ansätzen bereits verbinden, sowie aus der qualitativen Analyse von Interviews mit Entscheidungsträgern aus 14 deutschen Städten hat das Gutachten kommunale Handlungsempfehlungen und Arbeitshypothesen erarbeitet, die im weiteren

Verlauf des Projektes auf ihre Tauglichkeit in der kommunalen Praxis geprüft werden sollen. Einige der für die jeweiligen Kommunen empfohlenen Maßnahmen seien genannt:

- Interessierte Akteure aus Migrantenselbstorganisationen und aus Eine-Welt-Initiativen werden zu gemeinsamen Workshops eingeladen. Kennen lernen und Kontaktaufbau stehen im Vordergrund.
- Ideen für Qualifizierungsangebote und Vernetzungsinteressen werden gesammelt.
- Bei Bedarf wird ein gemeinsamer Arbeitskreis von Migrantinnen und Migranten sowie Entwicklungspolitik eingerichtet, der die zumeist getrennten Themenbereiche verbindet.
- Es wird eine systematische Bestandsaufnahme der entwicklungspolitischen Aktivitäten von Migrantenselbstorganisationen durchgeführt.

Jenseits schematischer Vorgehensweisen wird im Zuge des Pilotprojektes die Beratungsleistung der Situation in den Modelkommunen angepasst, damit jeweils bedarfsgerechte Maßnahmen durchgeführt werden können. ■

Abkürzungsverzeichnis

BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
d.A.	der Autor
EED	Evangelischer Entwicklungsdienst
EPIB	Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
GTZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
InWent	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
MDG	Millennium Development Goals / Millenniumentwicklungsziele der Vereinten Nationen
MGFFI	Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
MSO	Migrantenselbstorganisation
NRO / NGO	Nichtregierungsorganisation / Non-Governmental Organization
NRW	Bundesland Nordrhein-Westfalen
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ODA	Official Development Assistance / Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
PPP	Public Private Partnership / Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft
RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
UN / UNO	United Nations Organization/ Vereinte Nationen
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization / Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1 Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
 - Heft 2 Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
 - Heft 3 Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
 - Heft 4 Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
 - Heft 5 Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
 - Heft 6 Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune. Bonn, August 2003. Neuauflage Juli 2006.
 - Heft 7 Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004. [vergriffen]
 - Heft 8 Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
 - Heft 9 Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
 - Heft 10 Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
 - Heft 11 Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005. Neuauflage Juli 2006.
 - Heft 12 Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
 - Heft 13 Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005. [vergriffen]
 - Heft 14 Zwei Jahre Partnerschaftsinitiative. Two Years of Partnership Initiative. Bonn, Januar 2007.
 - Heft 15 Globales Handeln lokal verankern. Bundesweite Umfrage 2006. Bonn, Februar 2007.
-

- Heft 16 Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Hamburg 2006. Dokumentation. Bonn, August 2007.
- Heft 17 Hauptstadt des Fairen Handels 2007. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2007.
- Heft 18 UN-Millenniumentwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog. Fachkonferenz 2007. Bonn, Dezember 2007.

Material-Reihe der Servicestelle

- Nr. 1 Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch. [vergriffen]
- Nr. 2 Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call. [vergriffen]
- Nr. 3 Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 4 Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002. [vergriffen]
- Nr. 5 Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 6 Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 7 Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8 Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9 Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. [vergriffen]
- Nr. 10 ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11 Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 12 ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13 Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004. [vergriffen]
- Nr. 14 Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004.
- Nr. 15 ModeratorInnen-Briefing. Thementeams bilden. Dezember 2004.
- Nr. 16 Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.
- Nr. 17 Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.
-

- Nr. 18 Pressespiegel. Medienberichterstattung zur Servicestelle Partnerschaftsinitiative. Januar-Juli 2005.
- Nr. 19 Pressespiegel 2005. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2005.
- Nr. 20 Ein Jahr nach dem Tsunami. Dialogveranstaltung 7.12.2005. Dokumentation.
- Nr. 21 Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Dokumentation vom 19.06.2006.
- Nr. 22 Pressespiegel 2006. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2006.
- Nr. 23 Viertes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 18.12.2006.
- Nr. 24 Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten.
- Nr. 25 Städte als Partner für nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Perspektiven 15 Jahre nach Rio. Sonderausgabe eines Beitrags in: Der Planet der Städte. Germanwatch (Hg.). Münster 2007.
- Nr. 26 Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Auftaktworkshops vom 27.04.2007.
- Nr. 27 Pressespiegel 2007. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2007.
- Nr. 28 Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbinden. Dokumentation eines Seminars vom 28.08.2007. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 29 Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern. Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 30 5. Treffen Bürgerhaushalt. Bonn, Februar 2008.

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003) [vergriffen]
 - Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003) [vergriffen]
 - Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004) [vergriffen]
 - Servicestelle Partnerschaftsinitiative / Service Agency Partnership Initiative (September 2005) [Englisch und Deutsch] [vergriffen]
 - Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005) [vergriffen]
 - Südafrika 2010 – Deutschland 2006. Kompetenz und Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung (2007) [Englisch und Deutsch]
-

Sonstige Publikationen der Servicestelle

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
 - Profil der Servicestelle [Englisch und Deutsch]
 - Kurzprofil der Servicestelle [Deutsch, Englisch, Französisch]
 - Dokumentationen „Petersberger Gespräch“/„Petersberg Dialogue“ am 18.6.2002. [vergriffen]
 - CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
 - Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
 - Empfehlungen von Hamburg. Schlusserklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Hamburg, November 2006 (Deutsch)
 - UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch)
 - Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
 - No Excuse 2015. Aktiv vor Ort - Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniumentwicklungsziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005.
 - Infotainment und Bildungsarbeit in Deutschland. Infotainment and Educational Campaigns in Germany. Bonn, November 2007.
-

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes „Kommunen in der Welt“. Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation „Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation.“ 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch] [vergriffen]
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, info@dwp-rv.de
- Mayors's Conference on Early Warning – on the occasion of the Third International Conference on Early Warning in Bonn, 26th March 2006. In cooperation with City of Bonn and German Committee for Disaster Reduction/DKKV e.V., Bonn 2006.
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.
- Buy Fair – Ein Leitfaden für die öffentliche Beschaffung von Produkten aus dem Fairen Handel. In Kooperation mit ICLEI. Freiburg/Bonn 2007.
- Nachhaltigkeit: Das Plus vor Ort. In Kooperation mit Agenda-Transfer. Bonn 2007.
- Nord-Süd-Schulpartnerschaften – wie geht das? Eine Orientierungshilfe. In Kooperation mit: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sowie Diakonisches Werk Schleswig-Holstein. Kiel, Rendsburg, Bonn 2007.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen **Eine-Welt-Nachrichten** der Servicestelle. **Kostenfrei!** Bestellformular auch auf unserer Homepage.

<http://www.service-eine-welt.de/ewn/ewn-aktuell.html>

Serviceestelle Kommunen in der Einen Welt / InWent – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

<http://www.service-eine-welt.de/ewn/ewn-aktuell.html>

EINE WELT BEGINNT VOR ORT.

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Aktuelles Themen und Projekte Publikationen Finanzierungsratgeber Moderatoren Veranstaltungen Wettbewerbe

Über uns Eine-Welt-Nachrichten Links Kontakt Impressum English | Français

Eine-Welt-Nachrichten Nr. 75 | April 2008

Liebe EWN-LeserInnen, die Bilder sind erschreckend, die Meldungen alarmierend: Steigende Lebensmittelpreise treiben immer mehr Menschen in den ohnehin schon armen Ländern dieser Erde auf die Straße. Bei gewaltsamen Unruhen in Haiti haben bereits mehrere Menschen ihr Leben verloren. 80 Prozent der dortigen Bevölkerung muss mit weniger als zwei Dollar am Tag leben. Aber auch in anderen Ländern wie Indonesien und vielen Staaten Afrikas nehmen Armut und Hunger zu. Nach Angaben der Weltbank kletterten die Preise für Nahrungsmittel in den vergangenen drei Jahren weltweit durchschnittlich um 83 Prozent. Der Preis für Weizen stieg in diesem Zeitraum sogar um 181 Prozent. Und ein Ende der Preisspirale scheint nicht in Sicht: Naturkatastrophen, Dollar-Verfall und vor allem die wachsende Nachfrage nach Bio-Sprit könnten die Nahrungsmittelpreise weiter in die Höhe schnellen lassen. Die Folgen wären fatal: Weltwährungsfonds und Weltbank sprechen bereits von Hunderttausenden möglichen Hungertoten. Werden nicht schnell Wege aus der Krise gefunden, könnten in vielen armen Ländern die Entwicklungsfortschritte der vergangenen Jahre zerstört werden. Und auch das Millennium-Entwicklungsziel, die Armut bis 2015 zu halbieren, würde in weite Ferne rücken. Die Weltgemeinschaft muss handeln. Dazu gehört auch ein schneller und erfolgreicher Abschluss der seit 2001 laufenden Verhandlungen über ein neues Welthandelsabkommen. Außerdem sollten internationale Vereinbarungen die Herstellung von Bio-Kraftstoffen nur dort zulassen, wo sichergestellt ist, dass kein gutes landwirtschaftliches Getreide als Treibstoff endet.

Ihr Team der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

In den heutigen *****Eine Welt Nachrichten***** finden Sie folgende Rubriken:

- Über uns
- Termin-Nachlese
- Materialien & Medien
- Tipp
- Hintergrund
- Organisation direkt
- Monatshighlight

Aktuelle Informationen rund um das Projekt:

<http://www.service-eine-welt.de/interkultur/interkultur-start.html>

Serviceestelle Kommunen in der Einen Welt / InWent – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

<http://www.service-eine-welt.de/interkultur/interkultur-st>

EINE WELT BEGINNT VOR ORT.

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Aktuelles Themen und Projekte Publikationen Finanzierungsratgeber Moderatoren Veranstaltungen Wettbewerbe

Über uns Eine-Welt-Nachrichten Links Kontakt Impressum English | Français

Interkulturelle Kompetenzbildung in deutschen Kommunen - Zusammenarbeit mit Diasporen

Mit dem im Jahr 2005 eingeführten Zuwanderungsgesetz versteht sich die Bundesrepublik Deutschland auch offiziell als Einwanderungsland. Die Kommunen in Deutschland sind jedoch bereits seit über 50 Jahren mit dem Thema Migration konfrontiert und viele von ihnen erkennen, dass neben der Notwendigkeit der Vermeidung von sozialen Konflikten und Ausländerfeindlichkeit eine kulturell vielfältige Gesellschaft nicht nur als gesellschaftliche Bereicherung anzusehen ist, sondern die Kommunen in Zeiten der Globalisierung sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht wettbewerbsfähiger machen kann.

Innerhalb des Zukunftsthemas "Interkulturelle Kompetenzbildung deutscher Kommunen" wird in den nächsten Jahren die Zusammenarbeit der Kommunen mit den in Deutschland lebenden Diasporen ein Schwerpunkt des Beratungsangebots der Servicestelle sein. Ein wesentliches Ziel der Kommunalberatung besteht darin, den möglichen Beitrag der Diasporen für die Entwicklung in ihren Herkunftsländern im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit nutzbar zu machen. Um die Migrantengruppen in die vorhandenen oder neu entstehenden kommunalen Partnerschaften stärker einzubeziehen, wird den Kommunen unter anderem empfohlen, ihr Engagement auf die Länder zu konzentrieren, aus welchen ein großer Teil der in ihrer Kommune lebenden Migrantinnen und Migranten stammen.

Aktuelles

- Termin-Nachlese: "Brain Gain für alle?" Migration als Entwicklung: Praktische und politische Handlungserfordernisse, Loccum (28. bis 30. Januar 2008) >> mehr
- Bundestag: Öffentliche Anhörung „Europäische Migrationspolitik und Entwicklungszusammenarbeit“ am 16.01.2008 >> mehr
- Lokale Integrations- und Eine-Welt-Arbeit verbinden: Schleswig Holstein geht voran. Nachlese zur Informationsveranstaltung "Potentiale nutzen - Migrantinnen und Migranten in der kommunalen

Interkulturelle Kompetenzbildung und Zusammenarbeit mit Diasporen

- >> Alle Themen und Projekte
- >> Thema und Aktuelles
- >> Publikationen
- >> Veranstaltungsdokumentation
- >> Links

Kontakt
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Dr. Stefan Wilhelmy
Fon 0049-228-4460-1774
stefan.wilhelmy@inwent.org

***InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung
gGmbH***

InWEnt – Kompetent für die Zukunft

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH ist ein weltweit tätiges Unternehmen für Personalentwicklung, Weiterbildung und Dialog. Unsere Capacity Building-Programme richten sich an Fach- und Führungskräfte aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Unser Angebot

60 Prozent aller Programme führen wir im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durch. Darüber hinaus sind wir auch für andere Bundesministerien und internationale Organisationen tätig. Zudem kooperiert InWEnt mit deutschen Unternehmen in Public Private Partnership Projekten, bei denen sich wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele miteinander verbinden lassen.

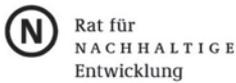
Die Programme für Menschen aus Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern schneiden wir speziell auf den Bedarf unserer Partner zu. Wir bieten berufsspezifische und praxisorientierte Weiterbildung und Trainings, Dialogveranstaltungen und E-Learning-Kurse. Über ein aktives Alumni-Netzwerk bleiben die Teilnehmer/innen auch nach ihrer Fortbildung untereinander und mit InWEnt im Gespräch.

Jungen Menschen aus Deutschland bietet InWEnt mit Austausch- und der Vermittlung von Stipendienprogrammen die Chance, weltweit Berufserfahrung zu sammeln.

Unsere Standorte

Der Hauptsitz der InWEnt gGmbH ist in Bonn. Mit 14 Regionalen Zentren ist InWEnt in den Ländern der Bundesrepublik präsent und somit in jeder Region ansprechbar. Unsere Büros in Neu-Delhi, Hanoi, Kairo, Kiew, Lima, Managua, Manila, Moskau, Peking, Pretoria, São Paulo und Tansania führen wir überwiegend in Partnerschaft mit anderen deutschen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit.

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung
gGmbH
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Fon +49 228 4460-0
Fax +49 228 4460-1766
www.inwent.org



Die Servicestelle in der InWent gGmbH wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen und der Stadt Bonn.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund,

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Industrie- und Handelskammer Ostthüringen, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V. und Deutsche UNESCO-Kommission e.V.